

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michlew.**
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 1. Oktober 1918. Nr. 335.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden in 5., 6. und 16. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt A der neuen Kartoffelkarte.

Anerkennung für Lehrpersonen. Minister für Kultus und Unterricht hat der pädagogischen Leiterin der Taubstummenabteilung an der Volksschule 15. Bezirk Zinkgasse die belobende Anerkennung, der Landesschulrat dem Oberlehrer an der Volksschule 21. Bezirk Ostmarkgasse 30 die Anerkennung ausgesprochen.

Die spanische Grippe in Wien. Vom Leiter des städtischen Gesundheitsamtes Oberstadtphysikus Dr. Böhm erhalten wir folgende Mitteilungen: Wenn auch infolge des Mangels einer Anzeigepflicht für influenzaartige Erkrankungen eine auch nur annähernd genaue Zahl der Personen, welche derzeit in Wien an der spanischen Grippe erkrankt sind, nicht angegeben werden kann, so ist doch aus den Mitteilungen der städtischen Amtsärzte und der Schulbehörden zu entnehmen, dass die Erkrankungen in Wien einen sehr beträchtlichen Umfang angenommen haben. Jedenfalls lässt sich konstatieren, dass die Anzahl der Todesfälle infolge Lungenentzündungen, die zum grössten Teil auf die spanische Grippe zurückzuführen sind, bedeutend angestiegen ist. In normalen Zeiten sind 50 solche Todesfälle in der Woche zu verzeichnen, in den beiden ersten Septemberwochen sind jedoch 73 bzw. 112 Todesfälle zur Kenntnis des Gesundheitsamtes gelangt. Die bei ansteckenden Krankheiten sonst in Betracht kommenden Massnahmen, wie Absonderung der Kranken und der Ansteckungsverdächtigen, Desinfektion etc., können bei der ausserordentlichen Uebertragbarkeit der spanischen Grippe, sowie bei dem Umstande, dass an ihr gleichzeitig eine grosse Anzahl von Personen an den verschiedensten Orten erkranken, nicht durchgeführt werden. Das städtische Gesundheitsamt war daher bemüht, jene Vorkehrungen zu treffen, die bei der Eigenart der Krankheit möglich sind. Am Samstag fand eine Konferenz mit den städtischen Amtsärzten statt und heute erfolgte eine Besprechung mit den Schulbehörden, um speziell die Massnahmen in den Schulen zu erörtern. Die Schulen werden in den nächsten Tagen von den städtischen Ärzten und den Bezirksschulinspektoren revidiert werden und es werden jene Klassen, in denen es notwendig sein sollte, vorläufig auf 8 Tage geschlossen werden. Bemerkenswert ist, dass von der Krankheit erfahrungsgemäss jugendliche Personen befallen werden. Es empfiehlt sich, beim Auftreten der ersten Krankheitszeichen (Kopfschmerz, Fieber, Schluckbeschwerden, rauher, bellender Husten) sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Ansammlung von Menschen wäre möglichst stark zu beschränken. Um einen Ueberblick über die Ausbreitung der Krankheit zu erlangen und um die erforderlichen Massnahmen treffen zu können, hat sich das städtische Gesundheitsamt an die Statthalterei mit dem Ersuchen gewendet, die spanische Grippe für Wien als anzeigepflichtig zu erklären. Dasselbe Amt hat sich ferner an die Statthalterei gewendet, dass in den Wiener Krankenanstalten ein erhöhter Bettenbelag durchgeführt werde, damit schwere Fälle jederzeit Aufnahme finden. Da Influenzaepidemien ebenso rasch als sie kommen, wieder zu vergehen pflegen, ist zu erwarten, dass auch die in Wien derzeit bestehende Epidemie, die ja gewiss mit der Influenza vielfache Aehnlichkeit hat,

wenn auch nach dem Befunde charakteristische Unterschiede bestehen, in absehbarer Zeit wieder abflaut.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im September wurden bei der Ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 18.343 Parteien K 25,985.069 eingelegt, und an 20.903 Parteien K 27,338.671 rückgezahlt. Der Gesamteinlagenstand belief sich Ende des Monats auf K 756,467.974. Hypothekendarlehen wurden K 336.250 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 1,475.418 rückgezahlt; der Stand der Hypothekendarlehen belief sich am 30. September auf K 322,562.678. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende des Monats auf K 17,971.009 und an 60jährigen Pfandbriefen waren K 18,306.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 10,135.274 eskontiert, dagegen 13,356.793 einkassiert, Kassenscheine der ö.u. Bank K 2,500.000 angekauft, dagegen K 500.000 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Kassenscheinen der österr. ung. Bank betrug am 30. September K 72,211.099.

336 — 337

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 2. Oktober 1918. No 336.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 8., 9., 12. und 17. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt A der neuen Kartoffelkarte.

Detailpreise für ungarisches Geflügel. Auf Grund der von der „Geflügel“ mit Zustimmung des Amtes für Volksernährung festgesetzten Uebernahmspreise werden mit Wirksamkeit vom 7. d.M. für Wien folgende Detailhöchstpreise für ungarisches Geflügel per kg festgesetzt: Fettgänse, nicht ausgeweidet K 44 bis 47, zerteiltes Gänsefleisch K 40, ausgeweidete offene Fettgänse K 58, Gänsejunges K 14.--, Rohes Gänsefett K 88.--, geschmolzenes Gänsefett K 110.--, Gansbiegel mit Fett K 45.--, Fettemen K 42 bis 45, Truthühner K 31 bis 35, Suppenhühner ausgeweidet K 31 bis 35, Junghühner K 31 bis 35, Perlhühner K 21.50 bis 22.50, Bratgänse K 29 bis 31, Bratenten K 28 bis 30.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 2. Oktober 1918. No 337.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist von der Dienstreise, die er mit der Donau Regulierungs-Kommission unternommen hat, zurückgekehrt und hat heute die Leitung der Geschäfte der Stadt Wien übernommen.

Neue Bahnverbindung. Der niederösterreichische Landesausschuss beabsichtigt, die Landesbahn Auerstal - Stammersdorf als vollspurige elektrisch zu betreibende Bahn bis Wien (Augartenbrücke) weiterzuführen. Die Gemeindevertretung hat dem vorliegenden Entwurfe zugestimmt, jedoch gegenüber den Eisenbahnbehörden festgestellt, dass die Gemeinde Wien dem Wasserverkehr eine ebenso hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zuschreibt, und aus diesem Grunde eine Reihe von Forderungen stellen muss, die für die Zukunft eine grosszügige Ausgestaltung der Länden für den Umschlagverkehr vom Wasser aufs Land und umgekehrt ermöglichen soll. Aus der gleichen Erwägung hält die Gemeinde Wien auch an der gesetzlichen Verpflichtung der Kommission für Verkehrsanlagen zur Umwandlung des Donaukanals in einen Handels- und Winterhafen fest und gibt der Erwartung Ausdruck, dass der Bahnbau nicht etwa eine Abänderung dieser gesetzlichen Verpflichtung verursache. Ueber Ermächtigung haben die Vertreter der Gemeinde Wien bei den Verhandlungen zur Feststellung der Bahnrichtung (Strassenrevision) und bei der Stationskommission die entsprechenden Erklärungen abgegeben.

Ausgabe der Zimmerbradkarten. Da infolge technischer Schwierigkeiten der Druck der neuen Zimmerbradkarten durch die Staatsdruckerei nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, muss der mit der Magistratskundmachung vom 27. September festgesetzte Termin des Beginnes der Kartenausgabe durch die zuständigen Bret- und Mehlkommissionen verschoben werden. Wohnungsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A bis F erhalten die Zimmerbradkarten statt Freitag, den 4. d.M. erst am Donnerstag, 10. d.M., die Parteien mit den Anfangsbuchstaben G bis J und L statt Samstag, 5. erst am Freitag, 11. d.M. Die Anordnungen der Kartenausgabe für 7. bis einschliesslich 9. d.M. bleiben im Sinne der eingangserwähnten Magistratskundmachung aufrecht. Es werden also die Zimmerbradkarten für die Wohnungsinhaber mit den Anfangsbuchstaben K, M bis O am 7., P bis S und St am 8., Sch, T bis Z am 9. d.M. ausgegeben.

338

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*
Wien. 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 3. Oktober 1918. No 338.

Die 5. Wochensche werden am folgenden Freitag polnische Gänse zum Preise von 36 h. - per kg verkauft;
Verkauf polnischer Gänse. Leiss, 1. Singerstrasse; Filiph, 2. Markt am Werd;

Bubitsch, 2. Volkertplatz; Dechant und Endres, 3. Grossmarkthalle; Rechberger und Menzl, 4. Naschmarkt; Berckenstein, 5. Markthalle Phorusgasse; Simatovitsch, 5. Schönbrunnerstrasse; Holub und Schweifer, 6. Markthalle Damböckgasse; Hanneker, 7. Markthalle Burggasse; Wlassatty, 8. Markthalle Stadiongasse; Starnbacher, 9. Markthalle Nussderferstrasse; Vallentin und Holzinger, 10. Markt Eugenplatz; Gugitscher, 11. Markt Enckplatz; Max, 12. Markt in Meidling; Gass, 14. Markt Meisselstrasse; Kuselitsch, 14. Markt Brauhirschengasse; Stritzel, 15. Markt Reithoferplatz; Barilitsch, 16. Markt Johann Nepumuk Bergplatz; Bubitsch, 16. Markt Brunnengasse; Daim, 17. Jörgerstrasse; Hredeck, 18. Kutschkergasse; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse; Kazill, 19. Heiligenstädterstrasse; Basteiner, 20. Markt Hancockplatz; Imm, 21. Markt am Spitz.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werden in 9., und 10. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt A der neuen Kartoffelkarte.

Kaiser Karl Wohlfahrts - Werk.

Ein Brief eines ungarischen Bürgermeisters.

Bürgermeister Franz Vojnics aus Baja hat an den Vater eines Kindes, welches bei ihm seinen Sommeraufenthalt verbrachte, nachstehendes in mehrfacher Hinsicht interessantes Schreiben gerichtet: Den kleinen Fredi, den Sie vor sechs Wochen unserer Fürsorge anvertraut haben, geben wir jetzt seinen ihm bereits sehnsüchtig erwartenden Eltern zurück. Wir waren bestrebt dafür zu sorgen, dass die bei uns verbrachte Zeit nicht nur für seine körperliche Entwicklung vom heilsamen Einfluss sei, sondern auch erfrischend und aufmunternd auf sein Gemüt einwirke. Nicht nur unser Brot teilten wir mit ihm, sondern wir nahmen ihn auch in unseren Kreis liebevoll auf, damit er während seines Fernseins vom Elternhaus nicht die wohlthuende Wärme des Familienlebens entbehre. Wir geben alles, was bei den auch auf uns mit mannigfachen Sorgen und Leiden schwer lastenden kriegerischen Verhältnissen zu geben in unseren Kräften stand. Der besser Situierte Besseres, der Aermere Bescheideneres. Doch was wir geben konnten, das gab ein jeder mit jener traditionellen Gastfreundschaft, welche in uns der Weltkrieg weder zu verändern, noch herabzumindern imstande war. Ein jeder Bürger unserer kleinen Stadt begrüßte mit begeistertem Verständnis die edle Initiative unseres Kaisers und ein jeder beeilte sich inmitten der schrecklichen Tage dieses Weltbrandes Zeugenschaft abzulegen, dass in seinem Herzen das Gefühl der allumfassenden Humanität nicht erstarben ist, sondern in opferwilliger Bereitschaft fortlebt genährt und gestählt von dem Bewusstsein, dass nicht die Zwietracht, deretwegen seit Jahren Tag für Tag so Viele von des Nächsten Hand den Tod erleiden, sondern die verständnisinnige Liebe allein der mächtige Kitt ist, der das Weltall zusammenhält. Diese in uns festwurzelnde Ueberzeugung öffnete unsere Türen und unsere Herzen jenen Kleinen, die die Kinder eines Landes sind, mit welchem und die Freuden und Leiden vieler Jahrhunderte eng verknüpfen und fest verbinden. Ich hoffe es gläubig, dass das, was wir liebevoll spendeten, auch liebevoll aufgenommen wird und dass die wackeren Atzgersdorfer, aus welcher Gemeinde der überwiegende Teil der bei uns während des Sommers untergebrachten Kinder herstammt, unserer freundlichst gedankt werden, sowie auch ich nie jene edelherzigen österreicherischen Landwirte vergessen kann, die mir, dem seinerzeit an ihren Häusern hungrig und müde vorbeimarschirten Soldaten, bereitwillig Brot gaben und erfrischenden Apfelweil reichten.

Wir wünschen vom ganzen Herzen, dass Sie den kleinen Fredi, den wir Alle ob seines musterhaften Betragens und ob seiner Anhänglichkeit lieb gewonnen haben, mit seinen Geschwistern in Freuden grossziehen sollen. Mögen sie tüchtige Bürger ihres Vaterlandes, nützliche Mitglieder der Menschheit und eine ungetrübte Quelle stetiger Freude und Hoffnung ihrer um ihr Wohl und Gedeihen so zärtlich besorgten Eltern werden!

Eine grosse Approvisionierungsdebatte im Stadtrat.

Der Stadtrat trat heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu einer Sitzung zusammen, um über die gegenwärtigen Approvisionierungsverhältnisse Wiens zu beraten. Nach einem Berichte des Vb. Rain und nach Vorträgen der Magistratsreferenten Obermagistratsrates Dr. Ehrenberg, Magistratsräte Dr. Roskopf und Wanschura und Magistratssekretäres Dr. Hubmayer entspann sich eine die ganze Sitzung ausfüllende stellenweise erregte Debatte, an welcher sich sämtliche Mitglieder des Stadtrates beteiligten. Von allen Rednern wurden die derzeitigen Nöbelstände auf allen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Lebensmitteln hervorgehoben und mit allem Nachdrucke auf die Pflicht der Regierung hingewiesen, alles vorzusorgen, um eine ehemögliche Besserung herbeizuführen. Es wurden ^{nachstehende} Beschlüsse gefasst:

Die k.k. Regierung wird neuerlich aufgefordert, dem wiederholten Eruchen der Wiener Gemeindeverwaltung um Wiederherstellung der vollen Kochmehlquote mit der durch die überaus ungünstige Ernährungslage der Wiener Bevölkerung gebotenen Beschleunigung zu entsprechen.

Die k.k. Regierung wird weiters aufgefordert, durch möglichst restlose Erfassung der Inlandernte und rascheste Sicherstellung von auswärtigen, insbesondere ungarischen Bezügen entsprechend grosse Reserven an Brotgetreide anzulegen, um anlässlich der zu gewärtigenden Maiszuschüsse über die entsprechenden Mengen von Edelgetreide zur Herstellung einer geeigneten Brotmehlmischung zu verfügen.

Die k.k. Regierung wird ersucht, anlässlich der in Schwabe befindlichen Kompensationsverhandlungen mit der ungarischen Regierung zu bewirken, dass aus den ungarischen Zuschüssen ein Sonderkontingent ausschliesslich für die Versorgung der Stadt Wien bereit gestellt werde.

Die k.k. Regierung wird aufgefordert, mit allem Nachdrucke das sofortige Einsetzen derart reichlicher Kartoffelzuschüsse zu veranlassen, dass rechtzeitig vor Eintritt der schlechten Jahreszeit die für die Versorgung der Wiener Bevölkerung unter Zugrundelegung einer Quote von mindestens drei kg pro Kopf und Woche erforderlichen Vorräte sichergestellt werden können.

Die k.k. Regierung wird aufgefordert unverzüglich alle Massnahmen in die Wege zu leiten, welche geeignet sind, eine durchgreifende Beschickung des Wiener Obstmarktes herbeizuführen.

Die Gemeindeverwaltung protestiert gegen die von der k.k. Regierung beabsichtigte Abgabe von Rohzucker und die gleichzeitig verfügte enorme Preiserhöhung und verlangt, dass die k.k. Regierung durch beschleunigte Belieferung von Kohlen den Betrieb der Raffinerien behufs Erzeugung von Weisszucker und restloser Verarbeitung derbeur überaus reichlichen Rübenerte sicherstellt.

Die unzulängliche Kopfquote an Zucker muss mindestens auf das alte Ausmass erhöht werden.

Die nicht der Zuckerverwertung zugeführten Rübenmengen sind entsprechend zu konservieren und im gegebenen Zeitpunkte für Speisezwecke abzugeben.

Behufs Sicherstellung des Minimalbedarfes an Rindfleisch wird die k.k. Regierung aufgefordert, die Aufbringung der den Kronländern für Wien vorgeschriebenen Kontingente tatsächlich durchzuführen und auf der restlosen Lieferung der mit Ungarn und Kroatien vereinbarten Kontingente ohne Rücksicht auf etwa anhängige Kompensationsverhandlungen zu beharren.

Die k.k. Regierung wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und durch Zuschüsse aus den okkupierten Gebieten die Sicherstellung von Fettsäuren zu bewirken, um wenigstens die Aufrechterhaltung der ohnedies unzulänglichen Fettquote zu ermöglichen.

Hiedurch erledigt sich der am 26. vorigen Monats im Wiener Stadtrat eingebrachte Antrag der StRe. Dr. Hein und Hochensinner.

Ferner wurde ein Zusatzantrag des StR. Dechant auf genügende Beistellung von Futtermitteln und ein Antrag des StR. Dr. Haas, nach welchem bei der Schlachtung der Rinder trüchtige und milchergiebige Kühe ausgenommen werden sollen, angenommen.

Schliesslich wurde nachstehendem Antrage des StR. Breuer zu gestimmt: Die Gemeindeverwaltung überreicht diese Forderungen die Regierung verweist auf ihre wiederholten leider zumiest fruchtlosen Petitionen mit den drängendsten Approvisionierungsfragen und lehnt jede Verantwortung ab, wenn die Regierung nicht abermals der unabwehrbaren Forderungen der schwer bedrängten Verhältnisse verschlossen sollte.

Diese Angelegenheit wird den Gemeinderäte in seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

340-341

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michler*.
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 4. Oktober 1918. Nr. 340.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Montag werden in 2., 3., 4., 13., 14. und 18. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetreant wird der Abschnitt A der neuen Kartoffelkarbe.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Volksernährungsamtes wird in der 76. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine gegen Abtrennung des Buchstaben O wieder Wohlfahrtsfleisch und zwar 16 dkg für jeden Kopf zum Preise von 80 Heller in den bekannten Ständen und Geschäften der Gresshächtereier am nachfolgenden Tagen abgegeben werden: Samstag, 12. d.M. A bis F, Sonntag, 13. G bis K, Dienstag, 15. L bis R und Donnerstag, 17. S bis Z.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 4. Oktober 1918. Nr. 341.

Eine Vergasungsanlage im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth. Der Stadtrat hat im April l.J. genehmigt, dass mit der Kohle des Zillingdorfer Braunkohlenbergwerkes in den Anlagen der Berg- und Hüttenverwaltung in Cilli und der Kindberger Hüttenwerke der Alpinen Montangesellschaft Vergasungsversuche durchgeführt werden, um festzustellen, ob sich die Zillingdorfer Braunkohle zur Vergasung eignet. Diese Versuche haben ein befriedigendes Ergebnis gezeigt. Für die Herstellung der gesamten Anlage, die nunmehr zur Ausführung gelangen soll, sind bereits 2 Millionen Kronen bewilligt worden. Der Stadtrat genehmigte in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des StR. Schmid die Anschaffung der erforderlichen Apparate und zwar von sechs Drehrostgeneratoren um K 76.800 und einer Laufkatze zum Preise von 43.150 Kronen. Mit dem aus der Zillingdorfer Kohle gewonnenen Gase wird die Kesselfeuerung ohne Anstand mit wirtschaftlichem Erfolge möglich sein und auch die Ausbeutung von Teer und schwefelsaurem Ammoniak wird bei den derzeitigen Preisen für die Nebenprodukte sich als rentabel erweisen. Die Vergasungsanlage wird auch wertvolle Erfahrungen für die Vergasung der gesamten Betriebskohle des Ebenfurthener Kraftwerkes liefern.

Dienstjubiläen. Vor dreissig Jahren trat der derzeit dem magistratischen Bezirksamte Innere Stadt als Kanzleileiter zugeteilte Direktionsadjunkt L. H. Osvadic in den städtischen Dienst. Er war auch durch viele Jahre dem Präsidialbüro des Gemeinderates zugeteilt und hat sich infolge seines Pflichteifers in all seinen Stellungen die vollste Anerkennung erworben. Anlässlich seines heutigen Jubiläums überreichten ihm die Beamten des magistratischen Bezirksamtes Innere Stadt eine künstlerisch ausgeführte Adresse und beglückwünschten ihn zu der heutigen Feier. - Der in der Abteilung II der Stadtbuchhaltung tätige Oberrevident Karl Bruckmayer vollendete dieser Tage sein 25jähriges Dienstjahr. Aus diesem Anlasse wurden ihm vom Leiter der genannten Abteilung Rechnungsrat Krifter im Namen der Kollegen die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdrucke gebracht. Bruckmayer wird auch in Musikkreisen sehr geschätzt, zumal er Jahre hindurch, besonders auf dem Gebiete der Kirchenmusik in uneigennützigster Weise wirkte, wofür er auch durch die Verleihung des päpstlichen Ehrenkreuzes pro ecclesia et pontifice ausgezeichnet wurde.

Die Bezüge der städtischen Beamten. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Spalowsky folgende Anfrage: Die fortschreitende Teuerung hat auch die städtischen Angestellten schwer in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Vertretung haben bereits Wünsche geaussert, deren Befriedigung der Not steuern soll. Es wird daher gefragt, in welchem Stadium sich die Behandlung der gerechtfertigten Wünsche der städtischen Angestellten befinde. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: Schon in der Gemeinderatsitzung vom August d.J. wurde ein Teil der Wünsche der städtischen Bediensteten erfüllt und zwar durch die Genehmigung des Anschaffungsbeitrages, der am 1. Oktober ausbezahlt wurde. Gelegentlich der Beschussfassung über den Anschaffungsbeitrag im Stadtrate hat der Bürgermeister den Magistrat beauftragt, eine Vorlage über den restlichen Teil der von der städtischen Beamtenschaft gestellten Wünsche ausarbeiten. Die Vorarbeiten sind nunmehr nahezu abgeschlossen und der Magistrat wird schon im Laufe der nächsten Woche dem Stadtrate seine Anträge zur Beschlussfassung vorlegen.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 5. Oktober 1918. Nr. 342.

Fettberung für Mindesthemittelte. In der Zeit vom 6. bis 19. d.M. werden bei den Verkaufsständen der Grossschlächtereien gegen Abtrennung der Ziffer 3 des neuen amtlichen färbigen Einkaufsscheines und der zwei Fetttarifenabschnitte Nr. 108 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte für alle Gruppen von Mindesthemittelten, welche nicht dem Lebensmittelverlande der Kriegseinsatzbetriebe Wiens angehören, je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Heller für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Margarine. In der Zeit vom 6. bis 19. d.M. gelangen bei den städtischen Butterabgabestellen, sowie bei den Konsumentenorganisationen 100 Gramm Margarine pro Kopf und Woche zur Ausgabe. Der Preis pro Würfel beträgt K 2.10.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 6. bis 12. d.M. gegen Abtrennung des Zifferabschnittes 9 des rosa und weissen, Fleischeinkaufsscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes gespalten beträgt 34 h für 1 kg weiches und 27 h für 1 kg hartes Holz.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 5. Oktober 1918. Nr. 343.

Die Regelung der Bezüge der städtischen Angestellten

Im Anschlusse an die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner erteilte Erwiderung auf die Anfrage des StR. Spalowsky hinsichtlich der Wünsche der städtischen Angestellten entwickelte sich gestern im Stadtrate eine längere Debatte. Der Personalreferent des Magistrates Obermagistratsrat Dr. August Mayr erklärte, dass die Gemeinde Wien dem Beispiele des Staates bezüglich der Zuwendungen an die städtischen Angestellten folgen werde. Es soll demnach die Teuerungszulage durchschnittlich um weitere 30 % erhöht werden, auch die Zulagen der Pensionisten sollen eine Erhöhung erfahren und es werde schliesslich auch eine Anrechnung der Kriegsjahre bei der Zuerkennung der Pensionsbezüge in Erwägung gezogen werden. Die Mehrauslagen der Gemeinde Wien für die 30 %ige Teuerungszulage werde 18 Millionen Kronen erfordern, womit die jährlichen Auslagen der Gemeinde für die Kriegszulagen einschliesslich der wiederholten Anschaffungsbeiträge auf 120 Millionen Kronen jährlich steigen werden, wobei die vom Staate zu leistenden Rückvergütungen der halben Zuwendungen an die Lehrerschaft bereits abgerechnet sind. Der für den Jänner 1919 in Aussicht genommene Anschaffungsbeitrag (der dritte im laufenden Verwaltungsjahre) werde voraussichtlich bereits vor Weihnachten bewilligt werden. Der im Voranschlage 1918/19 ausgewiesene Gebahrungssatz von 15 Millionen Kronen werde sich durch die Erhöhung der fortlaufenden Kriegszulage und durch die Bewilligung weiterer Anschaffungsbeiträge auf rund 50 Millionen Kronen erhöhen. Für

das Verwaltungsjahr 1919/20 müsse unter der Voraussetzung, dass die Zulagen und die Anschaffungsbeiträge im gleichen Ausmasse weiter bewilligt werden mit einem Abgange von über 100 Millionen gerechnet werden. Eine Deckung für diesen Abgang müsste in irgend einer Form gefunden werden, wenn nicht in anderer Weise, so durch ein Anleihen. Das Bestreben der Gemeinde Wien sei fortgesetzt darauf gerichtet, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, ev. neue Einnahmsquellen zu schaffen. In der darauf folgenden Debatte wurde eine Reihe von Anregungen gegeben und am Schlusse sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Erwartung aus, dass der Magistrat in der Lage sein werde, schon in der kommenden Woche dem Stadtrate eine Vorlage über die Zuwendungen an die Gemeindeangestellten zu unterbreiten.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Empfang am Montag, 7. d.M.

Bezirksratsitzungen. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält am 7. d.M. 6 Uhr abends, hene des Bezirkes Währing am 11. d.M. 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab.

Bezirksvorsteherung Simmering. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand heute vormittags die Wahl eines Bezirksvorstehers von Simmering an Stelle des verstorbenen Vorstehers Georg Hirsch statt. Gewählt wurde Josef Schmölzner mit 14 Stimmen, 4 Stimmen entfielen auf den Bezirksrat Franz Diranko, eine Stimme war leer.

Auflösung der Bezirksvertretung Ottakring. Dem Gemeinderate wird in seiner nächsten Sitzung ein Antrag auf Auflösung der Bezirksvertretung Ottakring vorgelegt werden. Von den 30 Mandaten, welche die Bezirksvertretung zählt, sind 7 durch Todesfälle und Zurücklegungen unbesetzt, Am 28. v.M. haben 14 Mitglieder der Bezirksvertretung auf ihr Mandat verzichtet und auch der Bezirksvorsteher Franz Friedl hat aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle zurückgelegt. Da der Bezirksrat nur mehr 8 Mitglieder hat, eine Ergänzungswahl schwer durchzuführen ist, ist eine Auflösung derselben notwendig.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 13 Geschäftsstücke, darunter ein Bericht des Magistrates über dringende Approvisionierungsfragen, Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Gesetzentwurf über die Abänderung des Berggesetzes, Bauangelegenheiten etc.

Kartoffelabgabe. - In der kommenden Woche werden von Mittwoch bis Freitag in den Bezirken 1 bis 10 Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf um Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt B der neuen Kartoffelkarte.

Grösste Beschränkung in der Gasheizung notwendig. Die städtischen Gaswerke haben ihrem Betriebsplane (den mehrere Wochen erfordernden Anheizen der Gaserzeugungsöfen u.dgl.) die Aufhebung des Heizverbotes am 13. d. M. zugrunde gelegt. Falls durch die von der n.ö. Statthalterei plötzlich verfügte Aufhebung des allgemeinen Heizverbotes ein stärkeres Anwachsen des Gasverbrauches eintreten würde, könnte in den nächsten Tagen dem Bedarfe nicht entsprochen werden. Es müsste eine allgemeine Sperrung der Gasabgabe durch einige Stunden des Tages eintreten. Diese einschneidende alle Gasverbraucher betreffende Massnahme kann nur dann vermieden werden, wenn die Gasheizungen in der nächsten Woche nur in den allerdringendsten Fällen und auch dann nur mit der grössten Beschränkung benützt werden.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 7. Oktober 1918. No 344.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 10. d. M. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit dem Buchstaben C versehenen Abschnitte des Rindfleischkaufscheines bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Die spanische Grippe in Wien.

Das städtische Gesundheitsamt teilt folgendes mit: Da Ende September die Erkrankungen an Grippe plötzlich wieder gehäuft in Wien auftraten und nach den Mitteilungen der Aerzte sowie nach den Erfahrungen bei den sanitätspolizeilichen Oduktionen Todesfälle infolge dieser Krankheit vorgekommen sind, hat das Gesundheitsamt sogleich die möglich erscheinenden Vorbeugungsmassnahmen getroffen. Die städtischen Amtsärzte erhielten zunächst mündlich und sodann auch schriftlich Weisungen über das Vorgehen gegenüber dieser Krankheit. Im Einvernehmen mit den Schulbehörden wurden Revisionen jener Schulklassen, in welchen eine grössere Zahl von Kindern krankheits- halber abwesend war, sowohl durch die Schulinspektoren als auch durch die Bezirksärzte veranlasst, um soweit als nötig, sogleich die betreffenden Schulklassen für 8 Tage zu sperren. In gleicher Weise wird auch bei den Mittelschulen, Privatschulen, gewerblichen Fortbildungsschulen und bei den Kindergärten vorgegangen. Im Laufe des Samstag-Nachmittags sind im städtischen Gesundheitsamt die Meldungen über Schul- und Klassenschliessungen ständig gestiegen, so dass am Abend ca. 20 Mittelschulklassen, 70 Volks- und Bürgerschulen und 230 Volks- und Bürgerschulklassen geschlossen waren, darunter sämtliche Volks- und Bürgerschulen, sowie Kindergärten des 10. Bezirkes. Von den 5000 Volks- und Bürgerschulklassen der Stadt waren bis Samstag annähernd 1000, also ein Fünftel geschlossen. Dass prophylaktische Massnahmen nicht in der gleichen Weise von Erfolg begleitet sind, wie bei anderen Infektionskrankheiten, hat seine Ursache in der Eigenart der Grippe und ihrer leichten Uebertragbarkeit, derselben. Da über die Zahl der Erkrankungen mangels der Anzeigepflicht keine irgendwie verlässlichen Angaben vorliegen, hat das Gesundheitsamt bei der n.ö. Statthalterei die Einführung der Anzeigepflicht für die Dauer des gehäuften Auftretens beantragt. Von grosser Bedeutung erschien insbesondere auch die Unterbringung der an schwerer Grippe Erkrankten in Spitalspflege. Da der normale Spitalsbelag in Wien für die Unterbringung der zahlreichen, an schwereren Formen von Grippe Erkrankten offenbar nicht ausreicht, hat der Bürgermeister am 2. d. M. genehmigt, dass das städtische Nothospital in Meidling, welches für etwa 140 Personen vollkommen eingerichtet ist, zum Zwecke der Verpflegung von an Grippe Erkrankten verwendet und sobald als möglich in Betrieb gesetzt werde.

Weiters hat der Bürgermeister Verhandlungen mit dem Apotheker-Haupt-Gremium angeordnet, um die wichtigsten, zur Behandlung der Grippe erforderlichen Medikamente in den Wiener Apotheken sicherzustellen.

Samstag haben neuerliche Beratungen beim Bürgermeister stattgefunden, um die weiteren bei Zunahme der Grippeerkrankungen nötigen Massnahmen festzustellen. Für heute ist eine Sitzung des n.ö. Landes-Sanitätsrates und für einen der nächsten Tage eine Sitzung des obersten Sanitätsrates zum gleichen Zwecke einberufen, sodass mit Sicherheit zu erwarten ist, dass alle nach dem Stande der wissenschaftlichen Forschung möglichen Vorbeugungsmassnahmen sogleich durchgeführt werden. Nach den Mitteilungen der praktischen Aerzte und Amtsärzte ist ohne Zweifel die Zahl der an Grippe Erkrankten eine sehr grosse, doch verlaufen bei weitem die meisten Fälle

günstig. Zum Tode führende Komplikationen sind insbesondere: bösartige Formen von Lungenentzündung und heftige Entzündungen der Luftröhre und des Kehlkopfes. In der letzten Septemberwoche sind in Wien an Lungenentzündung 199 Personen gestorben, darunter 64 Soldaten, sodass 154 zivile Todesfälle übrigbleiben gegen etwa 50 unter normalen Verhältnissen. Die letzte grosse Grippeepidemie hat in Wien vom Anfang Dezember 1889 bis Mitte Jänner 1890 geherrscht. Damals hatte Wien 800.000 Einwohner und es starben an entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane in der 49. bis 2. Jahreswoche, wöchentlich 68, 73, 86, 180, 218 und 160 Personen, an Lungentuberkulose 71, 103, 122, 132, 143 und 129 Personen. Derzeit hat Wien ca. 2,300.000 Einwohner, also fast das Dreifache. Es starben an Lungenentzündungen, sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane und Influenza zusammen seit Anfang September wöchentlich 71, 98, 145 und 260 Personen, an Lungentuberkulose 120, 128, 160 und 138 Personen. Die Zahl der Todesfälle ist daher bisher verhältnismässig viel niedriger als bei der letzten Epidemie. Bezüglich der Schulschliessungen sei noch erwähnt, dass damals die Weihnachtsferien in den städtischen Volksschulen bis zum 6. Jänner verlängert wurden.

Die Gerüchte, als ob diese Todesfälle, welche oft schon nach kurzer Krankheit sich ereignen, auf Lungenpest zurückzuführen wären, sind vollkommen grundlos, da gerade die Pest eine bakteriologisch leicht und sicher nachweisbare Krankheit ist, und bei dem Vorkommen zahlreicher derartiger Todesfälle in Spitalsbehandlung sicher schon längst festgestellt worden wäre. Es besteht demnach zu einer Beunruhigung des Publikums kein Anlass, wenn jeder einzelne selbst die grösstmögliche körperliche Reinlichkeit beobachtet und der Infektion durch Anhalten (bei Massenansammlungen etc.) möglichst aus dem Wege geht und wenn Räume, in welchen grössere Menschenansammlungen stattfinden, einer ständigen und gründlichen Lüftung unterzogen werden.

In der heutigen 102. gemeinderätlichen Obmänner-Konferenz, die unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain stattfand, berichtete der Bürgermeister über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien, insbesondere über die in der letzten Zeit zunehmende Ausbreitung der spanischen Grippe und teilt mit, dass das Gesundheitsamt sofort die bei der eigenartigen Ausbreitungsweise dieser Krankheit durchführbar erscheinenden Massnahmen in Angriff genommen und bei der n.ö. Statthaltere die Einführung der Anzeigepflicht für die Dauer des gehäuften Auftretens beantragt habe. Er habe die Sperrung sämtlicher Volks- und Bürgerschulen für acht Tage angeordnet und die Verwendung des städtischen Nothospitals in Meidling zum Zwecke der Verpflegung von an Grippe schwer Erkrankten verfügt. Im Vergleiche zu der letzten grossen Grippeepidemie in Wien im Winter 1889/90 sei die Sterblichkeit gegenwärtig verhältnismässig gering. Der Stand der übrigen Infektionskrankheiten sei ein relativ niedriger, von Blattern, Cholera und Flecktyphus sei die Stadt frei geblieben.

Arznei- und Nutzpflanzenbau in den Kriegerheimstätten in Aspern. StR.

von Steiner stellte in der letzten Stadtratsitzung folgenden Antrag:
Behufs Schaffung einer staatlichen Fachstelle für Arznei- und Nutzpflanzenbau in der Nähe der geplanten Kaiser Karl Kriegerheimstätten in Aspern und zur Förderung des Arznei- und Nutzpflanzenbaues überhaupt wird auf Grund der zwischen dem Ackerbauministerium einerseits und dem Magistrat Wien - Wohnungsamt der Stadt Wien - andererseits gepflogenen Vorverhandlungen genehmigt: Die Gemeinde Wien schliesst mit dem k.k. Aerar einen Baurechtsvertrag nach dem vorgelegten Entwurfe ab.

In sinngemässer Anwendung der mit Gemeinderatsbeschluss vom 20. Juni 1913 festgestellten Grundsätze für die Bestellung von Baurechten an den der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücken wird von der Gemeinde Wien erklärt, eine Verlängerung bzw. Erneuerung des Baurechtes nach Ablauf der vereinbarten Baurechtsperiode für den Fall in Aussicht zu nehmen, als die weitere Erhaltung und Unterbringung der Anstalt auf dem gegenwärtigen Standorte im allgemeinen Interesse erwünscht wäre.

Die Gemeinde Wien erklärt sich einverstanden, dass die Errichtung der Gebäude der staatlichen Fachstelle nach dem vom Stadtamte entworfenen Plänen durch das Stadtbaumeisteramt für Rechnung des Ackerbauministeriums auf Grund eines besonderen zwischen dem Ackerbauministerium, dem Wiener Kriegerheimstättenfonds und der Gemeinde zu schliessenden Uebereinkommens, dessen Genehmigung dem Gemeinderate vorbehalten bleibt, erfolgt.

Die Gemeinde Wien richtet an die Regierung das Ersuchen, Industrieunternehmungen, welche sich mit der Drogen Appretierung, der Erzeugung ätherischer Oele, chemisch-pharmazeutischer Produkte aus Medizinalpflanzen und s.w. beschäftigen, die thunlichste Förderung angedeihen zu lassen. Dieser Antrag wird dem Gemeinderate in seiner morgigen Sitzung vorgelegt werden.

Obmänner - Konferenz

In der heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Obmännerkonferenz berichtete Direktor Menzel über eine in der letzten Zeit eingetretene Verschlechterung in der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke und es gelangte nach einer Debatte, an der sich sämtliche Anwesende beteiligten, die Konferenz zu dem Beschlusse, abermals in dieser Frage beim Arbeitsminister vorstellig zu werden.

Die Konferenz nahm hierauf einen Bericht des Magistratsrates Dr. Hartl über neuerliche Kriegszuwendungen an die städtischen Angestellten, Beamten, Lehrpersonen und Arbeiter, darunter auch an die Eingerückten zur Kenntnis, in welchem die Frage der Erhöhung der Kriegszulagen, der teilweisen Einrechnung der Teuerungszulagen in die Pension, die erhöhte Einrechnung der Kriegsdienstzeit für die Pension, sowie die neuerliche Auszahlung eines Anschaffungsbeitrages vor Weihnachten Erledigung finden. Die Vorlage wird dem Stadtrate in seiner Sitzung am 10. und dem Gemeinderate am 15. d.M. zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Zum Schlusse erstattete Magistratsrat Dr. Roskopf ein umfassendes Referat über die Approvisionierungslage der Stadt Wien und verwies auf die bereits bekannte Resolution des Stadtrates vom 3. d.M., die in der Gemeinderatsitzung vom 9. d.M. zur Beschlussfassung gelangen wird.

Ausstand bei den städtischen Straßenbahnen.

Während die heutige Obmänner-Konferenz der Gemeinderatspartei en über die neuerlichen Kriegszuwendungen an die städtischen Beamten, Lehrer und Arbeiter beriet, lief beim Bürgermeister die Nachricht ein, daß in der Hauptwerkstätte der städtischen Straßenbahnen im Laufe des Vormittags die Arbeit eingestellt wurde und daß sich der Ausstand auch bald auf die Betriebswerkstätten Rudolfshaus, Wienzeile, Meidling, Koppreiterstraße, Werkplatz Agmayergasse und Breitensee ausgedehnt habe. Im Laufe des Vormittags stieg die Anzahl der Streikenden auf 1850 Arbeiter, darunter 400 kommandierte Soldaten. Als Ursache des Streikes wurde Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen angeführt.

Dazu ist vor allem zu bemerken, daß der Gemeinderat bereits in seiner Augustsitzung eine Reihe von Forderungen, welche Millionen von Kronen kosten, bewilligt hat und daß der Bürgermeister ausdrücklich erklärte, die weiteren Forderungen werden Gegenstand eingehender Erwägung und unverzüglicher Beschlusfassung sein. Speziell in dem von Reichratsabgeordneten Forstner namens der sozialdemokratischen Gruppe der Straßenbahner dem Bürgermeister überschiedten Memorandum wurde ausdrücklich der 15. Oktober als Termin für die Erledigung dieser Forderungen angegeben. Auch die christlichsozialen Vertrauensmänner waren durch den Bürgermeister verständigt, daß er nicht säumen werde mit aller Beschleunigung ihre Wünsche und Forderungen zu prüfen und der Erledigung zuzuführen.

Für die große Öffentlichkeit wird es gewiß von Interesse sein, den Tagesverdienst der verschiedenen Kategorien der bei der Straßenbahn Beschäftigten kennenzulernen. Für die dauernd beschäftigten Facharbeiter beträgt der Tagesverdienst des jüngsten ledigen Arbeiters K 14.23, welcher sich bei dem ältesten verheirateten Arbeiter bis auf K 27.98 steigert. Bei den dauernd beschäftigten Hilfsarbeitern beziffern sich die entsprechenden Beträge mit K 12.69 und K 21.74. Der jüngste ledige Kriegsaushelfer (Facharbeiter) erhält täglich K 13.50, der älteste verheiratete K 22.30. Wenn der Kriegsaushelfer als Hilfsarbeiter verwendet wird, bewegt sich der Tagesverdienst zwischen K 11.98 und K 20.77. Die Hilfsarbeiterinnen haben einen Tagesverdienst von mindestens K 10.44 und höchstens K 16.57.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete der Obmännerkonferenz über den Ausstand und erklärte, daß mit den neuerlich in Beratung stehenden Zuwendungen diese Bezüge sich nach wesentlich erhöhen werden.

Die Direktion der städtischen Straßenbahnen hat nachstehendes Plakat in den Bahnhöfen und Betriebswerkstätten anschlagen lassen:

AN ALLE ANGESTELLTEN .

In einzelnen Dienststellen haben Angestellte ihren Dienst eingestellt, ohne durch Krankheit verhindert oder ordnungsmäßig beurlaubt zu sein. Alle Angestellten werden hiemit aufgefordert, ihren Dienst unverzüglich anzutreten und pünktlich zu versehen, widrigenfalls die Bestimmungen der Dienst- und Arbeitsordnungen, beziehungsweise der Eintrittserklärungen angewendet werden.

Im Laufe des Nachmittags fand eine von christlichsozialen Vertrauensmännern einberufene stark besuchte Versammlung statt, in welcher die Teilnahme an dem Streik abgelehnt und beschlossen wurde, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Heute abends finden Versammlungen sowohl der christlichsozialen, wie der sozialdemokratischen Straßenbahner statt.

Nach den letzten Nachrichten besteht die Gefahr, daß auch das Bahnbetriebspersonale sich teilweise der Ausstandsbewegung anschließt.

347

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michlew,
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 8. Oktober 1918. Nr 347.

Der Ausstand bei den Strassenbahnen. Der teilweise Ausstand bei den Strassenbahnen dauert auch heute noch an. Zahlreiche Arbeitswillige haben zwar auf den meisten der eingestellten Linien den Verkehr aufgenommen, doch mussten sie, durch Streikende und fremde Personen gezwungen, den Versuch immer wieder aufgeben und zwar geschah dies auf den Linien der Bahnhöfe Meidling, Koppreiterstrasse, Ottakring, Hernals und Brigittenau, später auch auf den Linien der Bahnhöfe Gürtel Grinzing und Floridsdorf. Es sind auch einzelne Sabotageakte vorgekommen. In einigen Fällen konnten die Täter verhaftet werden. Die Angestellten wurden vor solchen Sabotageakten, an denen sich bisher vorwiegend Fremde beteiligten, gewarnt. Das Situationsbild ändert sich von Stunde zu Stunde, da der Betrieb auf den eingestellten Linien aufgenommen, auf bisher betriebenen eingestellt oder erschwert wird. Die Strassenbahndirektion ist unablässig bemüht, den Verkehr im Interesse der Bevölkerung immer wieder aufzunehmen. Zur Zeit (mittags) findet beim Bürgermeister eine Besprechung mit den Vertretern der Angestellten statt.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 11. bis 21. Bezirke Kartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von 36 h für das $\frac{1}{2}$ kg abgegeben. Abgetrennt wird der Abschnitt B der neuen Kartoffelkarte.

Das Arbeitszimmer des Oberbaurates Wagner. Dem Gemeinderate wird in der nächsten Sitzung der Antrag vorgelegt werden, die Einrichtungsgegenstände des Arbeitszimmers des verstorbenen Oberbaurates Otto Wagner um den Betrag von 30.000 Kronen anzukaufen. Die Gegenstände werden eine wertvolle Bereicherung des neu anzulegenden Baukünstlerarchives bilden. Pläne, Skizzen und Entwürfe Friedrich von Schmidt's, des Erbauers des Neuen Rathauses, sind schon in reicher Zahl vorhanden und man hofft, auch Skizzen und Pläne von Hansen, Ferstel und Semper, später auch von Ohmann, Förster, Van der Nüll und Siccardsburg, sowie auch von anderen Baukünstlern zu erlangen. Das Baukünstlerarchiv wird bekanntlich im Neuen Museum der Stadt Wien seinen Platz finden.

Kohlenausgabe. In der Zeit vom 13. d.M. bis 30. November werden ausgegeben werden: An Hausbrand: Für einen ganzen Küchenbrand 25 kg Steinkohle oder 32 kg Braunkohle, für einen ganzen Zimmerbrand 20 bzw. 25 kg für jede Woche; An Gewerbebrand: Für einen ganzen Betriebsbrand 100 kg Steinkohle oder 125 kg Braunkohle für den Monat November, für einen ganzen Heizbrand 40 bzw. 50 kg für den Monat Oktober, 80 bzw. 100 kg für den Monat November. Auf Grund des Bezugsscheines werden für Betrieb die Menge unter dem Buchstaben B für den Monat November, für die Heizung die Hälfte der Novembermenge unter dem Buchstaben C für den Monat Oktober und die ganze Menge unter demselben Buchstaben für den Monat November ausgegeben.

Von den Kindern unseres Kaisers wird uns von informierter Seite eine reizende Geschichte erzählt. Bekanntlich ist das Erzherzogin Adelheid Kinderheim - Meidling in der Rothenmühlgasse in einem Hause untergebracht, welches sich in einem derartig schlechten Bauzustand befindet, dass ein längeres Verbleiben in demselben für die Kinder und ihre Pflegerinnen allmählig in Frage gestellt wird. Diese Kunde war nun auch in die Kaiserliche Kinderstube gedrungen, woselbst sich besonders Kronprinz Otto und die kleine Erzherzogin Adelheid lebhaft für das Heim, das der letzteren Namen trägt, interessieren. Unlängst kamte nun einem Abends der Kronprinz nicht gleich einschlafen, während sich die Allerhöchsten Eltern gerade in seinem Zimmer aufhielten. Da sagte er plötzlich ganz ungermittelt; Das ist schrecklich, das Adelheid-Heim stürzt ein! Der Kaiser und die Kaiserin wussten anfangs gar nicht, was dies zu bedeuten habe. Erst am folgenden Morgen wurde den Allerhöchsten Herrschaften der Grund zu diesem Aufruf erklärt. Die Ehrenpräsidentin des Vereines Prinzessin Lobkowitz, welche sich gerade für einige Wochen bei ihrem Gemahl, dem Generaladjutanten in Reichenau befindet wurde plötzlich ganz unerwartet durch die Hofdame zu Ihrer Majestät berufen. Wie erstaunte sie, als sie nichts ahnend vor der Kaiserin erschien und von derselben den namhaften Betrag von 10.000 Kronen in Empfang nahm. Kaum konnte sie vor Rührung und Dankbarkeit einige Worte herausbringen und unter Handküssen „Vergelts Gott“ sagen. Die Summe soll nun für Ankauf eines entsprechenden Obdaches für das Heim verwendet werden. Und nun kommt das reizendste dieser ganzen Szene: Die Kinder liessen sich nicht nehmen, Ihre Ersparnisse, zusammen 5 Kronen 50 Heller zu gleichem Zwecke beizutragen und nur der Kronprinz fügte hinzu: Der Robert hat noch 20 Heller, aber die gehören für die Heidenkinder.

Diese in ihrer Art wohl einzig nette Geschichte wird gewiss nicht verfehlen in allen Kreisen die übrigens bekannte Tatsache erneuert zum Bewusstsein zu bringen, wie einfach, schlicht und herzlich das Familienleben unseres Herrscherpaares ist.

Möge das Beispiel unseres edlen Herrscherpaares lebhaften Widerhall finden in den Herzen der Bevölkerung, auf dass uns viele Wohltäter helfen Bausteine sammeln zum Baue eines Heimes, das den armen Kriegerwaisen in einer den Opfern ihrer Heidenväter würdigen Weise das Elternhaus ersetzen soll. Etwaige Spenden wollen an StR. Müller, Wien, 12. Bezirk Fuchselhofgasse 2 gesendet werden.

Zulassung von Interessenten der Post, des Handels, des Gewerbes und des Bergbaues zu Pferde-Lizitationen. Bis auf weiteres wurden die Pferde des ersten Lizitationstages, sowie ein Drittel der Pferde des 2. Lizitationstages den entsprechend legitimierten Land- und Forstwirten, während 2 Drittel der Pferde des 2. Lizitationstages der Interessenten der Post, der Industrie, des Handels, des Gewerbes und des Bergbaues überlassen werden. Pferdehändler und Zwischenhändler bleiben nach wie vor ausgeschlossen. Für Land- und Forstwirte werden weisse, für die anderen Berufe blaue Kauflegitimationen von den politischen Behörden (in Wien von den magistratischen Bezirksämtern) ausgestellt.

Kürzung der Fleischquote. Vom Volksernährungsamt wird verlautbart: In der Woche vom 10. bis 16. d.M. wird die Abgabemenge an Rindfleisch bei den Spitälern, Versorgungsanstalten etc. um 25 %, und bei den Gasthäusern Hotels, Pensionen etc. um 50 % der gegenwärtigen Fleischmenge gekürzt; bei den Kriegs- und Gemeinschaftsküchen wird die Wochenmenge mit 20 dkg pro Kopf, für Privathaushaltungen, sowie Konsumentenorganisationen mit 1/8 kg pro Kopf festgesetzt.

Aus dem Rathause. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird am nächsten Donnerstag den Bezirksvorsteher der Inneren Stadt Kaiserlichen Rat Josef Wieninger, welchem der Gemeinderat das taxfreie Bürgerrecht verliehen hat, den Bürgereid abnehmen, dem Maschinisten der städtischen Gaswerke Simmering Robert Kling und dem Depotdiener der städtischen Leichenbestattung Eduard Nitsch die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste überreichen. Ferner werden eine Anzahl von Armenräten Diplome für die langjährige Ausübung ihres Ehrenamtes erhalten und schliesslich wird der Bürgermeister neuernannte Bürger der Stadt Wien beeidigen.

349

Wiener Rathaus-Korrespondenz
I. RATHAUSBLATT
Herausgeber FRANZ MICHEU

3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 8. Oktober 1918. Nr. 349.

Der Ausstand bei den Strassenbahnen.

Heute Mittags fand unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner, in Gegenwart der 3 Vicebgm. und des St.R. Schneider eine Besprechung der beiden Organisationen der Strassenbahner, und zwar der christlichsocialen Vertrauensmänner unter Führung des L.A. Kunschak und des St.R. Spalovsky und der socialdemokratischen unter Führung des Abg. Forstner und des Verbandssekretärs Weigl statt.

Vor allem brachte der Hauptvertrauensmann Macho der christlichsocialen Strassenbahner folgende Resolution vor: Die vollzählig versammelten christlichsocialen Vertrauensmänner der Strassenbahn erklären, dass sie mit dem am 7. Oktober mutwillig und entgegen der Abwartefrist inszenierten Streik nichts gemein haben, daher die Bediensteten aufordern, weiter Dienst zu machen und sich nicht von unberufenen Elementen zu dienstwidrigen Handlungen hinreissen zu lassen. Sie erklären jedoch, dass sie auf Erfüllung ihrer Wünsche inklusive Einrechnung der Kriegszulage in Lohn und Gehalt-verharren und zwecks Vermeidung von Misstimmigkeiten einer raschen Erledigung ihrer Wünsche entgegensehen.

Der Bürgermeister stellte sodann die im Laufe der letzten Wochen überreichten Memoranden der Bediensteten, und zwar der christlichsocialen Vertrauensmännerorganisation, des Verbandes der Handels-Transport- und Verkehrsarbeiter und des Reichsverbandes katholischer Arbeiterfrauen Sektion Strassenbahn zur Diskussion.

In eingehender nahezu vierstündiger Erörterung wurden die einzelnen Punkte der Bediensteten-Organisationen durchgesprochen. Der Bürgermeister unterbreitete den Anwesenden die Vorschläge des Magistrates, welche schon gestern der Obmänner-Konferenz zur Kenntnis gebracht worden waren und welche nächsten Donnerstag im Stadtrate und am Dienstag, den 15. ds-Mts. im Gemeinderate zur Beratung und Beschlussfassung gelangen sollen. Die Magistrats-Vorlage umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

1.) Eine 30% ige Erhöhung der Kriegszulagen, 2.) ein- und einhalb-fache Anrechnung der Kriegsjahre als Dienstjahre, also für 4 Kriegsjahre werden 6 „Dienstjahre gerechnet, 3.) Zuschlag eines Teiles der Kriegszulagen, etwa im Durchschnitt 25 % zum Gehalt oder Lohn als Bemessungsgrundlage für die Anweisung eines Ruhegenusses, 4.) Gewährung

eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages im Dezember (der 4. im Jahre 1918)

Der Bürgermeister weist noch darauf hin, daß die Gemeindeverwaltung in der Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für die Angestellten ihr möglichstes tue und daß der Gemeinderat ja auch schon durch seinen Beschluß auf Bevorschugung der Kartoffel und Brennmaterialbeschaffung Beweise seiner Fürsorge gegeben.

Hiedurch sei von der Gemeindeverwaltung einem Teile der Forderungen beider Organisationen Rechnung getragen. Was den zweiten Teil der Forderungen anbelange, so sei die Direktion erst gestern mit der Prüfung und der Berechnung fertig geworden; er habe noch keinen Bericht und sei daher außerstande über diese Forderungen in Verhandlungen zu treten. Er sei jedoch sehr gerne bereit in absehbarer Zeit auch diesen Teil der Beratung in Magistrate und Stadtrate zu unterziehen und vor der Vorlage an den Stadtrat mit den Vertrauensmännern beider Organisationen Rücksprache zu halten. Was schliesslich den dritten Teil der Forderungen anbelange, welche sich ihrem Wesen nach als eine Erhöhung der Grundlöhne darstellen, so habe die Gemeindeverwaltung bisher den Standpunkt vertreten, alle diese Ansuchen erst nach dem ^{Kriegs-}Schluss der Erledigung zuzuführen, also in jenem Zeitpunkte in welchem sich durch den Abbau der Preise die Möglichkeit ergebe, die Relation zwischen Lohn und den Kosten der Lebenshaltung für eine längere Zeitdauer zu erfassen. Da aber heute schon die Gemeindeverwaltung zirka 25% der Kriegszulage zu den festen Bezügen bei Bemessung der Ruhegenüsse anrechne, liege schon ein Präjudiz für die künftige Haltung des Gemeinderates vor.

Nachdem die Vertrauensmänner beider Organisationen separat Beratungen gepflogen hatten, wurden von dem Bürgermeister die Erklärungen abgegeben, wobei die Vertreter des christlich-socialen Arbeiter-Vereines den ihrer Ueberzeugung nach mutwillig angezettelten Streik verurteilten und ihr unentwegtes Vertrauen zu Bürgermeister und Gemeindeverwaltung aussprachen, welche ihre überreichten Forderungen teils schon der Erledigung zugeführt haben, teils darüber in Beratung stehen; sie erklären für die unbedingte Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

Die Vertreter der Sozialdemokraten erklärten von dem bisher erledigten nicht völlig befriedigt sein zu können, in Anbetracht aber der ganzen Lage und insbesondere bei dem Umstande, daß der Bürgermeister über den zweiten Teil der Forderung noch keinen Bericht habe, 14 Tage zuwarten zu wollen und ebenfalls den ihnen nahestehenden Angestellten der Strassenbahn die Wiederaufnahme des Dienstes für morgen früh zu empfehlen.

Hierauf erklärt der Bürgermeister die Verhandlungen für geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Johann Michalek.
Wien. i. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 9. Oktober 1918. Nr. 350.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Zatzka werden die Kosten für die Inneneinrichtung der neuen Schlachthalle im Schlachthause Meidling in der Höhe von 38.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Anschaffung von drei Keaselschaltern für die Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke mit den Kosten von 14.600 Kronen genehmigt. - Die Aufstellung eines Pumpenaggregates in der Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke wird mit den Kosten von rund 70.000 Kronen genehmigt. - Für die Errichtung einer Transformator- und Schaltanlage Kottlingbrunn wird ein Betrag von 177.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird die Zahl der für die Prämiierung von Schrebergärten bewilligten Preise von je 10 Kronen von 750 auf 800 erhöht. - Die Anschaffung von Dezimalwagen für die städtischen Kohlenlagerplätze wird mit den Kosten von 16.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird der monatliche Mietbetrag für Gasbügeleinrichtungen vom 1. November an auf 50 h erhöht. - Ein Antrag des StR. Müller, über alle provisorischen Angestellten, die bisher nicht definitiv geworden sind, ehebaldigst eine Vorlage dem Stadtrate zu unterbreiten, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Stiftungen. Im November gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Lainzgrube geniessen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 16. Oktober in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf einzubringen. - Bei der Bezirksvorsteherung Josefstadt werden die Zinsen der Stiftung Strozzigrund an solche Arme, welche längere Zeit am ehemaligen Strozzigrund wohnen, zur Verteilung gelangen. Gesuche sind bis 16. d.M. unter Anschluss des polizeilichen Meldzettels, der pfarrämtlichen Lebensbestätigung und eines Armutzeugnisses in der Kanzlei des 8. Gemeindebezirkes zu überreichen.

Zur Abgabe der Türklinken und Metallgegenstände.

Vom Stadtrate wurden am 9. August gegen die Abnahme der Türklinken und die neuerliche Ablieferung von Metallgegenständen im Wiener Gemeindegebiete ernste Vorstellungen an das Ministerium für Landesverteidigung erhoben. In deren Erwiderung gelangte ein Erlass dieses Ministeriums an den Stadtrat, der in der letzten Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde. Dieser Erlass beinhaltet, dass von der Durchführung der Metallklinkenabnahme nicht abgegangen werden kann, doch wird diese Aktion in Wien nicht früher einsetzen, als bis in Ungarn nicht nur ein gleichzeitiger Beginn, sondern auch eine gleichmässige intensive Fortsetzung der Klinken-Austauschaktion ernstlich gewährleistet sein wird. Der Zeitpunkt, zu dem diese Voraussetzungen vorliegen wird, wird vom Landesverteidigungsministerium seinerzeit bekanntgegeben werden. Bezüglich der Ablieferung weiterer Metallgegenstände im Sinne der Ministerialverordnung vom 25. Juni 1917 wurde vom Ministerium

angeordnet, dass diese Ablieferungsaktion ehestens durchzuführen ist.

Der Stadtrat nahm nach einer Wechselrede, an der sich VB. Rain, und die Stadträte Grünbeck, Dr. Hein, Hätzel und Zatzka beteiligten, die Antwort des Landesverteidigungsministeriums mit Bedauern zur Kenntnis, konnte sich jedoch nicht der Meinung anschliessen, dass der Ersatz der Schäden, die durch die Abnahme der Klinken verursacht werden, undurchführbar sei. Der Stadtrat stellte von neuem die Forderung auf, dass das Landesverteidigungsministerium die Schäden, die durch diese Massnahmen entstehen, ersetze.

Todesfall. Gestern starb Dr. Attersee an den Folgen der spanischen Grippe der pensionierte Direktor des Wiener Konskriptionsamtes Julius Berger. Er war durch viele Jahre als Leiter in der Konskriptionsabteilung für den 14. und 15. Bezirk, dann in leitender Stellung im Konskriptionsamte im Rathause tätig und hat durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und seinen Pflichteifer sich allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit erfreut. Er war auch viele Jahre als Revisor im Stenographenamte des Wiener Gemeinderates und des n.ö. Landtages tätig.

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 9. Oktober 1918.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält dem Gemeinderate August Schmidt einen warmempfundenen Nachruf, in welchem er ausführt:

Wer unseren verbliebenen Kollegen gekannt hatte, musste ihm gut gesinnt sein. Ein echter Wiener, vereinigte er alle Bürgertugenden, die die Bewohner unserer Stadt auszeichnen. Hilfreich, wo immer er einem Bedrängten beistehen konnte, jederzeit bedacht auf das Wohl und Interesse seiner Mitbürger und liebenswürdig und entgegenkommend im Verkehr mit seinen Kollegen. August Schmidt war uns ein hochgeschätzter und von allen geachteter Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mehr als 18 Monate sind seit dem denkwürdigen Tage verstrichen, da der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung in diesem Saale die Bestrebungen unseres Ministers des Aeussern einhellig und herzlichst begrüßte, die dahin gingen, es sollen die Kriegführenden auf dem Boden der Gerechtigkeit Verhandlungen zur Erzielung des Friedens einleiten. Und unvergessen bleiben uns die Worte des Grafen Czernin, mit welchen er sein menschenversöhnendes Programm von dem Aufbau einer neuen Weltordnung, dem allgemeinen Völkerbund, dem internationalen Schiedsgericht und der allgemeinen Abrüstung entwickelte.

Mit voller Zustimmung begrüßen wir heute den neuerlichen gemeinsamen mit den Verbündeten gemachten Vorschlag der k.u.k. Regierung zur Vorbereitung des Friedens.

Der Friede, den die Völker sehnlichst erhoffen, soll, damit er nimmer von den Menschen weiche, das Recht und die Gerechtigkeit bringen für alle Länder und Völker.

Auf dem Boden der Gerechtigkeit soll ein neues Oesterreich mit freien Völkern erblühen und seine Mission im Völkerbunde erfüllen. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Weltprinzip erhoben wird, dann wollen wir Deutsche in Oesterreich dieses Recht, das alle anderen Nationen für sich begehren, auch für uns voll und ganz in Anspruch nehmen. Wir rechten nicht mit der Vergangenheit, unser Blick ist mit ernster Ent-

schlossenheit nach der Zukunft gerichtet, die mehr denn je die Einigkeit aller Deutschen in Oesterreich verlangt. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Und so darf der Gemeinderat der Stadt Wien als Vertreter des größten deutschen Gemeinwesens der Monarchie in diesen hochernsten Stunden nicht verfehlen, an die Deutschen in Oesterreich die dringende Mahnung zur Einigkeit zu richten. Der Gemeinderat gibt der Erwartung Ausdruck, daß sich alle Deutschen Oesterreichs in fester Geschlossenheit zusammenfinden und selbstbewußt und mit Zielsicherheit die Geschicke des deutschen Volkes in Oesterreich in die Hand nehmen. (Anhaltende neuerliche Zustimmung).

Gespendet haben: Celestine Buechele für die Armen des 20. Bezirkes K 2000.--, Gräfin Luise Fünfkirchen zugunsten von alien Pfründnern und Pfründnerinnen K 1000.--, Emilie Nedomansky für Arme des 4. Bezirkes K 500.-- Dr. Guido Müller für die Armen des 3. Bezirkes K 200.-- und Anna Schnelzer für wohltätige Zwecke K 100.--

Schweifhahn GR. Stanglberger warnt vor Einlauf.

GR. Preuer fragt in Angelegenheit der seit einigen Wochen tief beunruhigender Nachrichten bezüglich Gründung staatlicher Grosswarenhäuser, ob der Bürgermeister geneigt sei, in dieser bedeutamen Angelegenheit bei den massgebenden Stellen unter Rücksichtnahme auf die nachdrückliche Versicherung des Finanzministers, dass die Regierung keinerlei Absichten habe, solche Betriebe ins Leben zu rufen, sich Klarheit zu verschaffen und mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass diese Erklärung des Finanzministers trotz aller Gegenströmungen und Beeinflussungen dauernd aufrecht erhalten bleibe?

Der Bürgermeister erwiderte, dass er bereits den Magistrat beauftragt habe, das ganze Material zur Beurteilung des Gegenstandes zu sammeln. Das Referat ist bereits fertiggestellt und wird morgen im Stadtrat behandelt werden, wo es sich zeigen wird, ob mit Beschlüssen dieser Körperschaft Genüge getan ist oder ob diese hochwichtige alle Gewerbetreibenden und alle Organisationen des mittelständigen Gewerbes betreffende Angelegenheit dem Gemeinderat vorgelegt werden soll.

GR. von Steiner stellt folgende Anfrage: Die Wohnungsnot in Wien steigt von Tag zu Tag. Dass eine gründliche Abhilfe, wie sie das grosszügige Wohnungsprogramm des Gemeinderates vorsieht, erst nach Friedensschluss möglich ist, sieht jedermann ein. Mit Recht aber kann die Bevölkerung erwarten, dass wenigstens die vorhandenen Wohnungen restlos zur Verfügung stehen und dass mit ihnen kein Wucher getrieben werde. Für die Unterbringung der Flüchtlinge und der Fürsorge-Einrichtungen für dieselben sind in den verschiedenen Bezirken zahlreiche Gebäude und Wohnungen in Anspruch genommen worden; die Bevölkerung erwartet, dass diese Wohngelegenheiten nach Abzug der Flüchtlinge nicht der privaten Freistreiberei, sondern durch die Gemeinde den Wohnungssuchenden zugänglich gemacht werden. In dieser Beziehung hat auch der Gemeinderat Beschlüsse gefasst. Es ist mir aber nicht bekannt, ob und welche Ergebnisse erzielt wurden. Gerechte Ermäßigung verursacht der Wucher, welcher mit möblierten Wohnungen und mit Ablösegeldern getrieben wird. Während der Hausbesitzer durch die Mieterschutzverordnung schwer betroffen und oft in bedrängter Lage sich befindet, sind es jetzt vielfach die Mieter selbst, welche förmlichen Schleichhandel mit Wohnungen treiben. Auch in dieser Beziehung ist nach Zeitungsnachrichten die Gemeindeverwaltung bereits an die Regelung herangetreten, eine Erledigung ist jedoch nicht bekanntgeworden. Es wird daher gefragt:

Ist der Bürgermeister bereit, mitzuteilen, welches der Stand der fraglichen Angelegenheit ist und welche Anordnungen von den Behörden getroffen wurden, um die von der Bevölkerung mit Recht aufs schärfste verurteilten Uebelstände zu beseitigen?

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Janusz Michew.**
Wien, I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 10. Oktober 1918. Nr. 351.

Sammlung von Altmöbeln für Kriegsgetraute. Der Bürgermeister hat an die Bevölkerung Wiens folgenden Aufruf gerichtet: Spendet Möbel für kriegsgetraute und kriegsbetroffene Ehepaare! Helfet den Kriegern, die aus dem Felde heimkehren, beim Gründen eines eigenen Hausstandes! In den meisten Haushalten gibt es entbehrliche gebrauchte Möbel und Hausratsgegenstände, die gewöhnlich auf dem Boden verwahrt werden und dort zugrunde gehen. In der Not unserer Tage dürfen wir solche Werte nicht der Vernichtung anheimgeben. Wer Einrichtungsgegenstände für heimkehrende Krieger spendet, trägt zur Linderung der Möbelnot bei. Wer den entbehrlichen Hausrat nicht verschonen kann, soll ihn nicht an Händler verkaufen, sondern der Gemeinde zu einem angemessenen, durch Schätzung bestimmten Preise überlassen. Die Gemeinde wird die gespendeten und angekauften Altmöbel instandsetzen und an kriegsgetraute und kriegsbetroffene Ehepaare, wenn sie mittellos sind, unentgeltlich, an zahlungsfähige zu einem von ihr bestimmten Preis durch befugte und fortlaufend kontrollierte Geschäftsleute unter günstigen Zahlungsbedingungen abgeben. Die so gewährleistete Gemeinnützigkeit des ganzen Unternehmens möge die Wiener Bevölkerung bestimmen, ihre in diesen Zeiten so oft bewährte Hilfsbereitschaft neuerlich zu erweisen. Spendet bald und spendet reichlich gebrauchte Möbel für die Kriegsgetrauten!

Wer für diesen gemeinnützigen Zweck Möbel spenden oder gegen billiges Entgelt abgeben will, möge seinen Entschluss mündlich oder schriftlich dem städtischen Wohlfahrtsamte (Wien, I. Neues Rathaus, 2. Stock) mitteilen. Sobald eine grössere Anzahl von Anboten eingelangt ist, wird bezirkweise die Abholung so schleunig, als es der Mangel an Arbeitskräften und Zugtieren gestattet, veranlasst werden.

Pensionierung des Stadtgartendirektors Hybler. Stadtgartendirektor kaiserlicher Rat Wenzel Hybler, der im 71. Lebensjahre steht und mehr als 40 Dienstjahre bei der Gemeinde Wien aufzuweisen hat, hat sein Ansuchen um Versetzung in den bleibenden Ruhestand überreicht. Er begann seine Laufbahn als Gartenpraktikant auf der Herrschaft des Fürsten Rudolf von Thurn und Taxis. Der Reihe nach war er bei Baron Leitenberger in Josefstadt, bei Grafen Nako in Schwarzau am Steinfelde (jetzt Eigentum des Prinzen von Parma), sodann mit Unterbrechung infolge Ableistung seiner Militärdienstpflicht durch 5 Jahre im Kaisergarten der Wiener Hofburg, hierauf im Garten des pomologischen Institutes in Troja bei Prag und kam nach kurzer Dienstzeit bei dem Herrschaftsbesitzer Ritter von Zahony in Skriwan wieder nach Wien, hier trat er im Jahre 1878 in den Dienst der Gemeinde Wien und wurde im Jahre 1905 zum Stadtgartendirektor ernannt. An die Spitze des städtischen Gartenwesens gestellt schuf er in den gärtnerischen Verhältnissen der Stadt Wien gründlich Wandel. Seit er das städtischen Gartenwesen leitet, sind etwa 500 gärtnerische Objekte neu hergestellt bzw. umgestaltet worden. Die bedeutendsten Anlagen, die er geschaffen hat, sind der Maria Josepha Park, die Erweiterung des Türkenschanzparks, die Anlagen auf der Gürtelstrasse, auf dem Franz Josefs-Kai und der Elisabethpromenade, der Kinderpark im 3. Bezirk, die Erweiterung des Stadtparkes, die Anlagen beim Versorgungsheim und Kaiser Jubiläumsspital in Lainz, beim Hochstrahlbrunnen, die

Wienflussanlage, der Heiligenstädter Park, Arenbergpark, Simmeringer Park Arthaberplatz, Linnéplatz, Wertheimsteinpark u.v.a., welche den Ruf der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien als Gartnstadt weit über die Grenzen Oesterreichs begründeten. Nahezu alle diese Projekte wurden persönlich von ihm entworfen und auch, dank der langjährigen praktischen Erfahrungen und erworbenen theoretischen Kenntnisse auf dem Gebiete der Gartnkunst in glänzender Weise durchgeführt. Nicht zu vergessen ist seine Bemühen um die Ringstrassenalleen, die er nach dem Absterben der Ailanthus und Platanen, grösstenteils neu anlegte, wodurch die früheren fortwährenden Klagen über das Nichtgelingen der Bäume auf diesen Strassen seit dieser Zeit gänzlich verstummen. Ebenso wurden unter seiner Leitung ~~große~~ die Verlegung des städtischen Reservegartens vom Heumarkt in den 2. Bezirk, die Uebersiedlung der Baumschule vom Zentralfriedhof nach Albern, die Anlegung des neuen Reservegartens in Kagran, die Reorganisierung des ganzen städtischen Gartenpersonales, die Zentralisierung sämtlicher Anlagen in den verschiedenen Bezirken unter die Stadtgartendirektion, in zufriedenstellender Weise gelöst. Seit dem Ausbruch des Krieges hat er die Gemüsepflanzenzucht für die Kriegsgemüse-, Schreiber- und Schulgärten etc. besorgt, auch den landwirtschaftlichen Betrieb auf den Gründen in Leopoldau eingeleitet und bis zum heurigen Frühjahr geführt. Ausserdem wurde ihm auch die Einmietung der Kartoffeln in Stadlau und Schwechat übertragen, welche Arbeiten in zufriedenstellendster Weise durchgeführt wurden. Seine Leistungen wurden durch die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes m.d. Krone und des Franz Josef-Ordens, sowie des Titels eines kaiserlichen Rates anerkannt. Im heurigen Frühjahr wurde ihm vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Ehren-Medaille für 40jährige treue Dienste überreicht. Auch die Bürgermeister, unter denen Hybler diente, würdigten dessen Verdienste im vollsten Masse. Anlässlich seiner Pensionierung beschloss der Gemeinderat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung, ihm die grosse goldene Salvatormedaille zu verleihen.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des StR. Poyer dem Obmann der St. Veiter Kinderbewahranstalt und Mädchen-Arbeitschule „Elisabethinum“ Ingenieur Julius Rohrbacher und nach einem Antrage des StR. Spalowsky dem Mariahilfer Männergesangsverein „Arminius“ die grosse goldene Salvatormedaille, nach einem Antrage des StR. Dechant der Oberin der Kongregation der barmherzigen Schwestern Devota Jaksche, nach einem Antrage des StR. Grünbeck dem Bezirksrat von Hernals Karl Rakusan und nach einem Antrage des StR. Tomola dem Direktor der Privatunterrichts-Anstalt der Marienbrüder in Gersthof Emil Vogel die goldene Salvatormedaille verliehen.

Feierlichkeiten im Rathause. Im Rahmen der üblichen Donnerstag-Feierlichkeiten nahm heute Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Gemeinderatssaale die Beerdigung des Bezirksvorstehers des 1. Bezirkes kaiserlichen Rates Josef Wieninger vor, dem vom Gemeinderate das taxfreie Bürgerrecht verliehen worden war. Hierzu hatten sich eingefunden: Minister a.D. Dr. von Wittek, Abgeordneter Dr. von Bächle, Prälat Amand Opitz, Prior Pfeiffer, Stifstkämmerer Görlich, der Pfarrer von St. Stephan Domkurat Rossmiller, Dechant Heinzel von St. Peter, Monsignore Binder, Stifstkämmerer Swoboda von Heiligenkreuz, Polizeirat Spielvogel, Advokat Dr. Kienböck jun., weiters die Stadt- und Gemeinderäte Aichhorn, Brauneiss, Heindl, Müller, Paulitschke, Kommerzialrat Partik, Roth, Rotter, Schwarz, Spalowsky, Tomola und Wippel,

der gewesene Landtagsabgeordnete Dr. Nepustil, fast sämtliche Bezirksvorsteher, Bezirksvorstehers-Stellvertreter Glück des 1. Bezirkes mit sämtlichen Bezirks-, Armen- und Ortsschulräten, Bezirksschulinspektor Habernal, die Vorsteherin des christlichen Frauenbundes im 1. Bezirk Salatsch, ferner Magistratsdirektor Dr. Nöchtern, die Obermagistratsräte Arzt, Formanek, Dr. Loderer und Dr. Winkler, Magistratsrat Paul, Oberkommissär Urban, die Direktoren Ingenieur Menzel, Dr. Rauscher und Jenisch u.v.a.

In seiner Beerdigungsansprache führte Bürgermeister Dr. Weiskirchner unter anderem aus: Du trittst heute in die Reihen der Wiener Bürger ein, welche durch Jahrhunderte mit Stolz ihre Traditionen verfolgen können. Stets waren Wiener Bürger bereit, für Kaiser und Reich einzutreten, aber niemals haben sie vergessen, dass Wien ein altes deutsches Kulturzentrum ist und dass sie jede Scholle dieses deutschen Bodens verteidigen müssen, um dieses Erbe unangetastet ihren Kindern und Enkeln zu überantworten. Die Wiener Bürger werden auch in diesen schweren Zeiten ihre Pflicht nicht vergessen und ich gewärtige, dass Wiens Bürger geschart um ihren Bürgermeister fest und treu zusammenstehen, mögen auch welche Bewegungen immer ihre Wellen in unsere Stadt werfen. Wir wollen, dass Ordnung in unserer Stadt herrscht, dass Wien den Ruf genießt, ohne Störungen durch den unseligen Weltkrieg gegangen zu sein. So Gott will, nähern wir uns ja doch dem Frieden, aber allerdings muss jeden treuen Oesterreicher bange Sorge befallen über die innerpolitischen Zustände. Wenn die anderen Nationen Oesterreichs von ihrem Selbstbestimmungsrechte Gebrauch machen, dann bleibt auch für uns nichts anderes übrig, als das Selbstbestimmungsrecht der Nationen auch für uns Deutsche voll und ganz in Anspruch zu nehmen. Wir Deutsche haben die heilige Pflicht, dem Deutschtum treu zu bleiben und wenn die Deutschösterreicher einig sind, dann bin ich auch um die Schicksale unseres deutschen Volkes besorgt.

Nachdem Oberggistratsrat Formanek die Bidesformel verlesen hat, beglückwünschten Exzellenz Wittek, Dr. von Baechlé, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Glück, der Obmann des Armeninstitutes kaiserlicher Rat Hörnisch und Bezirksschulrat Habernal den Ausgezeichneten, welcher seinen Dank für die Auszeichnung mit einem Hoch auf den Bürgermeister schloss.

Vorher hatte der Bürgermeister in seinem Empfangssalon den Maschinisten im städtischen Gaswerk Simmering Robert Kling und dem Depotdiener der städtischen Leichenbestattung Eduard Nitsch die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste überreicht und an eine Reihe von Armenräten das Diplom für eine mehr als 10 jährige Tätigkeit verteilt.

Selbstversorgung mit Kartoffeln. In den Kreisen der Bevölkerung ist vielfach die irrige Meinung verbreitet, dass die Frist zur Einreichung der Gesuche wegen Selbstversorgung mit Kartoffeln mit 12. Oktober endet. Es wird neuerlich aufmerksam gemacht, dass die Frist erst am 2. November d.J. endet. Weiters wird bekanntgegeben, dass Parteien, welche beim magistratischen Bezirksamte den Verzicht auf die Kartoffelkarten zu Protokoll geben, unbedingt zuerst von ihrer Kartoffelabgabestelle die Rayonierungsabschnitte zurückzuzugelerlangen und samt den Kartoffelkarten und dem amtlichen Einkaufsschein bei der Verzichtserklärung mitzubringen haben.

GR. Skaret: Ich glaube, dass sowohl hier in der Gemeinderatsstube als auch von Franzensring aus genügend Aufforderungen an die Regierung ergangen sind, aber es hiesse dieser Regierung oder der verflochtenen viel zu viel Ehre antun, wenn man hofft, von ihr Abhilfe zu erlangen. Die Mahnung in letzter Stunde klingt ganz schön, aber wir müssten eine Regierung haben, die die Fähigkeit besitzt tatsächlich auf dem Gebiete der Verwaltung und dazu gehört die Lebensmittelfrage, etwas zu leisten. Von der Regierung angefangen bis herunter zu den Bezirkshauptmannschaften und von diesen bis zu den einzelnen Gemeindevorstehern, ist alles in den desolatesten Verhältnissen und ist von dieser Seite eine Abhilfe nicht zu erhoffen. Angesichts der vorliegenden und zu gewärtigenden Kriegserklärungen hat Deutschland bereits im Jahre 1914 alle Lebensmittelzölle aufgehoben, um noch einführen zu können, was einzuführen möglich war. Die Österreichische Regierung verhandelte mit der ungarischen ob die Zölle aufzuheben seien, letztere natürlich weigerte sich wie immer es kam zu keinem Ergebnis und erst man im neutralen Ausland die Ausfuhr verbote erliess, erst dann und in Oesterreich überdies noch 2 Monate später wurden erst die Lebensmittelzölle aufgehoben.

Wenn unsere Regierung ihre Abhängigkeit von Ungarn nicht beseitigen kann, so hat sie nichts gelernt und nichts vergessen. In der Forderung für die Approvisionierung steht unsere Verwaltung noch auf demselben Standpunkte wie im August 1914. Sie lässt die Not bis zum Gipfelpunkt anwachsen und wenn dann nichts mehr zu machen ist, kommt eine Verordnung.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Bemerkungen des Berichterstatters hinsichtlich der Zentralenwirtschaft, gibt seiner Meinung darüber Ausdruck, dass durch den freien Handel die Sache nicht nur nicht besser, sondern sicherlich schlechter geworden wäre und erklärt, dass bei subordnungsähnlicher zentraler Bewirtschaftung diese sich bewährt haben würde.

Der Redner stellt schliesslich folgenden Zusatzantrag: Die Regierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und mit den Verbündeten nachdrücklich zu führen und so zu ermöglichen, dass die Brot- und Mehlerzeugung in Oesterreich jener dieser Länder gleichgestaltet und dass die gleichmässige Versorgung bis zum Schluss des Wirtschaftsjahres 1918/19 sichergestellt werde. Das Brotpreise des Wirtschaftsjahres 1917/18 sind allgemein wieder herzustellen. Der Redner bemerkt sodann: Recht bezeichnend ist es, dass Wilson nur die Note Deutschlands beantwortet hat, jene Oesterreichs aber nicht. Wir bilden also eigentlich nichts mehr als ein Anhängsel während des ganzen Krieges fragen aber die ganzen ungeheuren schweren Opfer des Krieges.

GR. Dr. Hein erklärt sich mit den vorliegenden Anträgen einverstanden. Es sei notwendig, dass der Wiener Gemeinderat in dieser furchtbaren Ernährungsfrage seine Stimme erhebt auf die Gefahr hin, dass es uns nichts nützt, dass die Bestrebungen der Gemeinde an der Indolenz der Regierung an der Unfähigkeit unserer ganzen Verwaltung abprallen. Er wendet sich gegen beide Arten des Garantiefondes, da die Fabriken genügend Gewinn einheimst hätten und die Produzenten, Agrarier, die genug auf Kosten der Wiener Bevölkerung verdient hätten. Es sei keine Notwendigkeit, derartige geheime Fonde zu stiften, die merkwürdiger Weise stets verwaltet werden. Die Absichten Schleichhandel als Hochverrat zu behandeln, sei nicht notwendig, denn es sei überflüssig, die Zahl der Hochverräter in Oesterreich zu vermehren, denn schliesslich würde es dann nichts anderes hier, als Hochverräter geben. Der Redner wendet sich sodann in scharfen Worten gegen den schleppenden Gang der Kompensationsverhandlungen mit Ungarn und spricht sich überhaupt gegen an zu Ungarn leistende Kompensationen aus. Eine schöne Abwehr der Verantwortung von sich abzuwälzen, wäre bloss die von ihm oft erwähnte Niederlegung der Gemeinderatsmandate. Seine Partei stimme zwar den Anträgen zu, doch verspreche sie sich nicht viel davon. Die Situation lässt sich nicht einen Tag länger halten.

GR. Appermayer: Unter dem Eindruck der beiden hier verlesenen Noten fällt es mir eigentlich schwer, über die Ernährungsfrage zu sprechen, über die so oft in diesem Saale leider ohne die geringste Befriedigung debattiert haben. Wenn wir es dennoch tun, machen wir es nur, um unserer Pflicht nachzukommen und um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir uns nicht veragt machen lassen und wiederum unsere Stimme zur Regierung erheben. Wir können weiter die desolate Wirtschaft beseitigen, noch den Einfluss der Österreichischen auf die ungarische Regierung so stärken, dass das werde, was wir im Jahre 1914 schon verlangt haben: Eine gemeinsame Schüssel, aus der Oesterreich und Ungarn zu gleichen Teilen seine Bevölkerung betreibt. Das Problem der Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt und alle an sie geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Es hat aber ^{Zustände geschaffen} ~~ausser dem Zustände~~ die schlechter sind, wie die grössten Auswüchse, die eventuell die freie Wirtschaft mit sich gebracht hätte. Die Zwangswirtschaft hat zum Schein Preise gezeitigt, aber auch den Schleichhandel, der viel höhere Preise gebachtet hat, viel höhere als es der freie Handel getan hätte. Zur Mangel der Produktion hat es nicht beigetragen, da jeder Anreiz fehlte. Das zweite Uebel ist das unglückselige Verhältnis zu Ungarn, das Schuld ist an einem Niederbruch der inneren Front, was wohl sich auch bitter an jenen rächen wird, die dazu geführt haben. Wenn wir die heutige Politik in Ungarn betrachten, beweist dies nur den Umstand, dass Ungarn auf sich selbst sieht und uns vollkommen ignoriert. Wir verlangen daher von der Regierung Ordnung im eigenen Lande und geordnete Verhältnisse mit Ungarn. So lange wir dies nicht miterleben, so werden unsere Debatten nutzlos sein. Es ist die heiligste Pflicht der Regierung, endlich auf Ungarn einzuwirken, dass es uns ein weiteres Durchhalten ermöglicht.

GR. Hohensinner verweist zuerst auf den ganz kolossalen Unterschied in den Versorgungsverhältnissen mit Nahrungsmitteln zwischen Deutschland und uns, der sich nicht bloss in einer reichlicheren Versorgung äussere, sondern noch viel mehr in den sogenannten Schleichhandelspreisen zum Ausdruck kommen, die bei uns schon lange eine Höhe erreicht haben, die in Deutschland noch lange unbekannt bleiben wird. Eine Vorstufe der völligen

Deroute unserer Lebensmittelversorgung liegt darin, dass Oesterreich der Schauplatz der schwersten innerpolitischen Kämpfe ist und nicht zum geringsten in unserem Sklavenverhältnisse Ungarn. Heute kann man es ruhig sagen, dass der Dualismus sich überlebt hat. Eine weitere Ursache unserer Verhältnisse liegt in dem Herrschen einer ohlärklichen - feudalen Kaste, die nicht nur den ganzen Grossgrundbesitz in Händen hält, sondern auch in allen Banken sitzt und die allein in Oesterreich die Minister auswählen.

Ueber Antrag des GR. Lux wird Schluss der Debatte und über Antrag des GR. Rötter Wahl von Generalrednern beschlossen. Sämtliche Redner sind pro gemeldet. GR. Spalowsky (Generalredner): bespricht die Ursachen des Schleichhandels und die Mängel der staatlichen Bewirtschaftung. Letztere sei eigentlich nur eine Bewirtschaftung bei der der Staat die Mauer mache. Es werde eine Verordnung zur Bildung einer Zentrale erlassen, eine jüdische Bank finanziere sie und die Masse der Bevölkerung werde ausgeplündert, während wenige sich bereichern. Der Redner bespricht sodann die Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Artikeln. Unser ganzes Ernährungswesen habe bankerott gemacht, weil die Durchführung es an dem notwendigen Ernst und Entschiedenheit hatte fehlen lassen.

Zurückkommend auf die einzelnen Lebensmittel spricht er zuerst über die Herstellung der Mehlsquote, die bis heute trotz der Verheissungen des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus und Deputationen gegen über noch immer die gleiche geblieben sei, und zwar 1/4 kg von schlech-

teste r Beschaffenheit. Mit den Kartoffeln werden wir von Woche zu Woche hinausgezogen. Die Regierung hat sich bereit gefunden einzelne Haushaltungen 100 kg beziehen zu lassen, was einer Wochenration von 2 1/2 kg entspricht. Infolgedessen habe der Stadtrat beschlossen, dass die übrige Bevölkerung im gleichen Ausmass zu betheilen sei und zwar mit Anrechnung des Umstandes, dass diejenigen, welche ein Wochenquantum beziehen, auf die Herabsetzung der Quote im Frühjahr werden rechnen müssen, 3 kg erhalten. Heute hat die Regierung eine Quote von 2 kg festgesetzt, was eine Misshandlung des Stadtrates von Seiten des Ernährungsamtes bedeutet, wenn man die Forderungen desselben nicht erfüllt und nicht direkt gegen den grössten Teil der Bevölkerung, der sich mit 2 kg abfinden soll, vorgeht. Man denkt auch an die Einführung fleischloser Wochen. Die heutige Ration ist eine so geringe und die Preise zu denen sonst noch Fleisch zu haben ist, sind so enorme, dass die weitesten Kreise der Bevölkerung schon lange den Fleischgemäss abgewöhnt haben. Wenn man auch noch diese Ration einstellen möchte, wäre es eine Herausforderung der Bevölkerung, weil bei der Fleischverteilung noch immer Ungerechtigkeiten vorkommen, da ganze Konsumentenorganisationen (Rufe Rohs) mit grösseren Rationen beliefert werden. Wenn sich der Gemeinderat heute neuerdings mit dem Ernährungswesen beschäftigt, und neuerdings an die Regierung herantritt, damit Massnahmen getroffen werden, um diesen Missständen ein Ende zu machen, so geschieht dies in Erfüllung der Pflicht und um die Regierung auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen, die sie allein zu tragen hat. Der Gemeinderat lehne jede Verantwortung ab, denn er ist überzeugt, dass die Bevölkerung sich das nicht lange mehr wird gefallen lassen. Auf dem Gebiete der Preistreiberi und des Schleichhandels wird es sich wohl nicht abweisen lassen, dass es die Juden (Hohensinner: Bauer) sind, welche beschuldigt sind, die zur entsprechenden Verantwortung gezogen werden sollen. Er erklärt, dass er für den Antrag stimmen werde, der dem Willen der Bevölkerung Ausdruck geben soll. An der Regierung liegt es nun, sie habe ihre Pflicht zu erfüllen, dass die Wiener Bevölkerung nicht weiter mit Hunger so gepeinigt werde, wie bisher und damit ihr 4 jähriger Opfermut nicht so wie bisher entlohnt werde.

VB. Rein sagt in seinem Schlusswort: GR. Dr. Hein hat unter anderen erklärt, dass es am besten wäre, wenn der Gemeinderat aus Demonstration die Mandate zurücklegen würde. Ich halte das für einen der unglücklichsten Schritte, weil die Gemeinde Wien gerade in der jetzigen schweren Zeit verpflichtet ist, auf ihrem Posten auszuharren.....

BGM. Dr. Weiskirchner: Ja wohl wir sind verpflichtet, auf unserem Posten auszuharren.

VB. Hein: ... auszuharren, was da kommen wolle.

GR. Hohensinner sagt in einer tatsächlichen Berichtigung unter anderem, dass das nicht die Juden allein an der Preistreiberi schuldig seien, sondern sich Christen und Juden da gar nichts vorzuwerfen haben.

Lebhafte Zwischenrufe: Er als Christ muss die Juden schützen!

GR. Hohensinner: Es handelt sich für sie bei diesen Zwischenrufen nur um ein Parteilinteresse und ebenso auch für mich (Lebhafte Heiterkeit).

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit sämtlichen Zusatzanträgen angenommen.

BGM. Dr. Weiskirchner: So schliesse ich denn diese heilsreiche Sitzung.

Wilhelm Singer, Morgen (Donnerstag) führt sich der Sterbtag des verdienten Vollen Wiener Publizisten und Präsidenten der internationalen Pressevereine, Ernst Wilhelm Singer. Dank dem entgegenkommen der Gemeinde wurde eine würdige Verabschiedung auf dem Heitzinger Friedhofe für den Versorbenen gewährt. Hier wird auch ein Grabdenkmal aufgestellt werden, entsprechend der Bedeutung Singers, der nicht nur im Interesse sämtlicher Publizisten unablässig sich betätigte, sondern auch ein fürsorgender Vater für alle Angestellten seines Unternehmens war.

GR. Schäfer weist in einer Anfrage auf die grosse Gefahr hin, welche durch die spanische Grippe entsteht, die eine grosse Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen. Es wäre daher besonders wichtig, dass Gemeinde und Staat gegen ansteckende, epidemische Krankheiten treffen, welche durch zurückkehrende Mannschaften eingeführt werden könnten und sofortige Massnahmen bezüglich Baracken, Kriegsspitälern etc. in Angriff nehmen, da wir bei dem Mangel an Spitalern und Aerzten nicht imstande wären, beim Ausbruche einer epidemischen Krankheit derselben Herr zu werden. Die jetzige spanische Grippe wäre ein Fingerzeig für die grosse Gefahr, welche eine weitere infektiöse Krankheit bei dem mangelhaften Stand an Ärzten, Medikamenten und Spitalern hervorrufen würde. Es ist unbedingte Notwendigkeit, bei den überfüllten Strassenbahnwagen eine Vermehrung des Betriebes zu bestimmten Tageszeiten eintreten zu lassen und zwar um die Zeit von früh 7 bis 9 Uhr, mittags 12 bis 2 Uhr und abends 6 bis 8 Uhr, da durch die Ueberfüllung der Waggons die Ansteckungsgefahr eine sehr grosse ist. Es wäre daher die Strassenbahndirektion aufmerksam zu machen, dass es von grösster Wichtigkeit ist, eine tägliche genaue Reinigung und Desinfektion der Waggons vorzunehmen und wären hierbei auch alle Stadtbahnen und andere Bahnen mit einzubeziehen.

Der Bürgermeister erwiderte: Die Interpellation des GR. Schäfer ist eigentlich schon mit der Anfrage des Gr. Loewenstein beantwortet und es ist zweifellos, dass die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung alles zu beherrschen hat und dass sich die Regierung und Gemeindebehörden bemühen müssen, alles gegen diese Krankheit aufzubringen. Gegen die jetzige Krankheit kann weiter kein anderes Mittel als der Schutz jedes Einzelnen gegen die Ansteckung empfohlen werden. Die Grippe hat seit jeher eine Verbreitungsweise gezeigt, die unbeeinträchtigt von Zeit und Ort von Witterungs- und Ernährungsverhältnissen von der sozialen Schichtung der Bevölkerung, wie eine Naturerscheinung vom Westen nach Osten fortschreitet. Sie kam vor Jahrzehnten von Amerika diesmal über England nach dem Kontinent, kixxake von Spanien und hat in den heissen Sommermonaten in der Schweiz unter der gut genährten Bevölkerung ebenso viele Opfer gefordert, wie in dem nördlich gelegenen Schweden mit seinem kühlen Herbsttagen und Herbstnächten. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Grippe-Epidemien an einem Ort nur kurze Zeit, einige Wochen - dauern (1889/90 in Wien beiläufig 6 Wochen), da eben wegen der raschen Verbreitung der Krankheit der nicht immune Teil der Bevölkerung bald durchseucht ist. Die Anregung von der Verdichtung des Strassenbahnverkehrs hängt aber leider davon ab, ob ich genügend Wagen und genügend Fahrpersonal zur Verfügung habe.

Gr. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Der polnische Regentenschaftsrat erlässt an das polnische Volk einen Aufruf, in welchem besonders die Vereinigung aller polnischen Gebiete verlangt, und der territoriale Besitzstand aus Deutschland und Oesterreich herausgeschnitten wird.

Zum Schutze Galiziens haben wir den Krieg im Osten geführt. Zum Schutze für Galizien haben Deutsche ihr Blut und ihr Leben geopfert und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Galiziens wurden von Oesterreich viele, viele Millionen geopfert, ohne dass diese vielen Millionen und die Kriegskosten, welche auf das Kronland Galizien entfallen, irgendwie sichergestellt sind.

Und während unsere Väter, Brüder und Söhne zu abertausenden ihr Blut und ihr Leben für Galizien opferten, haben in Wien abertausende aus Galizien nach Wien Geflüchtete, uns betrogen, bestohlen, die Lebensmittel aufgekauft, mit höchsten Preisen im Schleichhandel verkauft, und die sesshafte Bevölkerung Wiens in der gemeinsten Weise geschädigt.

Noch heute befinden sich Tausende von solchen galizischen, jüdischen Parasiten in Wien - die selbst den Wiener - Juden schon zu wider sind - die nur von Schleichhandel und vom Betrüge leben.

Leute die längst von der Polizei interniert, sowie in Haft genommen werden sollten, Leute die nach Wien zerlumpt, und zerfetzt gekommen sind, der deutschen Sprache kaum mächtig, haben sich sofort auf den Handel sowie Schleichhandel geworfen, alles aufgekauft und haben tausende, ja in vielen Fällen, Millionen verdient, und die sesshafte Wiener Bevölkerung, die angestaunten Bewohner Wiens betrogen und bestohlen.

Auf betrügerische Weise haben diese Parasiten aus Galizien - die wie schon früher erwähnt, selbst den Wiener Juden lästig sind - , schweres Geld erworben, und sind zu Hunderten auch Wiener Hausherrn geworden, und betreiben mit den Wohnungen den grössten Wucher und schädigen auf solche Weise die arischen Wiener Hausherrn.

Der sesshafte Wiener Hausherrnstand vom alten Schrott und Korn verwarft sich feierlichst mit diesen Wucherern in einen Topf geworfen zu werden.

Nun frage ich Seine Excellenz den Herrn Bürgermeister ab derselbe derselbe Schritt bei der Regierung in energischer Weise unternehmen will, damit diese tausende von galizische Parasiten endlich von Wien abgeschoben werden und obwohl, wie früher erwähnt, dieselben in der gemeinsten Weise die Wiener betrogen und bestohlen haben, ohne dass den selben ihr betrügerisches Handwerk gelegt wurde und wenn, dann waren die Strafen viel zu gering-, wo eigentlich Rad und Galgen am Platze gewesen wären. (Bravo-Rufe)

Der Bürgermeister erwidert: Da ich für notwendig erachte, die in dieser Anfrage enthaltenen Angaben amtlich überprüfen zu lassen, so behandle ich sie als Antrag und übergebe sie dem Magistrat zur Berichterstattung.

GR. Frass & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle beschliessen, an das Abgeordnetenhaus und an die Regierung das Verlangen zu richten, die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten einer gesetzlichen Regelung zuzuführen, Mindestanfangsgehälter festzulegen und die Bestimmungen zu treffen, dass im Falle ausserordentlicher Teuerungen besondere Zulagen gewährt werden müssen und in welchem Ausmass dies zu geschehen habe.

GR. Frass & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle den Stadtrat beauftragen, an das Ministerium für soziale Fürsorge und an die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Verlangen heranzutreten, nicht nur für die Staatsbediensteten, sondern auch für die Privatbeamten eine Entschuldungsaktion in die Weg zu leiten. Bis zur Erledigung der Angelegenheit durch die Gesetzgebung ist die Regierung zu ersuchen, Massnahmen zu schaffen, die es der Privatbeamten ermöglichen, billige Darlehen für die Dauer der jetzigen Verhältnisse zu erhalten. Dies könnte insbesondere in der Art geschehen, dass ein namhafter Betrag den fast in allen Kronländern

bestehenden Unternehmungen für Kriegsführer für Privatangestellte, oder einem eigenen zu schaffenden Ausschuss gewährt wird.

GR. Köberer und Genossen beantragen, insoweit der Autobus-Verkehr Pötzleinsdorf - Neustift am Walde durch ein Gebrechen der Autos unterbleibt, den Strassenbahnverkehr in der Pötzleinsdorferstrasse bis zur Endstation fortzusetzen.

GR. Hüscherer beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen, dass vom Austausch der Messingklingen und der weiteren Abgabe von Metallgegenständen Abstand genommen werde.

Die Anträge wurden der geschäftsführungsmässigen Behandlung überwiesen. Nach Erledigung des Einlaufes macht Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Mitteilung:

Mit atemloser Spannung erwartet die Welt die Antwortnote Wilsons auf das Friedensangebot der Mittelmächte. Ich habe heute das Teleg. Corp. Bureau ersucht, falls eine Antwort einlaufen sollte, mir dieselbe sofort zu übermitteln, um sie dem versammelten Gemeinderat zur Kenntnis bringen zu können. Die Antwort, welche ich hier in den Händen habe, bezieht sich nicht auf das Oesterreicher Friedensangebot, sondern ist an die deutsche Regierung gerichtet.

Nach Verlesung der Depesche des Corp. Bureaus spricht der Bürgermeister:

„Ich bitte Sie dies zur Kenntnis zu nehmen, trotz der ungemein ernsten Lage, in der sich die Mittelmächte und mit ihnen Oesterreich in dieser schweren Stunde befinden, glaube ich, hat der Gemeinderat unentwegt seine Pflicht zu erfüllen und wir gehen daher zur Tagesordnung unserer heutigen Sitzung über.“

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. von Steiner legte ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien namens des allgemeinen Versorgungsfonds und dem Hofärar bezüglich der Gründe in der Lobau vor (Angenommen).

GR. Tomola beantragt die Erhöhung des Requisitenpauschales für Schulen um 100%. (Angenommen).

Nach einem weiteren Antrage des GR. Tomola wird ein Betrag von 23.000 Kronen für die Ausgestaltung der Tagelagerungsstätte am Schafberg für den Winterbetrieb genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. von Steiner wird behufs Schaffung einer staatlichen Fachstelle für Arznei- und Nutzpflanzenbau in der Nähe der Kaiser Karl-Kriegerheimstätten in Asperrn mit dem k.k. Aerar ein Baurechtsvertrag abgeschlossen.

GR. Hützel legt ein Uebereinkommen über den Tausch von Gründen im 16. Bezirke zur Erweiterung des Ottokringer Friedhofes vor. (Angenommen).

GR. Hützel beantragt die Auflösung der Bezirksvertretung des 16. Bezirkes wegen eingetretener Beschlussunfähigkeit.

GR. Nach Einwendungen des GR. David, die sich auf die Vorgänge bei der seinerzeitigen Konstituierung der jetzt aufzulösenden Bezirksvertretung beziehen, werden die Anträge des Referenten genehmigt.

GR. Hützel beantragt den Ankauf des Hauses Ottokringerstrasse 147 um 82.000 Kronen zur Ermöglichung der Eröffnung der Krugergasse.

GR. Melcher wünscht, daß auch in anderen Bezirken derartige Hauseinlösungen etwas rascher vor sich gehen, um manche Terrains der Regulierung und der jetzt so dringenden Verbaumung zur Abhilfe der Wohnungsnot zuführen zu können.

Die Referentenanträge werden schliesslich genehmigt.

Vize-Bgm. Rein berichtet über die Widmung eines Betrages von 10.000 Kronen für die Opfer der Wöllersdorfer Explosionskatastrophe.

GR. Stein gibt hierbei dem Wunsche Ausdruck, daß eine Untersuchung eingeleitet werden möge, um das Verschulden der beteiligten Faktoren festzustellen, damit in Zukunft derartig grosser Katastrophen vermieden werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.
Vize-Bgm. Hüscherer übernimmt den Vorsitz.
Vize-Bgm. Rein legt den bereits bekannten Bericht des Wiener Magistrates über dringende Approvisionierungsfragen vor, und sagt: Allgemein ist die Meinung verbreitet, dass die Gemeinde das Frei-Rinkaufrecht habe, was jedoch aber nicht der Fall ist, denn ein solches ist der Zentralen Bezirksverwaltung vorbehalten. Ebenso erwiesen ist die Tatsache, dass die zentrale Bezirksverwaltung Schlichtungsgeld für die Besetzung von Kassenstellen stehen. Trotz hundert von Verordnungen hat die Schlichtung mehr wie früher, was Geld hat kann alles bekommen, doch

tausende des Proletariats und des Mittelstandes sind in schwerer Sorge das Wohlthun für sich aufzubringen. Die heutige Depesche soll in letzter Stunde eine Meinung an die Regierung sein, sich über ihre Angelegenheiten der 2 Millionenlast bewahrt zu werden, welche das Recht hat, für ihre 4 jährige Freude im Krieg zu forsen, vor dem Hungerode bewahrt zu bleiben. Vor Beginn der Depesche mochte der Bürgermeister Mitteilung von der Antwort auf die Oesterreichisch-ungarische Friedensnote.

Die Interpellation betrifft einen der wichtigsten und brisantesten Fragen des Tages.
Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Schon auf Grund des

Gemeinderatsbeschlusses vom 21. März d.J. habe ich mich an die Regierung gewendet, um alle Flüchtlingfürsorge-Einrichtungen in Wien der Gemeinde zu sichern. Ich habe die Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Benützung unbedingt in einer dem Kriegleistungsgesetze gleichartigen Weise ermöglicht werden müsste. Am 8. April, am 3. Mai und am 16. Juli bin ich an das Ministerium des Innern, unterm 3. August an den Ministerpräsidenten herangetreten. Unterm 17. September d.J. habe ich neuerlich dringend an den Ministerpräsidenten geschrieben. Auch mündlich habe ich jede Gelegenheit ergriffen, die besondere Dringlichkeit der Erledigung zu betonen. Trotz alledem ist sie bis heute noch immer nicht erfolgt.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Uebelständen, welche in der Wohnungsvermietung eingetreten sind. Ich habe unterm 20. August d.J. dringendst bei dem Justizminister und bei dem Minister für soziale Fürsorge Strafmassregeln gegen den Unfug der Ablösegeelder und gegen den Wucher mit möblierten Wohnungen gefordert. Auch hierauf ist mir noch immer keine Erledigung zugekommen. Die Wurzel des Übels sitzt aber viel tiefer, sie besteht in der anarchischen Gestaltung unseres Wohnungswesens überhaupt. Die Gemeindeverwaltung hat schon vor Jahren erkannt, dass das Wohnungswesen und das Wohnungsrecht einer allgemeinen Regelung bedürftig sind. Indem ich in dieser Beziehung auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Juni 1913, vom 28. November 1913 und vom 27. März 1914 verweise, habe ich besonders hervor, dass schon damals die Erlassung eines Wohnungsgesetzes als notwendig bezeichnet und die ehestige Veröffentlichung des schon damals fertiggestellten Gesetzentwurfes verlangt wurde. Schon damals hat der Gemeinderat die gesetzliche Sicherstellung eines zwangsweisen Wohnungsnachweises gefordert. Alle diese so berechtigten Forderungen der Gemeinde Wien haben keine Erledigung gefunden. Nicht einmal die bescheidene Bitte nach Veröffentlichung eines schon fertiggestellten Entwurfes wurde erfüllt.

Es lässt sich jetzt aktenmässig nachweisen, dass bei rechtzeitiger und voller Erfüllung der Forderungen der Gemeinde Wien die Uebelstände, welche der Fragestellung darlegt, vollständig hätten vermieden werden können. Wenn z.B. durch den allgemeinen Wohnungsnachweis für einen so wichtigen Lebensbedarf, wie es die Wohnung darstellt, der bisher gänzlich fehlende geregelte Markt geschaffen worden wäre, hätte der Schleichhandel in Wohnungen keine Gelegenheit zur Tätigkeit gefunden und der Erfolg wäre umso durchgreifender gewesen, als die Wohnungen keine Ware darstellen, die man verschleppen kann. Aber alle Vorstellungen der Gemeindeverwaltung sind unbeachtet geblieben und das Uebel ist heute so weit gediehen, dass ich sehr befürchte, es werde, selbst wenn die Regierung in letzter Stunde sich zu einem Entschlusse aufraffen sollte, zur Abhilfe schon zu spät sein. Es ist immer dasselbe Bild: wenn die Ware weg ist, kommt die Regierungsverordnung. Ich verkenne keineswegs, dass die Regierung mit vielen und schweren Sorgen belastet ist, aber ich glaube, die Bewohner Wiens haben ein gutes Recht darauf, dass so wichtige Angelegenheiten auch die gebührende Beachtung finden und die autonome Verwaltung der Stadt Wien kann eine andere Behandlung ihrer, wie die Erfahrung zeigt, ebenso richtigen wie vorausschauenden Forderungen erwarten. *Die Regierung hat immer, immerhin ist immer alles Ordentlich in Aufrechterhaltung begriffen. (Selbst-Justifizierung)*
Die Gemeinde Wien war immer bereit, ihren Teil an der Verantwortung, ihren Teil an der Last der Arbeit zu übernehmen, ja noch viel mehr zu übernehmen, als ihr gesetzlich zukam. Aber eines müssen wir uns bedingen: die Regierung muss wenigstens die gesetzlichen Voraussetzungen für unsere Tätigkeit schaffen, nicht aber uns mit getundenen Händen allen Uebelständen überantworten und ruhig zusehen, dass die schlecht berichtete Bevölkerung *und nun folgende informierte Presse* der Gemeindeverwaltung die Schuld an Uebelständen zuschiebt, welche einzig und allein auf die Untätigkeit unserer Regierung zurückzuführen sind.

GR. Loewenstein stellt folgende Anfrage: Das Umsichgreifen der spanischen Grippe hat für die Bekämpfung derselben bisher nur zwei Massnahmen gezeitigt u.zw. Schliessung sämtlicher Schulen und Bereitstellung von Baracken für die an spanischer Grippe erkrankten Personen. Es wird gefragt: 1.) ob die erwähnten Massnahmen die einzigen Vorkehrungen für die Bekämpfung und zur Hintanhaltung der Verbreitung dieser Krankheit sind, 2.) wie gross der Bettbedarf der Baracken ist, welche zur Aufnahme der erkrankten Personen dienen sollen, 3.) ob genügende Transportmittel für die Ueberführung der Erkrankten bereitstehen, 4.) ob eine genügende Menge von Medikamenten sichergestellt wurde und 5.) ob eine entsprechende Anzahl von Ärzten für die Behandlung der Zivilbevölkerung vorhanden ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich möchte diese Interpellation so verallgemeinern, dass sie an den Minister für Volksgesundheit gerichtet werden kann. Die Begründung für die Schaffung des Ministeriums kann durch sein jetzigen Verhalten nicht gefunden werden. Was im Wirkungskreis der Gemeinde gelegen war, ist sofort geschehen. Ohne die Verfügung der Oberbehörden abzuwarten, habe ich Montag die Schliessung sämtlicher Schulen verfügt. Der Landes-Sanitätsrat hat Montag nachmittags darüber Beschluss gefasst.

Was die Beantwortung der einzelnen Fragen betrifft, so bemerke ich folgendes: Der Landes Sanitätsrat hat sich nur für die beschränkte Anzeigepflicht ausgesprochen. Durch Vermehrung von 300 Betten und Abgabe der Kranken an das Kriegsspiatl Nr- 1 und die Krankenhäuser, sowie durch Bereitstellung von 400 Betten im Kriegsspiatl Nr- 2 und durch *das* Notspital Meidling sind mehrere 100 Betten bereitgestellt. Transportmittel sind dormalen ausreichend. Bezüglich des Medikamentenbedarfes haben über meine Initiative Verhandlungen mit dem Apotheker-Hauptgremium stattgefunden und in einer dringlichen Eingabe an die deutsche Reichsregierung wurde um die Überlassung der für Wien notwendigen Medikamente ersucht. Ich habe weiters interveniert, damit die im Militärdienst stehenden Aerzte zur Behandlung der Kranken zur Verfügung stehen und habe gerner ersucht, dass eine Anzahl von Magistern, die *in Wien* in militärischen Diensten stehen, ihre Dienste *dem* widmen können. Die Sache steht so, dass tatsächlich auch hier wieder durch das Zögern der Regierungsorgane eine Beunruhigung in der Bevölkerung platzgegriffen hat. Wir verlangten, dass erhoben werde, welchen Umfang die Krankheit annimmt und dazu ist eine Anzeigepflicht nötig.

Wenn die Zivil und Militärverwaltung zusammenwirken, so wird es hoffentlich bald möglich sein, die Ausbreitung der Krankheiten einzudämmen.

GR. Emmerling stellt folgende Anfrage: Die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs hat auf der Linie 40 das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Um diesen Uebelstände teilweise zu mildern, stellt ich am 13. August im Gemeinderat den Antrag, auf der Strassenbahnlinie 41 bei der Max-Emanuelstrasse eine Haltestelle zu errichten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bis heute ist nichts geschehen. Es wird daher gefragt, welchen Wert ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss hat, wenn die Strassenbahndirektion ihn nach sieben Wochen noch nicht durchgeführt hat, obwohl es sich nur um die Errichtung einer Haltestelle handelt; ferner, was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um der Strassenbahnverwaltung klar zu machen, dass die Beschlüsse des Gemeinderates durchzuführen hat?

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Antrag auf Errichtung der Haltestelle liegt seit 7. September beim Eisenbahnministerium. Ich werde die Sache dort urgieren und ich lade auch den Herrn Kollegen Emmerling ein, er möge im Ministerium diesbezüglich intervenieren.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Als gestern vormittag die Arbeitseinstellung der Strassenbahnbediensteten erfolgte, kam es bei dem Betriebslokal in der Franzensbühlstrasse zu einem scharfen Konflikt zwischen den Schaffnerinnen und dem Ingenieur der Strassenbahn Ernst Muhr. Dieser schrie die Schaffnerinnen an, riss sie bei den Fahrtaschen und verlangte schliesslich von der einstweilen erschienenen Wache die Arretierung der Schaffnerinnen, die nicht den Dienst antreten wollten. Die tausendköpfige Menge, die durch das Benehmen des Ingenieurs auf das höchste erregt war, nahm bereits eine drohende Haltung ein und nur das Dazwischentreten des Bezirksvorstehers Dr. Blasel, der die Arretierungen rückgängig machte, verhinderte Tätlichkeiten. Ingenieur Muhr schrie unausgesetzt, ich war 40 Monate an der Front und bin dekoriert und scheint damit sein rüdes Benehmen gegen die Schaffnerinnen begründen zu wollen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, dass alles schaffnermässige Vorgehen der Strassenbahn-Direktion sofort eingestellt werde, um die hochgradige Erregung der ganzen Bevölkerung nicht unnötig zu steigern. Auch in der inneren Front ist nur mehr ein Verständigungsfriede zu erlangen, Gewalt ist heute das schlechteste Mittel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die städtischen Strassenbahnen haben über diese Angelegenheit einen ausführlichen Bericht erstattet, der im wesentlichen von dem Inhalt der vorliegenden Anfrage abweicht. Nachdem ich aus dem Berichte entnehme, dass gegen den Bezirksvorsteher Dr. Blasel die gerichtliche Strafanzeige erstattet wurde, so will ich die Beantwortung bis zur Klarstellung durch die Gerichtsverhandlung vertagen.

GR. May weist in einer Anfrage darauf hin, dass im Epidemiespital Zwischenbrücken im 20. Bezirk die an Scharlach erkrankten Personen 42 Tage zubringen müssen und von jedem Verkehr mit der Aussenwelt abgeschlossen sind. Die bereits Genesenen dürfen sich nicht einmal im abgetrennten Hofraume im Freien ergehen, damit keine Uebetragung der Krankheit stattfinden könne. Da in der Spielsbaracke, in welcher die Scharlachkranken untergebracht sind nur ein Krankensaal vorhanden sei, müssen sich dort Genesene, sowie an Scharlach neu erkrankte Personen aufhalten. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister Massregeln treffen wolle, damit dieser unhaltbare Zustand verschwinde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die geschilderten Verhältnisse in normalen Zeiten eine allseitig zufriedenstellende Lösung erfahren könnten. Das Bestreben, sie zu bessern, liege wohl vor, könne jedoch derzeit nicht zum gewünschten Ziel gelangen.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister bereits Schritte unternommen hat, um die Freigabe des für Schulzwecke unbedingt notwendigen Arbeitsmaterials für den Handarbeitsunterricht an den Mädchen-Volks- und Bürgerschulen zu erwirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Seitens der Schulbehörde wurde bereits am 16. August d.J. der n.ö. Landesschulrat ersucht, beim Handelsministerium darauf hinwirken zu wollen, dass den städtischen Lieferanten für Handarbeitsmateriale solches zugewiesen werde. Ausserdem wird bemerkt, dass den Schulen grössere Mengen von Wolle durch Vermittlung des n.ö. Landesschulrates (Kriegsfürsorge) bereits zur Verfügung gestellt wurden. Die Bestellung weiterer Mengen von Strick- und Stopfwohle erfolgt durch das städtische Wirtschaftsamt. Eine Beistellung von Zwirn und Leinwand jedoch kann mit Rücksicht auf die derzeitige Unmöglichkeit der Beschaffung solcher Artikel nicht erfolgen; übrigens wurde, der Not der Zeit gehorchend, den Intentionen des Bürgermeisters entsprechend, darauf gesehen, dass der Handarbeitsunterricht in den Schulen in der Art erfolge, dass von den Kindern schadhafte Wäsche in die Schule gebracht und daselbst ausgebessert werde.

352

Zuwendungen an die Angestellten der Gemeinde Wien. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Vicebgm. Hoss über neuerliche Zuwendungen an die städtischen Angestellten einschliesslich der Lehrpersonen und der Bediensteten der städt. Unternehmungen.

Die Anträge welche er stellte beinhalten insbesondere folgende Punkte:

Erhöhung der Kriegszulage der aktiven Angestellten vom 1. Okt.d. J. an um durchschnittlich 30 %.

Erhöhung der bisherigen Kriegszulage zu den Ruhe- und Versorgungs- genüssen um 1/3 und Einbeziehung eines Teiles der Aktivitätszulage in die Pension.

Anrechnung der Kriegsjahre im eineinhalbfachen Ausmasse bei der Bemessung des Ruhegenusses, endlich

Bewilligung eines vor Weihnachten auszahlenden einmaligen Anschaffungsbeitrages im bisherigen Ausmasse und zwar auch an die Eingrücken.

Die Lehrpersonen erhalten die ihnen auf Grund des Gesetzes vom 26. August d. J., gebührenden Kriegszulagen, die jedoch, falls sie hinter den Ansätzen für die Gemeindeangestellten zurückbleiben, auf die Höhe der letzteren ergänzt werden. Wegen Anrechnung der Kriegsjahre im eineinhalbfachen Ausmasse für die Pensionierung der Lehrpersonen ist ein entsprechender Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

Zur Deckung der hierfür bis Mitte 1912 auflaufenden Kosten im Betrage von 150 Mill. Kronen, sowie zur Rückerstattung der bisher aus dem Investitionsanlehen für Kriegszulagen verwendeten 80 Mill. K wurde die Erwirkung einer besonderen Anlehensermächtigung bis zum Betrage von 250 Mill. K. beschlossen.

An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher sich die Stadträte Spalowsky, Knoll, Angermayer, Müller, Tomola, Hohensinner, Hötzel und Bgm. Dr. Weiskirchner beteiligten. Stadtrat Spalowsky

stellte folgenden Zusatzantrag: Allen Angestellten und Arbeitern der Gemeinde Wien und der städtischen Unternehmungen bis zu einem Einkommen von 1600 Kronen jährlich sollen 45 Kronen monatlich oder 1 K 50 h täglich von der Kriegszulage in den Gehalt oder Lohn eingerechnet werden. Allen übrigen *Arbeitern* und Bediensteten sollen 60 Kronen monatlich oder 2 K täglich eingerechnet werden. Den Unterbeamten, Werkmeistern, Werkführern und diesen gleichgestellten Personen, sowie den Beamten bis einschliesslich der 9. Rangsklasse sollen 90 Kronen monatlich oder 3 K täglich eingerechnet werden. Allen übrigen Beamten sollen 100 Kronen monatlich von der Kriegszulage in den Gehalt eingerechnet werden. Diese Gehalts- oder Lohnerhöhungen kommen jedoch für die Bemessung der Kriegszulage, der Anschaffungsbeiträge, sowie der Lieferungsprämien in der Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen nicht in Betracht, die gelten *aber* als Grundlage für die Berechnung der Pension oder Provision.

StR. Müller stellte folgenden Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, ehestens einen Bericht über alle jene in städtischen Diensten stehenden Personen dem Stadtrate vorzulegen, die keine Kriegszulage und keinen Anschaffungsbeitrag erhalten. Gleichzeitig ist eine Vorlage auszuarbeiten, in der alle jene Personen angeführt werden, die mit Kriegszulage und Anschaffungsbeitrag zu berücksichtigen wären.

StR. Hohensinner stellt folgenden Antrag: Es seien den Pensionisten dieselben Zulagen zu gewähren, welche die Aktiven der ersten Familienklasse erhalten.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Berichterstatters einstimmig angenommen, die letztgenannten drei Zusatzanträge wurden dem Magistrat zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorlage dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 11. Oktober 1918. No 353.

Ab heute, 11. d.M. gelangen bei nachfolgenden Stellen polnische Gänse zum Preise von K 27. - per kg zur Ausgabe: Pessl, 1. Hoher Markt; Czerni, 2. Markt am Werd; Dechant und Plaukowitsch, 3. Grossmarkthalle; Brunner, 4. Naschmarkt; Gugitscher, 5. Markt Hundstürmerplatz; Zitterbärt, 6. Markt Damböckgasse; Kreitenitsch, 7. Markt Burggasse, Haas, 8. Markt Stadiongasse; Pangler, 9. Markt Nussdorferstrasse; Hellis, 10. Markt Eugenplatz; Gey, 11. Markt Enckplatz; Greil, 12. Markt in Meidling; Kurz 14. Markt Schwendergasse; Stritzl, 15. Markt Reithoferplatz; Winter, 16. Thaliastrasse; Protzler, 17. Hernalserhauptstrasse; Adametz, 18. Markt Kutschergasse; Schmidt, 20. Markt Hannoverplatz; Kazil, 19. Meiligenstädterstrasse; Grimm, 20. Markt am Spitz.

Ankauf von Pferden aus der Ukraine. Ueber Verfügung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner hat die gemeinderätliche Pferdeeinkaufskommission 170 Pferde ukrainischer Provenienz angekauft und über Czernowitz nach Wien eingebracht. Sämtliche angekauften Pferde langten hier vollkommen gesund ein und gehören verschiedenen Schlägen an, so dass deren Verwendung in allen Pferden benötigten, städtischen Betrieben stattfinden kann; insbesondere für den Lebensmitteltransport, den wieder zu errichtenden Stellwagenbetrieb, die Feuerwehr und Sanitätszwecke u.s.w.

Die Preise sind entsprechend und trotz der durch den Transport die Fütterung und Wartung aufgelaufenen Spesen noch um ein bedeutendes billiger, als wenn die Pferde in Wien beschafft worden wären. Die Pferde wurden zur Kontumaz, Malleinisierung (diagnostisches Verfahren zur Feststellung eventuell vorhandener Rotzkrankheit), Erholung von dem Transporte und Auspaarung bis zu ihrer definitiven Zuteilung an die Betriebe, welche längstens bis 1. November d.J. erfolgen wird, im Schlachthaus an der Als eingestellt.

GR. Höck gestorben. Gestern mittags ist Gemeinderat Julius Höck im 69. Lebensjahr gestorben. Er war das erste Mal im Jahre 1908 von 3. Wahlkörper des 10. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet und im Jahre 1914 neuerlich auf 6 Jahre gewählt worden. Er war Mitglied des Heimats- und Bürgerrechtsausschusses und des Fachschulausschusses der k.k. Fachschule für Textilindustrie. Das Leichenbegängnis findet Sonntag um 3 Uhr nachmittags vom Zentralfriedhofe aus statt.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 11. Oktober 1918. No 353.

Gemeinderatssitzung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat für Dienstag, 15. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Gemeinderatssitzung anberaumt, in welcher insbesondere die Vorlage über die Zuwendungen an die Beamten und Bediensteten der Gemeinde Wien einschliesslich der Lehrpersonen verabschiedet werden soll.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Schwer wird die Anschaffung zweier gebrauchter Pumpenwagen für die städtischen Feuerwahr mit den Kosten von 36.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider werden für verschiedene Gleiserneuerungen in den Bezirken Innere Stadt, Neubau, Alsergrund und Hietzing 122.800 Kronen bewilligt. - Der vom StR. Zatzka vorgelegte Entwurf für die Herstellung einer provisorischen Zufahrtsstrasse zu dem neuen Werkstättengebäude der Zeiss-Fabrik im 13. Bezirk wird mit den Kosten von 52.300 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird die Anlage von 41 eigenen Gräbern im Grinzinger Friedhofe genehmigt. -

Ein neuer Markt in Hietzing. Die Bezirksvorstehung Hietzing hat eine Eingabe an den Stadtrat gerichtet, es möge im Bezirke Hietzing Ecke Einwang- und Hadikgasse ein Detailmarkt errichtet werden. In diesen Gassen befand sich bis zum Jahre 1908 schon ein Detailmarkt, der jedoch aufgelassen wurde, weil eine Marktpartei nach der anderen infolge schlechten Geschäftsganges den Marktplatz verliess. Da sich nunmehr eine Anzahl von Händlern bereit erklärt hat, den Markt wieder zu beschicken, beschloss der Stadtrat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Poyer die genannten Strassenzüge neuerlich für Marktzwecke zu widmen.

Ankauf der Einrichtung des Alpenhotels Trafoi. Der Verein für Alpenhotels in Tirol hat der Stadt Wien die gesamte Einrichtung des Trafoihotels, das bekanntlich abgebrannt ist, angeboten. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Breuer den Ankauf der Einrichtung um rund 290.000 Kronen. Die Hoteleinrichtung umfasst: Holz-, Korb- und Polstermöbel, Matratzen, Betteinsätze, Bettzeug, Tischwäsche, Schafelldecken, Bettüberleger, Tischdecken und Zimmerteppiche. Die Einrichtung wird zum kleineren Teile im künftigen Erholungsheim Neulengbach verwendet werden. Der restliche Teil wird für die von der Gemeinde Wien begonnene Möbelaktion zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtrat beschloss ferner nach einem Antrage des VB. Rain für Einlagerungszwecke von der Teppichreinigungsanstalt Oesterreichische Tapezierer, Teppich- und Möbelerzeuger die Liegenschaft Oberlaa Hauptstrasse 170 um einen jährlichen Zins von 16.000 Kronen zu mieten.

354

Wiener Rathaus-Korrespondenz
I., RATHAUS
Herausgeber FRANZ MICHEJ

3. Ausgabe.
=====

21. Jahrgang 1918. Wien, Freitag, 11. Oktober . N^o 354.

Vom Rathauskeller. Infolge der durch Personalmangel und zahlreiche Erkrankungen eingetretenen Ueberbürdung der Bediensteten der Rathauskellers bleibt derselbe ab 13. d.M. an Sonn- und Feiertagen abends geschlossen.

355

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,
Wien. I., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 12. Oktober 1918. Nr 355.

Zuckerabgabe. In den letzten Tagen sind die von der Regierung schon vor einiger Zeit angekündigten Störungen in der Zuckerversorgung eingetreten und es konnte die für den Monat Oktober erforderliche Menge Konsumzucker nicht rechtzeitig beigelegt werden. Behufs teilweiser Behebung dieses Mangels hat die Gemeinde Wien über Ersuchen des Amtes für Volksernährung aus ihrer eisernen Zuckerreserve 90 Waggons Weisszucker zur Verfügung gestellt, die bereits anfangs nächster Woche zur Ausgabe gelangen werden. Es wird jedoch über Weisung des Ernährungsamtes vorläufig nur die eine Hälfte der Zuckerquote für Oktober und zwar durch den vorerwähnten Weisszucker aus dem Gemeinde Vorrat eingelöst. Die zweite Hälfte der Zuckerquote für Oktober wird in einem späteren Zeitpunkte in Rohzucker ausgefolgt werden, welcher vom Amte für Volksernährung bereits sichergestellt ist. In den nächsten Monaten dürfte eine Abgabe von Weisszucker überhaupt nicht mehr stattfinden. Der aus dem Gemeinde Vorrat zur Verfügung gestellt Weisszucker wird zu den bisherigen alten Preisen abgegeben. Die Preisansätze sind aus den in Verkaufsläden angeschlagenen Tarifen zu entnehmen. Rohzucker, dessen Abgabepreis seinerzeit verlautbart werden wird, darf vorläufig nicht abgegeben werden.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 14. bis 20. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 10 des rosa- und weissen Fleischeinkaufscheines. Der Preis des städtischen Holzes gespalten beträgt 34 h für 1 kg weiches und 27 h für 1 kg hartes Holz.

Kartoffelabgabe. Der vermehrte Einlauf der letzten Tage gestattet vorläufig eine Erhöhung der bisherigen Kartoffelquote auf 1 kg pro Kopf und Woche. Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Mittwoch bis Samstag der kommenden Woche in der üblichen Art zum Preise von 72 h für das Kilogramm gegen Abtrennung des Abschnittes U der Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 17.d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit dem Buchstaben P versehenen Abschnitte des Rindfleisch Einkaufscheines, bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

21 356

Leier wird nicht mehr den herrlichen, reinen, schönen Klang haben. Wir deutsche Sänger wollen vor allem dafür sorgen, dass diese Saite immer eingefügt und gespannt bleibe, so dass jener wunderbare Klang in der deutschen Leier entsteht, der uns mit unseren deutschen Freunden, mit unseren treuen Bundesgenossen verbindet. (Heil! Rufe)

Heute aber geloben wir, treu zu sein unserer deutschen Heimat, treu zu sein unserer Vaterstadt Wien! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen)

Nun sang der Männergesangsverein unter Leitung des Chorleiters Keldorfer den Wahlspruch des Vereines und unter Leitung des Hofkapellmeisters Luze den bekannten Kernstock-Chor: „ St. Michel “ in der Vertonung von Lafite.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte sodann noch aus: Ich schreite nunmehr zum Schluss dieser Festfeier. Möge sie uns allen in dauernder Erinnerung bleiben und wenn ich jetzt als Ehrenmitglied des Wiener Männergesangsvereines mit ihm noch enger verbunden bin, als bisher, so will ich ihm in Treue ein Mitglied sein. Singen werde ich nimmermehr lernen, ~~Nehmen~~ Sie mich ohne Stimme, reden aber kann ich noch (Heiterkeit) und ich will nun geloben, meinen Verpflichtungen als treues Vereinsmitglied stets gewissenhaft zu erfüllen. Schliessen aber kann ich nicht anders, als dass wir unsres Kaisers und Herrn gedenken. Unser Kaiser, der durch die Schlachten des Weltkrieges/gegangen ist, der vom ersten Tage seiner Regierung an, seiner Friedenssehnsucht unverholten Ausdruck verliehen hat, er lebt in schwerer Zeit und vielleicht ist der heutige Tag einer der schwersten seines Lebens. Vertreter aller Nationen des Reiches sind an seinen Standort geeilt, möge unser Gott den Kaiser schützen und seine Entschliessungen so lenken, wie es im Interesse unseres Vaterlandes, im Interesse unseres deutschen Volkes in Oesterreich gelegen ist.

Der Bürgermeister schloss sodann die Feier mit einem Hoch auf den Kaiser, worauf der Männergesangsverein die erste Strophe der Volkshymne zum Vortrage brachte.

-.-.-.-.-

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 14. Oktober 1918. Nr 357.

Das Leichenbegängnis des GR. Julius Höck. Unter grosser Beteiligung fand gestern nachmittags am Zentralfriedhof die Beerdigung des GR. Julius Höck statt. Nach der feierlichen Einsegnung der Leiche in der Einsegnungskapelle der Aufbahrungshalle setzte sich der Trauerzug, den der Knabenhort Favoriten, die Genossenschaft der Wäscheputzer mit schwarz umflorter Fahne und die Ortsgruppe Favoriten der Bürgervereinigung eröffneten zur letzten Ruhestätte in Bewegung. Dem Sarg, der Kränze des Gemeinderatspräsidiums und des Bürgerklubs schmückten, folgten ausser der trauernden Familie Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB. Hoss und Rain, Reichsratsabgeordneter Dr. Jerzabek, der Präsident der Bürgervereinigung StR. Brauneiss, die StRe. Wippl und Schwer, die Gemeinderäte Biber, Goldeband, Hilscher, Daberkow, Partik, Reininger und Wawerka, die Bezirksvorsteher Bergauer und Hruza, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Krist, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Formanek, Polizeirat Gutschreiter, Magistratsrat Dr. Solter, Genossenschaftsvorsteher Heiselmayer, die Beamten des magistratischen Bezirksamtes und der Bezirksvertretung, der Obmann des Armeninstitutes Schleimer und des Ortsschulrates Regierungsrat Decker, viele Bezirks-, Armen- und Ortsschulräten und zahlreiche Freunde und Bekannte des Verbliebenen. Am offenen Grabe nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner von dem verbliebenen Gemeinderatskollegen Abschied, hob dessen Pflichttreue und seine Verdienste im Gemeinderat und auf dem Gebiete des Schulwesens, sowie der Wohltätigkeit hervor und nannte ihn das Muster eines echten Wiener Bürgers.

Personenverkehr auf der Stadtbahn. Anlässlich der Einschränkung des Strassenbahnverkehrs hat der Stadtrat eine Eingabe an das Eisenbahnministerium hinsichtlich der Verdichtung des Verkehrs auf der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn und hinsichtlich der Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Verbindungsbahn gerichtet. Das Ministerium erwiderte, dass es die Wiedereinführung des Personenverkehrs auf der Wiener Verbindungsbahn schon mehrfach sorgfältig erwogen habe. Es anerkenne, dass hiefür ein Bedürfnis bestehe, aber es sei bisher nicht möglich gewesen, diesen Wünschen auch nur im eingeschränkten Masse Rechnung zu tragen, weil der andauernde ausserordentlich starke Militär- und Güterzugsverkehr die Führung von Personenzügen auf der Wiener Verbindungsbahn nicht zulasse; überdies stehen auch die für den Personenverkehr erforderlichen Lokomotiven nicht mehr zur Verfügung. Bezüglich des Verkehrs auf der Vorortelinie bemerkt das Eisenbahnministerium, dass täglich 25 Personenzugs-Paare verkehren, mit denen unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl das Auslangen gefunden werden könne, wenn auch eine Verdichtung des Verkehrs gewisse wünschenswert wäre; sie sei aber bei der bedrohlichen Kohlennot und im übrigen aus den gleichen Gründen, die der Wiedereinführung des

Personenverkehrs auf der Verbindungsbahn entgegenstehen, derzeit nicht möglich. Der Stadtrat hat nun in der letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Schneider diese Zuschrift zur Kenntnis genommen.

Recherchentinnenkurs. Zu Beginn dieses Jahres wurde über Veranlassung des Damenbeirates der Kriegsfürsorgezentrale von der Gemeinde Wien ein Kurs zur Ausbildung von Recherchentinnen abgehalten, der sich eines regen Besuches erfreute und vielen Beifall fand. Eine Veranstaltung derselben Art soll in nächster Zeit wiederholt werden. Der Kurs bezweckt die theoretische und praktische Einführung von Frauen und Mädchen in die Aufgaben einer Recherchentinnen und umfasst: 10 Vorträge über soziale Bedeutung der einzelnen Zweige der öffentlichen und privaten Fürsorge (Frau Herta von Sprung), 10 Vorträge über die gesetzlichen Grundlagen der öffentlichen Fürsorge (Magistratsrat Dr. Hornek), Anstaltsbesichtigungen und mehrwöchentliche praktische Einführung (Frau Regierungsrat Wien). Die theoretischen Vorträge werden in der Zeit von Anfang November bis Ende Jänner 1919 (mit zweiwöchentlicher Unterbrechung zu Weihnachten) stattfinden, und zwar an zwei aufeinander folgenden Abendstunden (etwa von 5 bis 7 Uhr abends) in einem möglichst zentral gelegenen Saale. Im Februar und März wird sich die praktische Einführung anschliessen. Als Regiebeitrag wird für jede Teilnehmerin ein Betrag von 10 Kronen eingehoben. Komitees, Vereine und Korporationen werden eingeladen, jene Mitglieder, die diesen Kurs besuchen wollen, bis 26. d.M. dem städtischen Wohlfahrtsamte (1. Neues Rathaus, 2. Stock) bekanntzugeben.

Todesfall. Samstag starb der langjährige Kanzleileiter der Magistratsabteilung 2 (Finanzangelegenheiten) Direktionsadjunkt Peter Bilka im 53. Lebensjahre an den Folgen der spanischen Grippe. Er war ein ausserordentlich pflichttreuer Beamter und erfreute sich sowohl bei seinen Vorgesetzten, als auch den Kollegen besonderer Wertschätzung.

Bezirksratsitzung. Der Bezirksrat Josefstadt hält am Mittwoch 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Josef Haydn - Abend. Der Wiener Sängerbund veranstaltet Donnerstag 7 Uhr abends im kleinen Musikvereinsaal unter Leitung des Chorleiters von Wodniansky einen Josef Haydn - Abend.

358 - 359

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e .
=====

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 15. Oktober 1918. Nr 358.
=====

Zuweisungen von Militär-Apothekern. Der Kriegsminister hat an den Bürgermeister nachstehende Zuschrift gerichtet: Auf das sehr geschätzte Schreiben vom 9. d.M. beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich die sofortige Kommandierung von ca. 80 Militär~~apothekern~~ zum Garnisspital Nr 2 für eine Verwendung in Zivilapotheken u.zw. im Wege des Wiener Apotheker - Gremiums auf die vorläufige Dauer von 6 Wochen verfügt und dass ich das Ministerium für Landesverteidigung ersucht habe, eine ähnliche Aktion einzuleiten.

Soldatenheim. Nach einem Antrage des VB. Hierhammer bewilligte der Stadtrat dem österreichischen Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen 1000 Kronen für ein Soldatenheim des Wiener Feldjägerbataillons No 21.

Schulbad. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrag des StR. Brauneiss die Uebernahme des von der Heeresverwaltung eingerichteten Bades in der Schule Rudolfsheim Diefenbachgasse 15 bis 19 mit den Kosten von 2500 Kronen.

Ausstellung für sparsame Baustoffe. Die Beteiligung der Gemeinde Wien an der im November l.J. in Berlin stattfindenden „ Ausstellung für sparsame Baustoffe " wurde vom Stadtrate nach einem Antrage des Regierungsrates Schmid genehmigt. Für die Anschaffung von Modellen und Plänen wurden 5000 Kronen bewilligt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat im Status der Kanzlei Rudolf Ritter von Alt zum Offizial, Richard Prokesch, Oskar Gerstenhengst, Johann Ivekovic, Josef Heneberg, Franz Fux, Johann Widling und Rudolf Kitzler zu Akzessisten.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola Albert Hauke zum Bürgerschullehrer und Karl Rethay zum Volksschullehrer 1. Klasse ernannt.

359.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Ereignisse in der letzten Zeit durchaus nicht geeignet gewesen seien, den Wagenpark der Strassenbahnen wesentlich zu verbessern. Der Bürgermeister verweist darauf, dass bei dem Eisenbahnverkehr dieselben Schwierigkeiten bestehen und sagt zum Schlusse, er werde aufatmen, wenn der volle Verkehr wieder aufgenommen sein wird.

GR. Partik stellt mit Rücksicht darauf, dass die Gemeinde Wien 90 Waggons Weisszucker aus ihrem Lagerbestand für die Bevölkerung freigegeben hat, die Anfrage, ob auch jene Stellen, welche die Verpflichtung haben für die Zuckerversorgung der Stadt Wien Sorge zu tragen, der Gemeinde die Spesen für Einlagerung, Lagerzins, Schwund und Manipulation, welche durch die Lagerhaltung auflaufen, vergüten.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Frage, betreffend die Vergütung der Gemeinde Wien aus der Einlagerung eines eisernen Vorrates an Zucker erwachsenden Spesen, wurde ebenso wie die Frage des Zuckerrabattes vom Magistrat bereits am 12. d.M. anlässlich einer Beratung im k.k. Amte für Volksernährung über laufende Zuckerangelagenheiten einer eingehenden Besprechung unterzogen. Das Volksernährungsamt erklärte sich hierbei bereit, der Vergütungsfrage näherzutreten und stellte an den Magistrat das Ersuchen, eine genaue Aufstellung und Berechnung vorzulegen. Der Magistrat, welcher gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Elaborates beschäftigt ist, wird dem Volksernährungsamt die erbetene Aufstellung schon in kürzester Zeit vorlegen.

GR. Hilacher fragt, ob der Bürgermeister nachstehende Anregungen dem Ernährungsamt zur Berücksichtigung empfehlen wolle:

- 1.) Eine Vermischung mit Kleie darf nicht stattfinden.
- 2.) Das 70 %ige Gleichmehl wird zum Normalpreis abgegeben, ebenso die Kleie nur für Futtermittelzwecke, wodurch der Landwirt die doppelte Milchmenge erzielen, aber auch eine bessere Schweinemast erreichen würde; überdies wäre er dadurch nicht gezwungen (wie es heute geschieht), sein Körndl zu verstecken, um Futter zu haben. Wir bekämen also auch mehr Mehl.
- 3.) Die letzten 10 % Feinmehl könnten jenen Kreisen zur Verfügung gestellt werden, welche einen Preis von 20 Kronen bezahlen können.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Das Amt für Volksernährung hat, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide und Mehl aus den Beständen der heimischen Ernte nach Möglichkeit zu sichern, mit dem Erlasse vom 31. Juli 1918 die Ausbeute von Weizen mit 90 % Gries und Mehl und 7 1/2 % Kleie, von Roggen mit 90 % Mehl und 7 % Kleie, von Gerste mit 85 % Mehl und 11 1/2 % Kleie und von Mais mit 84 % Mehl, 7 % *Stärke* und 6 % Kleie festgesetzt. Eine Abänderung dieser Ausmahlungsvorschriften in der Richtung, dass das Ausbeuteverhältnis zugunsten der Kleie erhöht wird, würde unter den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen nur zum Nachteil der städtischen Verbraucher ausschlagen, abgesehen davon, dass damit nach den bisherigen Erfahrungen noch keine Garantie gegeben wäre, dass die Landwirte auch bei eventuell grösseren Kleiemengen nicht trotzdem auf die Körnerfrucht zur Viehfütterung greifen würden.

Der Bürgermeister bemerkt hinzu, dass in der gegenwärtigen Zeit jeder Reduzierung der Mehlmenge zu Gunsten der Tiere entgegenzutreten müssen. Der Mensch ist leider in diesen Zeiten in Konkurrenz mit dem Vieh getreten und bei der Wahl müsse er sich wohl für die Zuweisung von Lebensmitteln an die Menschen entscheiden.

GR. Steiner interpelliert wegen der Bekleidungsfrage der aus dem Heeresverband zu entlassenden Soldaten, die eine Voraussetzung für die Wiederaufnahme aller geordneten wirtschaftlichen Tätigkeit sei. Jene Zivilkleider, welche die Einberufenen bei ihrem Einrücken in die Magazine der Heeresanstalten abgegeben haben, sind aus verschiedenen Gründen fast gänzlich zugrunde gegangen. Auch kann nicht geleugnet werden, dass ein Grossteil der Einberufenen ohne Voraussicht auf die Zukunft seine Zivilkleider vielfach in Geld umgesetzt hat und ebenso, wie die vorerwähnte

399

Kategorieen nackt auf die Strasse gesetzt würde, da es den Soldaten in den meisten Fällen an den notwendigen materiellen Mitteln mangelt, die heute zum Bezuge von Kleidern notwendig sind. Es wäre das zweckmässigste, wenn den aus dem Heeresverband entlassenen Soldaten durch weitere 3 Monate nach ihrer Entlassung das Tragen der Uniformen, ärarischer Wäsche und Schuhe gestattet würde. Gegen eine Abfindung in Form von Geld wären ganz wichtige Gründe vorzubringen, nicht zuletzt der, dass die Abfindung infolge ihrer ungeheuren Kosten das Staatsbudget in einer unmöglichen Weise belasten würde. Bei den politischen Behörden wären Abgabestellen zu errichten, bei denen nach Ablauf der vierteljährigen Leihfrist die Kleidung Stücke abzugeben wären. In dringenden Fällen müsste die Frist auf einen Zeitraum von 3 Monaten verlängert werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich stimme den Ausführungen des Fragestellers vollinhaltlich zu. Nach mir zukommenden Mitteilungen soll es richtig sein, dass ein grosser Teil der seinerzeit in den Militärmagazinen eingelagerten Zivilkleider sich in nicht mehr brauchbarem Zustande befindet. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Militärverwaltung, den Eingerückten die Kleider, welche ihr seinerzeit anvertraut wurden, voll zurück zu erstatten. Als eine solche vollständige Rückerstattung kann eine Abfindung in Geld nicht angedehen werden. Auch der von den Antragstellern genannte Betrag von 200 Kronen per Person kann nicht hinreichen, um Kleider und Schuhe von guter Beschaffenheit kaufen zu können, insbesondere da bei einer Abfindung der zurückkehrenden Soldaten mit Geld eine derartige Nachfrage nach Kleidern und Schuhen entstehen wird, dass die Preise für diese Waren ins Ungemessene steigen würden. Es ist somit unbedingt erforderlich, dass die Militärverwaltung jenen Heimkehrern, denen sie die seinerzeit abgegebenen Kleider nicht mehr in brauchbarem Zustande rückerstatten kann, andere Bekleidungsstücke zuweist. Diese könnten allenfalls in der Weise beschafft werden, dass einerseits die in den Militärmagazinen noch lagernden Zivilkleider deren Eigentümer nicht mehr festzustellen sind, von Fachleuten wieder in Stand gesetzt und andererseits aus den noch vorhandenen Stoffen der Militärverwaltung entsprechende Zivilkleider hergestellt werden. Auch die für die Flüchtlinge angeschafften Waren, welche in noch grossen Massen vorrätig sind und bis zur Demobilisierung sicherlich nicht für den seinerzeit bestimmten Zweck verbraucht werden können, könnten für die Bekleidung der heimkehrenden Soldaten zweckmässig Verwendung finden.

Ich werde veranlassen, dass im Sinne der Herren Antragsteller bei den zuständigen Ministerien Vorstellungen erhoben werden, damit rechtzeitig Vorsorge getroffen werde, dass für die abrüstenden Soldaten Zivilkleider in entsprechender Menge zur Verfügung stehen.

GR. Eglauer fragt mit Rücksicht auf die unabwehrbare Neuordnung Oesterreichs auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Volksstämme zur Wahrung der Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich und namentlich die der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, ob der Bürgermeister geneigt sei, die verschiedenen Rückwirkungen der bevorstehenden Neuordnung auf die Gemeinde Wien und deren Bewohner einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, und die hiernach rätlichen Massnahmen zur möglichsten Abwendung oder Behebung der aus dieser Neuordnung sich ergebenden Schwierigkeiten ehetunlichst dem Gemeinderate zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Die Anfrage des Kollegen Sektionschef Eglauer betrifft eine der wichtigsten, geradezu geschichtlichen Fragen Wiens. Ich glaube aber doch nicht, dass es heute schon möglich ist, diese Frage zu beantworten, weil wir ja alle nicht wissen, welche Umformungen, welche Neugestaltungen unser liebes Vaterland erleben wird.

Der Antragsteller, sowie alle meine Kollegen im Gemeinderate können aber versichert sein, dass ich schon jetzt dieser Frage meine

volle Aufmerksamkeit zuwende, dass ich das Material sammle und rechtzeitig an den Gemeinderat mit einer Vorlage ^{zurückzubringen} werde.

Eines aber sage ich schon heute, meine sehr geehrten Herren! Wir Wiener brauchen nicht kleinmütig zu sein. Welche Umformungen, welche Neugestaltungen immer unser Staat erfahren wird, eine Stadt, wie Wien, ein so altes deutsches Kulturzentrum, eine Stadt mit solchen Werken von historischen Grössen mit solcher Kunstfreudigkeit, eine Stadt mit solcher landwirtschaftlicher Umgebung, mit diesen handels- und wirtschaftlichen Beziehungen wird sich auf andere Gebiete werfen müssen, welche geeignet sind, Wien als Emporium ^{als Handels} als Kunststadt, als Fremdenverkehrstadt, in der alle Bevölkerungsschichten an der Verwaltung teilnehmen, als eine Stadt, in welcher frisch pulsierendes Leben durch die Strassen und Plätze geht, zu erhalten, und dann darf uns um die Zukunft unserer lieben Vaterstadt nicht bange sein. Vielleicht wird sie in einem anderen Gefilde mehr aufblühen, als unter den bisherigen Jammerzuständen, welche sich in unserer Vaterlande entwickelt haben (*Lebhaft Zustimmung*).

GR. Partik stellt folgenden Antrag: Der Bürgermeister möge sich mit den massgebenden Stellen in Verbindung setzen und eine Erhöhung der Quote für Zucker auf 2 kg pro Kopf und Monat fordern. Durch diese Erhöhung könnten die Zubussen für Schwerarbeiter etc. wegfallen, wodurch auch eine bedeutende Erleichterung in der Durchführung, in der Kontrolle und insbesondere auch eine gleichmässige Verteilung erzielt werden würde.

GR. Komrowsky stellt folgenden Antrag: Die Direktion der städtischen Strassenbahnen ist zu beauftragen, dafür zu sorgen, dass Fahrgäste, welche mit Rucksäcken die Strassenbahn benutzen, diese Gepäckstücke nicht am Rücken behalten, sondern abnehmen und nach Möglichkeit unter den Sitzplätzen unterbringen.

StR. Knoll stellt folgenden Antrag: Die Linie 117 soll von Leopoldau nur bis in die Franz Zieglergasse zum Anschlusse an die Linie 17 verkehren, dadurch könnte mit einer Garnitur statt des Stundenverkehrs ein 36 Minuten-Intervalle erzielt werden.

Die Endstation der Linie 32 war 2 Kilometer von Strebersdorf entfernt, durch Rückverlegung der Endstation zur Buchergasse beträgt jetzt der Weg von der Elektrischen bis Strebersdorf 35 Minuten. Die Folgen dieser Verkehrs einschränkung der Bewohner von Strebersdorf bei schlechtem Herbst- und Winterwetter brauchen wohl nicht besonders geschildert zu werden. Es wird daher beantragt, die Züge wieder bis zur früheren Endstation zu führen, dafür aber die Zwischenintervalle von 12 auf 15 Minuten auszudehnen. Sollte sich über diese Lösung nicht ermöglichen lassen, so wird der Antrag gestellt, ehestens von Strebersdorf nach Groß-Jedlersdorf den Automobil-eventuell Stellwagenverkehr einzuführen. Da die Kinder von Strebersdorf zum Bürgerschulsprenzel Gross.-Jedlersdorf gehören, wäre dieses Verkehrsmittel für die schlechte Jahreszeit besonders zu begrüssen, auch würde dadurch Strebersdorf, das jetzt vollständig abgeschlossen und ohne Verkehr ist, wieder eine Verbindung mit Florisdorf und der Stadt erhalten.

Der 21. Bezirk hat die ungünstigste Zoneneinteilung von Wien. Nur im 21. Bezirk wurde eine 6. Zone geschaffen. Ferner umfasst hier die 5. Zone nur eine Strecke von 500 Meter, vom Spitz bis zur Nordwestbahn, das ist ungefähr ein Viertel der Mariahilferstrasse. Radiallinien vom Ring, die in den westlichen Bezirken in die 4. Zone gehen, reichen bei gleicher Länge im 21. Bezirk bis in die 6. Zone. Es wird daher beantragt, eine Regulierung der Zonen im 21. Bezirk vorzunehmen.

Die Anträge werden der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

StR. Dr. Hama beantragt, den Ankauf der Liegenschaft 3. Bezirk Baumgasse 11. - GR. Goldeband begrüsst diesen Antrag, da hiedurch in absehbarer Zeit eine Verbindung mit der Heimbürgerstrasse geschaffen werde. Der Antrag wird angenommen.

360-361

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michlew.**
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 16. Oktober 1918. No 360.

Obst- und Gemüsestelle. Vom Bezirksvorstereher Dr. Blasel erhalten wir folgende Zuschrift: Da zahlreiche Wünsche und Beschwerden über die Obst- und Gemüsestelle immer wieder an mich gelangen, so mache ich allen Interessenten die Mitteilung, dass ich dem Aufsichtsrate dieser Gesellschaft schon längst nicht mehr anhöre. Ich hatte seinerzeit den Antrag gestellt, dass die Geschäftsführer keine eigenen Geschäfte mit dieser Stelle machen dürfen, da ich Konflikte mit den anderen Marktparteien und Beschwerden voraussah und da ich diesen Vorgang auch bei den Gewerksyndikaten des Jahres 1917 heftigst als unmoralisch bekämpfte. Dieser Antrag wurde angenommen, später aber re-assumiert und sofort haben sich die Konflikte und das Misstrauen eingestellt. Ich habe unmittelbar nach diesem Beschluss meine Stelle niedergelegt.

Ernennungen. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss dem Steueramts-Oberkontrollor Ludwig Zederbauer den Titel Vizedirektor, den Steueramtskontrolloren Friedrich Breyer und Alexius Kummer den Titel Oberkontrollor, dem mit der Stellvertretung des Direktors des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters betrauten Direktionsadjunkten Alois Oesterreicher den Titel Vizedirektor und dem Oberoffizial des Zentral-Wahl- und Steuerkatasters Ludwig Bratusiewicz den Titel Direktions-Adjunkt verliehen, ferner die Steueramts-Kontrollore Richard Oellacher und Anton Petrasch zu Oberkontrolloren extra statum ernannt und dem Steueramts-Oberkontrollor Rupert Neworal die Anerkennung ausgesprochen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 16. Oktober 1918. No 361.

Neue Bürger. Der Heimats- und Bürgerrechtsausschuss der Stadt Wien hat das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen: Innere Stadt: Franz Soukup, Tischler (Paulitschke); Leopoldstadt: Alexander Sebastian Pfliger, Friseur; Karl Resch, Geschäftsinhaber; Michael Schöner, Fleischselcher; Michael Moser, Gemischtwarenverschleißer (Rotter); Landstrasse: August Rathgeber, Privatier und Konrad Hörmann, Fleischhauer (GR. Breuer); Wieden: Friedrich Papacek, Schneider; Josef Meissner, Schneider; Franz Stöcklechner, Gastwirt und Anton Fousek, Schuhmacher (GR. Breuer); Margarethen: Ludwig Stöckl, Fleischhauer; Josef Majer, Gemischtwarenverschleißer; Johann Wallner, Hausverwalter (GR. Aichhorn); Mariahilf: Anton Jochmann, Damenschneider und Franz David Luckschander, Juwelier (GR. Paulitschke); Neubau: Johann Chalusch, Architekt (GR. Pichler); Josefstadt: Franz Felix Fux, Wäscheputzer; Julius Macho, Hotelier; Johann Cermak, Gemischtwarenverschleißer (GR. Rotter); Alsergrund: Richard Grötzer, Schlosser; Johann Bammer, Kaffeeschänker; Josef Walenta Skontist; Edmund Bretschneider, Binder; Karl Münzel, Prokurist; Anton Urban, Schlosser; Anton Scholz, Geschäftsleiter (GR. Partik); Favoriten: Wenzel Dostal, Gastwirt; Rudolf Karl Boubelik, Zimmermaler (GR. Höck); Simmering: Lorenz Schöllner, Gastwirt (GR. Kurz); Meidling: Anton Rennbart, Fleischhauer; Adolf Adam, Fettwarenhändler; Johann Berger, Fleischhauer (GR. Kurz); Ludwig Josef Lutsch, Fuhrwerksbesitzer (GR. Rotter); Rudolfsheim: Josef Martin, Fleischselcher; Eduard Mükusch, Tischler; Josef Bauernfeind, Gastwirt (GR. Wiesinger); Fünfhaus: Eduard Frey, Gastwirt (GR. Breuer); Ottakring: Leopold Neumann, Drechsler; Johann Richter, Holz- und Kohlenhändler; Miroslav Svitavsky, Gemischtwarenverschleißer; Anton Karl Fehr, Gemischtwarenverschleißer; Heinrich Müller, Disponent; Johann Krennstädter, Milchgroshändler; Anton Kuba, Hausbesitzer (GR. Hötzel); Franz Schwanzner, Gastwirt; Josef Kainz, Gemischtwarenverschleißer; Hippolit Spindl, Schlosser (GR. Heffenmayer); Hernals: Johann Unger, Gemischtwarenhändler; Friedrich Sehnert, Gastwirt; Johann Klemens Hanel, Gemischtwarenhändler (GR. Rykl); Währing: Josef Soutschek, Wagner; Rudolf Leger, Friseur; Josef Johann Bousek, Gastwirt; Andreas Prüger, Gemischtwarenhändler; Ernst Gebauer, Kaufmann; Anton Kovarik, Handschuhmacher; Karl Ettl, Wäschereibesitzer; Johann Beier, Selchwarenverschleißer; Karl Michael Wolf, Uhrmacher (GR. Brenna); Wilhelm Donniger, Geschäftsleiter und Josef Schmieda, Schneider (GR. Dechant); Brigittenau: Johann Bauer, Sattler; Anton Sokol, Gastwirt; Franz Hampl, Handelsagent (GR. Sadilek).

In derselben Sitzung wurde einer grossen Anzahl von Personen die Zuständigkeit bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

GR. Schwer beantragt die Bewilligung eines Zuschussgredites zur Erhöhung der Menagegebühren der städtischen Feuerwehr. Nach einer Bemerkung des GR. Melcher, dass dieser Zweck im Referate selbst nicht ersichtlich sei, wird der Resolventenantrag genehmigt.

GR. von Steiner beantragt, den Betrieb im Cafèrestaurant Cobenzl bis auf weiteres erst um 1 Uhr nachmittags zu eröffnen und während der Sperrung des Cafèrestaurants im Schlosshotel Cobenzl warme Speisen zu gleichen Preisen, wie im Cafèrestaurant zu verabfolgen. (Angenommen)

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss berichtet sodann in ausführlicher Weise über die Neuregelung der Kriegszulagenbestimmungen für die städtischen Angestellten und über die Ermächtigung zur Aufnahme einer Krieganleihe im Betrage von 250 Millionen Kronen.

GR. Hein: Namens meines Verbandes werde ich die Zustimmung zur Vorlage erteilen. Unter den Zuwendungen, die in der Vorlage enthalten sind, sind auch solche für die Angestellten der städtischen Strassenbahnen. Diesem Beschluß ist ein von der Bevölkerung schwer empfundenes Intermezzo vorangegangen, nämlich der Strassenbahnerstreik. Er war vollständig überflüssig, daher umso bedauerlicher. Er beruhte lediglich auf einem Missverständnis, da die Angestellten der Strassenbahnen glaubten, dass ihre Forderungen seitens des Stadtrates glatt abgelehnt oder nur in Bezug auf den 30%igen Zuschlag bewilligt wurden. Dieses Missverständnis hat sich nun aufgeklärt und muß man nur staunen, daß die Direktion über die Stimmung unter den Angestellten besser unterrichtet war. Der Redner verbreitete sich sodann über den versprochenen Ersatzverkehr (Omnibus und Stadtbahn Vorortelinie) und fordert gegen die ablehnende Antwort der Staatsbahndirektion bezüglich der letzteren energisch Einspruch zu erheben.

GR. Stein erklärt namens der demokratischen Vereinigung beauftragt zu sein, für die Vorlage zu stimmen, weil sie sich ebenfalls deren Notwendigkeit nicht verschliessen können. Auch bezüglich der Anleihe werde seine Vereinigung ihre Zustimmung geben.

GR. Kunschak konstatiert, dass die städt. Angestellten im heurigen Jahre 4 Anschaffungsbeiträge erhalten, also um einen mehr als die Staatsangestellten. Die Kriegszulagen werden wenigstens zum Teil nie mehr ganz verschwinden und es sei die Forderung berechtigt, einen Teil der Kriegszulage in den Lohn oder Gehalt einzubeziehen. Damit würde einem Wunsche sämtlicher Beamten und Angestellten entsprochen. Er begrüsst den grundsätzlichen ^{hinzu} 4 Wochen zu fassenden Beschluss einen Teil der Kriegszulage zu stabilisieren und wünscht, dass die höheren Zuwendungen nicht sofort von den Kriegswucherern ~~mit~~ der Erhöhung der Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel beantwortet werden. Der Redner bespricht sodann den jüngsten Ausstand der Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen. Es bestand kein Streik des Fahrpersonales, da die Wagen aus den Bahnhöfen ungehindert ausfahren konnten, erst auf der Strecke wurde das Fahrpersonal verhindert weiterzufahren und man war zu schwach, Motorführer und Schaffner genügend zu schützen. Der Streik sei ein mutwilliger gewesen, da die Bediensteten wohl wussten, dass die Erfüllung ihrer Forderungen unmittelbar bevorstehe. Als Termin für die Erfüllung der Forderungen sei der 15. Oktober festgesetzt worden, es dürfe daher am 10. Oktober nicht ein Streik inszeniert werden. Der Redner wendet sich schliesslich gegen die Ausführung des „Neuen Abend“ anlässlich des Ausstandes und stellt mit Genugtuung fest, dass selbst die „Arbeiterzeitung“ bei der Darstellung des Streikes sich der Objektivität befleißigt habe. Der ~~Neue Abend~~ müsse als Press-Strolch im schlimmsten Sinne des Wortes bezeichnet werden (Lebhafte Zustimmung bei den Christlich-Sozialen.)

GR. Reumann wendet sich zunächst gegen einige Aeusserungen seines Vorredners, insbesondere dagegen, dass er zweifle, dass Abgeordneter Forster behauptet von dem Streik keine Ahnung gehabt zu haben. Er stellt fest, dass es in Kriegszeiten öfter vorgekommen sei, dass Arbeitseinstellungen ausbrachen und die Organisation vor einer vollendeten Tatsache stand und zur Beilegung eingreifen musste. Auch hier haben die Vertrauensmänner den Streik beschlossen, aber die Organisation nicht verständigt. Am allerwenigstens aber sei er als eine politische Demonstration oder als mutwilliger Streik aufzufassen. Die Zuwendungen der Angestellten bedeuten allerdings im Budget eine schwer zu ertragende Auslage, eine Bürde, unter der Stadthaushalt fast zusammenzubrechen droht, doch werden wir noch grösseren Lasten auf uns nehmen müssen, als die jetzige. Die Vorlage ist eine Notwendigkeit, ebenso wie die Aufnahme der Anleihe. Wir haben schon in einer der letzten Anleihen gesagt, dass wir uns gegen Notwendigkeiten nicht verschliessen. Wir werden immer für solche eintreten, wenn die Bedingung erfüllt sein wird, dass wirklich die gesamte Bevölkerung vollen Anteil an der Verwaltung der Gemeinde nehmen wird. Insolange diese Bedingung nicht erfüllt ist, werden wir für solche Anleihen nicht stimmen, werden sie aber nicht bekämpfen. GR

GR. Angeli reagiert sodann auf einige Aeusserungen der einzelnen Redner, worauf VB. Hoss mit dem Schlusswort beginnt.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters VB. Hoss mit mehr als 80 Stimmen angenommen, ebenso werden folgende zwei Resolutionen zum Beschlusse erhoben.

Der Magistrat wird beauftragt, binnen 4 Wochen zu berichten, in welcher Weise und in welchem Umfange ein Teil der Aktivitätszulagen in das Gehalt oder Lohn eingerechnet werden könnten.

Der Magistrat wird beauftragt, binnen 4 Wochen über die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Vorrückung in höhere Bezüge Bericht zu erstatten.

Nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten wird die Sitzung geschlossen.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 15. Oktober 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält dem verstorbenen GR. Julius Höck einen tiefempfundenen Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wird.

Der Kriegsminister dankt dem Gemeinderate für die Widmung des Betrages von 10.000 Kronen für die durch die Explosionskatastrophe in Wöllersdorf verunglückten Arbeiter und Arbeiterinnen, bezw. ihre Angehörigen. In dem an den Bürgermeister gerichteten Schreiben heisst es: Der Gemeinderat hat mit seinem Beschlusse einen neuerlichen und in den jetzigen schweren Zeiten besonders wohlthuend wirkenden Beweis wahrer Menschenliebe und echten Solidaritätsgefühle gegeben.

Die Direktion der Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke hat anlässlich des Brandes auf ihrem Ziegelwerke in Leopoldsdorf für die Mannschaft der Wiener städtischen Feuerwehr 1000 Kronen gespendet.

Der Bürgermeister teilt sodann mit: Endlich hat sich die Militärverwaltung bestimmt gefunden, die Türklinkenabnahme zu sistieren. Mekk-würdiger Weise ist in einzelnen Bezirken, am aller merkwürdigsten gerade in städtischen Gebäuden von der Türklinkenkommission mit der Abnahme vorgegangen worden. Ich habe mich sofort an den Landesverteidigungsminister telegraphisch gewendet und ist mir ^{wenn möglich} nachfolgende Antwort zugekommen: Ich habe mich am 13. früh mit dem Kriegsministerium wegen Nicht-Austausches der Türklinken in Wien in Verbindung gesetzt und auch eine bezügliche Zusage erhalten. Ebenso wurde am 14. Oktober früh neuerlich mit der betreffenden Abteilung des Kriegsministeriums das Einvernehmen gepflogen und vor letzterer, da die inzwischen getroffene Verfügung des Kriegsministeriums der Türklinkenersatzgesellschaft am Sonntag oder Montag früh möglicher Weise nicht mehr rechtzeitig zur Kenntnis gelangte, neuerlich die sofortige Einstellung des Austausches durch besondere Boten zugesichert. Mit Rücksicht auf die nunmehrige Mitteilung wird von hier aus neuerlich auf kürzestem Wege das Erforderliche veranlasst und beehre ich mich zu ersuchen, falls gleichwohl irgendwo durch Unberufene eine Klinkenabnahme versucht werden sollte, die erforderlichen Daten auf kurzem Wege der Abteilung XVII a des Ministeriums für Landesverteidigung bekannt geben zu wollen.

Ich habe dem Magistratsreferenten beauftragt, diese Daten bekanntzugeben, möchte aber gleichzeitig an die gesamte Bevölkerung die Aufforderung richten, wenn noch ^{irgendjemand} wegen Austausch der Türklinken kommt, ihn vor die Türe zu setzen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht die Mitteilung, dass GR. Hohensinner sein Mandat im Wahlreform-Ausschuss zurückgelegt habe und dass er die notwendig gewordene Wahl in einer der nächsten Sitzungen vornehmen lassen werde.

GR. Dr. Loewenstein fragt, ob der Bürgermeister in der Lage ist, bekanntzugeben auf wessen Verschulden es zurückzuführen ist, dass die seinerzeit in Aussicht genommene Anzahl von Betten für an „spanischer Grippe“ erkrankte Personen in den Wiener Spitälern und Baracken nicht vorhanden ist und ob der Bürgermeister geneigt ist, mit den hiefür ausschliesslich in Betracht kommenden Faktoren unverzüglich Rücksprache zu nehmen und alles Erforderliche anzubieten, damit die in der Bevölkerung vorhandene Beunruhigung, die man unter Angabe unrichtiger Daten mildern wollte, nicht noch mehr wächst und sich dafür einzusetzen, dass die Zentralstelle für die Unterbringung der an „spanischer Grippe“ erkrankten Personen in den Wiener Spitälern in klagloser Weise funktioniert?

GR. Dr. Loewenstein fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, eine entsprechende Veranlassung zu treffen, dass, nachdem mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand des Krieges sicherlich ein grosser Teil der militärischen Kraftfahr-

zeuge und privaten Verkehrsmittel entbehrt werden könnte, diese Fahrgelegenheiten den Aerzten wenigstens für die Dauer des Bestehens der „spanischen Grippe“ zur Verfügung gestellt werden und dass zur Verteilung dieser Fahrgelegenheiten, um jedweder Bevorzugung zu begegnen, eine aus ärztlichen Vertretern bestehende Kommission eingesetzt werde.

GR. Angermayer stellt ebenfalls eine begründete Anfrage über die Abstellung der verschiedenen Uebelstände, insbesondere des Mangels an Spitalsunterkunft, an Aerzten und Wagen und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei der Regierung, der ja ein eigenes Gesundheitsministerium zur Verfügung steht, in energischer Weise die sofortige Abstellung dieses geradezu beschämenden und gefährlichen Uebelstandes zu verlangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ungeachtet unserer Vorstellung geht die Staatsgewalt recht langsam in dieser Angelegenheit vor. Das städt. Gesundheitsamt hat pflichtgemäss schon vor 14 Tagen die Anzeigepflicht beantragt. Die Statthalterei war damit einverstanden, das Ministerium aber nicht. Es handelt sich in dieser Frage nicht darum, ob die Statistik mehr oder weniger verlässlich sein wird, sondern darum, ein annäherndes Bild zu bekommen, während wir jetzt ganz im Ungewissen uns befinden und der Bevölkerung ^{nicht wissen sagen können} ob ein Abflauen der Epidemie bereits stattfindet. Weiters möchte ich Ihnen bekanntgeben, dass in der nächsten Zeit eine grössere Anzahl von Personenautos von der Heeresverwaltung als dormalen nicht mehr benötigt, freigegeben werden dürften, die doch derzeit zum grössten Teil erst im betriebsfähigen Zustande versetzt werden müssten. Aus diesen Beständen wurden dem städt. Gesundheitsamt bereits 20 Personenautos zugesichert, die jedoch - da ohne Bereifung - nicht sofort in Gebrauch genommen werden können. Ich glaube, dass also diese Autos kaum mehr in Betracht kommen werden, denn ich hoffe nicht, dass die Epidemie so lange dauert, bis die Autos repariert sind. (Rufe: sehr richtig). Ich habe mich entschlossen, unseren Amtsärzten ein monatliches Pauschale von 1000.-- Kronen für Wagenfahrten, solange die Epidemie herrscht, zur Verfügung zu stellen. (Lebhafte Zustimmung)

Hinsichtlich der Spitalsbetten möchte ich Ihnen mitteilen, dass ausser den von der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Notspital in Meidling auch von den Krankenanstalten mehrere hundert Betten freigehalten werden, unser Pavillon im Versorgungsheim mit 300 Betten für

Grippenranke ist bereits im Belag begriffen und es werden weiters täglich Zimmer für Grippenranke freigemacht, sodass in aller nächster Zeit 1200 Betten in Krankenanstalten, über 300 Betten im Versorgungsheim und 140 Betten im Notspital belegt werden können. Hoffentlich wird der Höhepunkt der Epidemie bald überschritten sein.

Der Gemeinderat hat bereits vor Jahresfrist die Lösung der Spitalsfrage gefordert, diese Forderung müssen wir neuerlich erheben und die Frage kann nur durch die autonome Verwaltung richtig gelöst werden.

GR. Biber stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister zwecks Hintanhaltung schwerer Schädigungen der heimischen Industrien und Gewerbe und zur Wahrung schwerwiegender öffentlicher Interessen der Gemeinde Wien geneigt wäre, geeignete Schritte dahin einzuleiten, dass die Ausfuhr von bearbeiteten und unbearbeiteten Werkholz nach Galizien unter Berücksichtigung der bestehenden Abschlüsse fernerhin nur soweit gestattet wird, als von diesem Lande die Ausfuhr einer äquivalenten Menge Rohholzes als Kompensation geleistet wird.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Zur Beantwortung dieser Interpellation sind noch Erhebungen erforderlich, die in der Kürze der Zeit nicht erschöpfend gepflogen werden können; Ich werde den Magistrat beauftragen, einen Bericht vorzulegen.

GR. Dr. Loewenstein richtet an den Bürgermeister die Anfrage, wie gross das derzeit ihm zur Verfügung stehende Milchquantum ist und ob es nicht möglich wäre, nach Abzug des für Schwerkranke an und für sich in Betracht kommenden Milchquantums die dann noch freibleibenden Mengen in zweckmässiger Weise zum Nutzen der an „spanischer Grippe“ schwer erkrankten Personen zur Verfügung zu stellen?

Der Bürgermeister erwidert: In Wien langen dormalen täglich rund 130.000 Liter Milch mittelst Bahn ein. Dazu kommen noch ungefähr 13.000 Liter Milch täglich von den Wiener Milchmeiern und Landwirten so dass für den Tagesverbrauch rund 143.000 Liter zur Verfügung stehen. Von dieser Menge werden für die Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre ungefähr 33.000 Liter und für Schwerkranke, Spitäler und sonstige Humanitätsanstalten rund 50.000 Liter benötigt. Die übrige Milchmenge wird an die Kinder vom 2. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre abgegeben. Auf die Volkskaffeehäuser entfällt hievon eine Milchmenge von rund 4000 Liter täglich. Schliesslich bemerke ich noch, dass in den vorerwähnten für Schwerkranke, Spitäler und sonstige Humanitätsanstalten erforderlichen 50.000 Liter auch die von der „Beratungsstelle für die Ernährung der Kranken während des Krieges“ den an spanischer Grippe Erkrankten zugewiesene Milch enthalten ist und dass es nach übereinstimmender Bestätigung des Gesundheitsamtes und der Milchversorgungsstelle bisher noch in allen Fällen möglich war, die an spanischer Grippe erkrankten Personen mit Milch zu versorgen.

GR. Roth stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister bereit, an zuständiger Stelle dahin vorstellig zu werden, dass durch entsprechende Zuweisung von Kohle an die Zuckerfabriken diese in die Lage versetzt werden, die ihnen zur Verfügung stehenden Zuckerrüben vollständig und rechtzeitig aufzuarbeiten und dass die hiezu notwendige Erhöhung der Kohlenförderung dadurch bewirkt werde, dass die bei den hohen militärischen Stellen seit Jahr und Tag liegenden Enthebungsansuchen für die Kohlenbergarbeiter ehestens einer aufrechten Erledigung zugeführt werden?

Ist der Bürgermeister bereit, dahin vorstellig zu werden, dass der Zuschlag zu den Zuckerpreisen, soferne er zur Schaffung eines Garantiefondes für die Zuckerindustrie verwendet werden soll, mit Rücksicht auf die ohnedies vollen Taschen der Zuckerindustrie zu Gunsten der notleidenden Bevölkerung wieder fallen gelassen werde?

Ist der Bürgermeister bereit, dahin vorstellig zu werden, dass, insofern die Zuckerindustrie nicht in der Lage ist, uns Weisszucker zur Verfügung zu stellen, die Zuckerration der städtischen Bevölkerung mit Rücksicht auf den geringeren Nährwert des Rohzuckers entsprechend erhöht werde?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Gemeinderat hat sich bereits in seiner letzten Sitzung vom 9. d.M. mit der Regelung der Zuckerversorgung, wie sie die Regierung in der neuen Zuckerkampagne durchzuführen gedenkt, in eingehender Weise beschäftigt und hierüber die Ihnen bereits bekannten Beschlüsse gefasst. Diese Beschlüsse wurden der Regierung von mir mit Schreiben vom 11. d.M. mitgeteilt. Hiedurch erledigt sich die Anfrage des Interpellanten, soweit sie sich auf die beschleunigte Belieferung der Raffinerien mit Kohlen, auf die Herabsetzung des Zuckerpreises und auf die Erhöhung der Kopfquote an Zucker bezieht. Was nun die raschere Erledigung der bei den militärischen Stellen anhängigen Enthebungsansuchen der Bergarbeiter betrifft, werde ich die Anfrage des Interpellanten sofort an den Kriegsminister weiterleiten.

GR. Glassauer und Genossen stellen an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, der Direktion der städtischen Strassenbahnen den Auftrag zu erteilen, mit 1. November l. J. den Verkehr auf allen im Gemeindegebiete Wiens gelegenen Strecken wieder aufzunehmen, eventuell dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung unter Berücksichtigung der Wünsche der Bezirksvertretungen einen auf Wiederherstellung des Verkehrs abzielenden Antrag vorzulegen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michow.**

Wien. I. Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 17. Oktober 1918. Nr. 362.

Auf dem Felde der Ehre gefallen. Am 14. d.M. verschied hier nach 10monatlichem schwerem Krankenlager der Artillerie Oberleutnant Gustav Scherer, Besitzer des Militärverdienstkreuzes mit den Schwertern und der Kriegsddekoration, der beiden Signa laudis und des Eisernen Kreuzes 2.Klasse. Nach 30 Monaten Frontdienstleistung wurde der tapfere Offizier, der sich wegen seiner gewinnenden persönlichen Eigenschaften allgemeiner Beliebtheit erfreute, bei Asiago schwer verwundet, war seither an das Bett gefesselt und wurde nun, kaum genesen, dahin gerafft. - Durch den Heldentod des Obgenannten ist auch der Wiener Sängerbund in Trauer versetzt, der in Scherer sein pflichtgetreues Bundesmitglied beklagt, ^{in der} in dessen Vater, dem Buchsachverständigen Eduard Scherer seinen hochverdienten Jubilar verehrt. Das Leichenbegängnis fand heute auf dem Baumgartner Friedhofe statt.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Der vorige Monat hat noch einen bedeutenden Rückgang der leerstehenden Wohnungen auf 303 oder 0'055 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 443 oder 0'08 % im Monate August d.J. zu verzeichnen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 250 (0'061 % aller Kleinwohnungen); der kleineren Mittelwohnungen 31 (0'06 % aller kleineren Mittelwohnungen); der grösseren Mittelwohnungen 14 (0'02 % aller grösseren Mittelwohnungen) und der grossen Wohnungen 8 (0'03 % aller grossen Wohnungen). Auch der Stand der leerstehenden Geschäftslokalitäten hat im Berichtsmoate einen Rückgang auf 3516 gegen 3912 im Monate August zu verzeichnen. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises betrug im Monate September 4324. Die Zahl der durch Organe des Nachweises revidierten Wohnungen und Geschäftslokale betrug im Berichtsmoate 2555.

Friedhofserweiterung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Poyer für die Erweiterung des Baumgartner Friedhofes 25.700 Kronen bewilligt.

Strandbad Gänsehäufel. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. Körber für die Herstellung von 400 einfachen Kleiderkästchen für das Strandbad Gänsehäufel einen Betrag von 18.000 Kronen.

Armenratswahlen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Müller die Wahl der Herren Johann Brückner, Johann Fisch, Franz Hiess und Karl Sommer zu Armenräten des 12. Bezirkes und nach einem Antrage des StR. Breuer die Wahl der Herren Konrad Enders, Karl Schmied und Josef Spörl zu Armenräten des 15. Bezirkes bestätigt.

Warnung vor Zuzug nach Wien. Nach Abschluss des Krieges ist eine grosse Wanderbewegung zu gewärtigen. Zahlreiche Uebersiedlungen, Wechsel des Aufenthaltsortes, welche während des Krieges aufgeschoben worden sind, werden dann vollzogen werden. Auch die Aenderung in der wirtschaftlichen Lage wird manche Uebersiedlung bedingen. Das Wohnungsamt der Stadt Wien

sieht sich bei dieser Sachlage genötigt, eine vorläufige dringende Warnung vor dem Zuzuge nach Wien auszusprechen. Es ist aus der Tagespresse bekannt, dass schon heute in Wien die empfindlichste Wohnungsnot herrscht. Selbst wenn das Aufhören des Kriegszustandes eine kleine Erleichterung durch Abwanderung bringen sollte, so wird der so freiwerdende Wohnungsbestand für die aus dem Felde heimkehrende bodenständige Bevölkerung zu sichern sein. Alle anderen zuwandernden Haushalte laufen nicht nur Gefahr, keine Unterkunft zu finden, sondern eine etwa gefundene, in einem späteren Zeitpunkte zu Gunsten jener Personen aufgeben zu müssen, welche das gesetzliche Vorrecht des ungestörten Aufenthaltes in ihrem Heimatsorte geniessen.

Ehrenurkunden für Feuerwehrmänner. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Hötzel einer Anzahl von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr Ottakring, welche am 12. Oktober ihr 15 jähriges Gründungsfest feierten, Ehrenurkunden anlässlich ihrer 15jährigen verdienstvollen Tätigkeit im Feuerwehrdienste zuzuerkennen.

Herabsetzung der Fettquote. Infolge des herrschenden Fettmangels hat die Regierung angekündigt, dass die Fettquote im bisherigen Ausmasse wöchentlich ^{von 4 dkg auf 2 dkg} herabgesetzt werden ^{wird}. Aus betriebstechnischen Rücksichten soll die Quote in einer Menge von 4 dkg 14 täglich ausgegeben werden. Magistratsekretär Dr. Hubmayer berichtete über diese Angelegenheit in der heutigen Sitzung des Stadtrates. Es entwickelte sich eine sehr erregte Debatte, an welcher sich die StRe. Spalowsky, Knoll, Dr. Hein, Dechant, Anzermayer, Wippel, von Steiner, Jung, Hötzel, Grünbeck und Hohensinner, ferner Bürgermeister Dr. Weiskirchner und VB. Hoss beteiligten. Es wurde nachfolgender von StR- Spalowsky vorgebrachter Antrag zum Beschlusse erhoben: Der Wiener Stadtrat nimmt die vom k.k. Ante für Volksernährung angekündigte Herabsetzung der Fettquote nicht zur Kenntnis und erhebt gegen diese, die Lebenshaltung der breiten Bevölkerungsschichten unmöglich machende Massregel schärfsten Protest. In der Debatte wurden ferner ^{schleunigst Abfertigung des Falles} verschiedene Anregungen gegeben, die dem ^{und Verhandlung mit einer paralleligen Beförderung} Magistrate zur Berichterstattung überwiesen wurden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz nachstehenden Telegramm gerichtet: Infolge des herrschenden Fettmangels, hat unsere Regierung eine Herabsetzung der Fettquote auf 2 dkg pro Kopf und Woche verfügt und die Abgabe von Fett an die Mindestbemittelten für die Zukunft in Frage gestellt. Der Wiener Stadtrat hat heute den einstimmigen Beschluss gefasst, an Eure Durchlaucht die dringende Bitte zu richten, Eure Durchlaucht wolle verfügen, dass entsprechende Fettmengen aus den ungarischen Beständen für den Wiener Konsum zur Verfügung gestellt werden. Ein Telegramm ähnlichen Inhaltes wurde an das General Gouvernement Lublin abgesendet.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 18. Oktober 1918. No 363.

Die Spanische Grippe.

Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Bestellung von Hilfsärzten für die Dauer der Grippeepidemie genehmigt. Weiters wurde den städtischen Amtsärzten zur Beschaffung von Transportmitteln ein Wagenpauschale von je 1000 Kronen pro Monat für die Dauer der Epidemie bewilligt. Wenjenigen Amtsärzten, welche ein Auto zugewiesen erhalten, gebührt das Wagenpauschale nicht.

Das Kriegsministerium hat dem städtischen Gesundheitsamt 20 Automobile zur Verfügung gestellt. Das Gesundheitsamt hat den grössten Teil dieser Automobile den städtischen Aerzten, in erster Linie jenen in den äusseren Bezirken zur Armenbehandlung, den restlichen Teil den Kassenärzten und praktischen Aerzten zugewiesen. Eine Zuweisung von weiteren Autos an die praktischen Aerzte ist in die Wege geleitet.

Die Ausbreitung der Grippe lässt sich auch aus den Ansuchen um den Bezug von Milch bei der städtischen Beratungsstelle für Kranke während des Krieges ersehen. In normalen Zeiten sind bei dieser Stelle täglich 1000 Ansuchen durchschnittlich überreicht worden und diese Zahl steigerte sich seit der Ausbreitung der Grippe auf 2000 täglich. In den letzten Tagen ist diese Anzahl stationär geblieben, woraus man vielleicht schliessen kann, dass die Grippe bereits den Höhepunkt erreicht hat und in der nächsten Zeit wieder abflauen wird. Trotz der grossen Milchknappheit war es bisher noch möglich, jedem an der Grippe Erkrankten die erforderliche Menge von Milch für die notwendige Zeit zuzuweisen.

Ueber Verfügung des Landesschulrates hat der Bezirksschulrat angeordnet, dass die öffentlichen Volks- und Bürgerschulen bis einschliesslich 4. November geschlossen bleiben.

Nach den Wahrnehmungen, die in einzelnen Bezirken von praktischen Aerzten und Apothekern gemacht werden, ist bereits ein Abflauen der spanischen Grippe zu konstatieren.

Todesfall. Gestern starb der Vizedirektor der städtischen Hauptkasse Eugen Waniek im 58. Lebensjahr. Er trat im Jahre 1881 in den städtischen Dienst und wurde heuer zum Vizedirektor ernannt. Er war durch viele Jahre hindurch Translator der englischen und französischen Sprache.

Verkauf polnischer Gänse. Ab morgen, Samstag werden an folgenden Ständen und Geschäften polnische Gänse zum Preise von K-27.- per kg abgegeben: Leiss, 1. Singerstrasse; Babitsch, 2. Volkertplatz; Philipp, 2. Markt im Werd; Dechant und Müller, 3. Grossmarkthalle; Eigner, 4. Naschmarkt; Kohlert, 4. Karolinenmarkt; Borkenstein, 4. Phorushalle; Simatovitsch, 5. Schönbrunnerstrasse; Schweifer, 6. Damböckgasse; Hannecker, 7. Burggasse; Wlassaty, 8. Stadiongasse; Gehring, 9. Nussdorferstrasse; Stampf, 10. Eugenplatz; Gugitscher, 11. Enckplatz; Nowak, 12. Hetzendorferstrasse; Müller, 13. Zehentnergasse; Antl, 14. Meiselstrasse; Kuselik, 14. Braun- und Reithoferhirschengasse; Stritzl, 15. Reithofferplatz; Weikowitsch, 16. Brunnengasse; Deim, 17. Jörgerstrasse; Gludowatz, 17. Dornerplatz; Hrodek, 18. Kutschergasse; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse; Kazzil, 19. Heiligenstädterstrasse; Kammer, 20. Klosterneuburgerstrasse; Grimm, 21. Markt am Spitz.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,
Wien. 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 19. Oktober 1918. No 364.

Wohlfahrtaktion für Mindestbemittelte. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird in der 77. Woche an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine gegen Abtrennung des Buchstaben P frische Fleischwurst und zwar 10 dkg auf den Kopf und die Woche zum Preise von 90 h in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier an folgenden Tagen abgegeben werden: Sonntag, 20. A bis F, Dienstag, 22. G bis K, Donnerstag, 24. L bis R und Samstag, 26. d.M. S bis Z. Diese Wurst ist keine Dauerwurst, eignet sich zu längerer Aufbewahrung nicht und ist frisch zu verbrauchen.

Einstellung der Abgabe von Speisefett an Mindestbemittelte. Durch die infolge ganz ausserordentlicher Fettknappheit von der Regierung verfügte Drosselung der Fettzuweisungen an die Gemeinde Wien ist die Einstellung der Fettabgabe an die Mindestbemittelten vom 20. Oktober an bis auf weiteres notwendig geworden. Dass diese Mindestbemittelten-Fettzubusse überhaupt durch mehr als ein Jahr trotz der schon lange bestehenden Versorgungsschwierigkeiten ausgegeben werden konnte, ist lediglich den Bemühungen der Wiener Gemeindeverwaltung zu danken, welche stets auf eine ausreichende Bereitstellung von Fettstoffen durch die Zentralstelle gerichtet waren. Durch die nunmehr eingetretene ausserordentlich ungünstige Gestaltung der Fettversorgung sind jedoch alle auch diesmal von der Gemeinde unternommenen Schritte leider erfolglos geblieben. Hoffentlich gelingt es bald, diese Mindestbemittelten-Aktion wieder aufzunehmen, wenn auch trotz des voraussichtlich bevorstehenden Abschlusses des Krieges die Verpflegungsschwierigkeiten noch einige Zeit fort dauern werden.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 20. bis 26. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 11 des rosa und weissen Fleischeinkaufscheines. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Nahr- und Arbeitslöhne, der motorischen Kraft und sonstiger Spesen erhöht sich der Verkaufspreis bei Hartholz von 27 auf 29 h, bei Weichholz von 34 auf 36 h per kg (gespalten).

Keine Zimmerbrände für die kommende Woche. Das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 5 teilt mit: Die Schwierigkeiten im Bahnverkehr, welche teils durch Waggon- und Materialmangel, teils durch Massenerkrankungen des Personal es hervorgerufen wurden, führten wiederholt zur Beschlagnahme von Kohle, die im Interesse der Freimachung der Nordbahnstrecken erfolgen musste. Aus den gleichen Gründen wurde vom Eisenbahnministerium die gänzliche Sperre der Güterannahme, darunter auch die Annahme von Kohle, Koks und Briketts vorläufig für die Zeit vom 16., 17. und 18. Oktober verfügt. Diese Umstände haben naturgemäss auf die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Kohle einen nachteiligen Einfluss ausgeübt. Die Heranziehung der Kohlenreserven (der sogenannten Sperrkohle) erscheint in Anbetracht der verhältnismässig günstigen Witterung um so weniger gerechtfertigt, als ihre spätere Ergänzung nicht mehr möglich wäre und ihr Mangel bei Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung während der strengen Wintermonate zu einer Katastrophe führen könnte. Der Magistrat hat sich daher nach Anhörung der städtischen Kohlenkommission dazu entschlossen, als provisorische Massnahme die Ausgabe der Zimmerbrände auf die Dauer einer Woche ganz einzustellen (20. bis 26. d.M.). Gleichzeitig wurde bei der Statthaltereier die gänzliche Einstellung der Bevorrätigung beantragt.

ad 364

Kartoffelabgabe. Die Kartoffelquote wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg pro Kopf festgesetzt: Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Dienstag bis Freitag in der üblichen Art zum Preise von 72 h für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes D der Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, den 24. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den Rindfleischeinkaufscheinen die mit dem Buchstaben Q ver-

sehenen Abschnitte und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Abgabe von Schweinefleisch. Für das im Wege der städtischen Schweineübernahme, stelle zur Abgabe gelangende Schweinefleisch *wird* infolge der andauernd geringen Anlieferung nach wie vor der bisherige Abschnitt N^o 6 des Fleischeinkaufscheines, weiss oder rot, *abgetrennt.*

eine grosse Anzahl deutsch-österreichischer Städte angemeldet ist, werden auch die Reichsratsabgeordneten aller deutschen Parteien, also der deutschnationalen, freiheitlichen, christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei erscheinen.

365

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 19. Oktober 1918. Nr 365.

Aus dem Rathause. Montag entfällt der übliche Empfang bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner. - Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Mittwoch und Freitag zu Sitzungen zusammen. - Am Donnerstag, 24. d.M. $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags wird in der Kirche am Wiener Zentralfriedhof eine Gedächtnismesse für den verewigten Bürgermeister Dr. Lueger gelesen werden. Das Präsidium der Wiener Bürgervereinigung ersucht seine Mitglieder um zahlreiche Teilnahme an dem pietätvollen Akte. Nach der Messe werden die Teilnehmer die Heldengräber besichtigen und Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird daselbst namens der Stadt Wien einen Kranz niederlegen.

Bezirksratssitzungen. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält Donnerstag, 24. d.M., jene des Bezirkes Neubau Dienstag, 22. d.M. 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab.

Todesfall. Das Leichenbegängnis des gestern verstorbenen Vizedirektors der städtischen Hauptkasse Eugen Waniek findet am Montag $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nachmittags von der Alserkirche aus statt.

Deutsch-österreichischer Städtetag. Bei dem am 24. d.M. stattfindenden deutsch-österreichischen Städtetag wird der Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, Bürgermeister Dr. Weiskirchner über den einzigen Punkt der Tagesordnung „ Die deutsch-österreichischen Städte und die Weltereignisse “ Bericht erstatten. Zur Tagung, für welche bereits eine grosse Anzahl deutsch-österreichischer Städte angemeldet ist, werden auch die Reichsratsabgeordneten aller deutschen Parteien, also der deutschnationalen, freiheitlichen, christlichsozialen und sozialdemokratischen Partei erscheinen.

3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 19. Oktober 1918. N 366.

Verhandlungen mit den Straßenbahnern. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat für nächsten Dienstag vormittags die beiden Parteiorganisationen der städt. Straßenbahner in das Rathaus eingeladen, um den vor 14 Tagen noch nicht erledigten Rest der Forderungen der Angestellten zu besprechen und die geeigneten Vorschläge für Stadt- und Gemeinderat im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern zu fassen.

Ernährungslage in Wien. Im Volksernährungsamte erschienen heute Bürgermeister Dr. WEISKIRCHNER mit den drei Vizebürgermeistern; Minister PAUL empfing das Gemeinderatspräsidium in Gegenwart des Sektionschefs DR. LOEWENFELD-RUSS.

In einer mehr als zweistündigen Konferenz wurde die Ernährungslage im Hinblick auf die außerpolitischen und innerpolitischen Verhältnisse eingehend erörtert. Mit Rücksicht auf das Ergebnis dieser Unterredung hielt sich der Bürgermeister verpflichtet, noch für heute abends 6 Uhr die Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

In dieser Konferenz berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingehend über die Vorsprache des Gemeinderatspräsidiums beim Ernährungsminister. An den Bericht knüpfte sich eine das ganze Gebiet der hiesigen Ernährungslage umfassende Aussprache, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Obmänner-Konferenz beteiligten. Schliesslich wurden mit Stimmeneinhelligkeit folgende Beschlüsse gefasst:

1.) Die Obmänner-Konferenz konstituiert sich heute als provisorischer Ernährungsausschuss der Stadt Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den am Montag zusammentretenden ^{Schiffbau} Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen.

2.) Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Wahl eines dreifigliedrigen aus allen Parteien bestehenden Ernährungsausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmänner-Konferenz der Wahl in diesen Ausschuss zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungsausschuss wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungsausschuss des deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

3.) Dem Gemeinderate ist über die Wärmestuben-Aktion zu berichten und ein gemeinderätlicher Ausschuss zu wählen, der die erforderlichen Massnahmen durchführt.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 21. Oktober 1918. No 367.

Die Ernährungsverhältnisse Wiens.

Eine Eingabe an den deutschen Nationalrat.

Wie gemeldet, hat die Obmännerkonferenz der Wiener Gemeinderatsparteien sich als provisorischer Ernährungsausschuss der Stadt Wien konstituiert. Die von dieser Körperschaft beschlossene Petition wurde heute dem deutschen Nationalrate übermittelt. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Nach dem kaiserlichen Manifeste vom 16. d.M., welches die Umwandlung Oesterreichs in einen Bundesstaat ankündigt, sollen zwar bis zur Vollendung dieser Umgestaltung die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht bleiben, tatsächlich aber ist die Zentral-Regierung bereits jetzt ausserstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Und da andererseits die auf dem Selbstbestimmungsrechte der einzelnen Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keinerlei Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernstesten Besorgnissen Anlass gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher von Zuschüben aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten und da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung um eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Anlegung grösserer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Grosstadt unentbehrlichen Frächterpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, dass die Belieferung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmasse möglich ist.

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien vor einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Oesterreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen musste, erwartet, dass durch einsichtsvolle Entschliessungen des deutschen Nationalrates wenigstens das Aeusserste von ihr abgewendet wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat für heute 8 Uhr abends die Mitglieder der Obmännerkonferenz zu einer Sitzung einberufen, in welcher über die Entschliessungen des deutschen Nationalrates hinsichtlich der Ernährungsfrage Bericht erstattet werden soll.

Rücktritt des Magistratsdirektors. Magistratsdirektor Dr. August Nüchtern hat heute sein Gesuch um Versetzung in den bleibenden Ruhestand überreicht. Dr. Nüchtern, 1861 geboren, trat im Jahre 1884 in die Dienste der Stadt Wien, wurde im Jahre 1903 Magistratsrat, 1910 Obermagistratsrat und 1914 Magistratsdirektor. Im Jahre 1885 wurde er der Magistratsabteilung für Verkehrsangelegenheiten zugeteilt, übernahm hier das Referat über den Bau der Hauptsammelkanäle beiderseits des Donaukanales und wurde im Jahre 1900 mit der Leitung der Magistratsabteilung für Kanalisations- und Wasserrechtsangelegenheiten betraut. Sein Hauptwerk war die Durchführung sämtlicher juristischen und administrativen Agerden des Baues der zweiten Hochquellenleitung; für seine Verdienste um diesen Bau wurde ihm der Orden der eisernen Krone III. Klasse verliehen. Er ist ferner Komtur des Franz Josefs Ordens und Offizier des Ehrenkreuzes vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration. Während der Kriegszeit, in welcher die Geschäfte der Gemeinde eine durchgreifende Aenderung erfahren haben, welche letztere vor föllig neue Aufgaben stellte, hat Dr. Nüchtern unter Aufbietung seiner besten Kräfte die Geschäfte des Magistrates geleitet. Im persönlichen Verkehr ausserordentlich lebenswürdig und entgegenkommend erfreute er sich im höchsten Masse der Wertschätzung seiner Vorgesetzten und war in der Beamtenschaft sehr beliebt.

Städtische Bäder. Die Schwimmhalle des Kaiser Franz Josefs Bades im 17. Bezirk Jörgerstrasse wird mit Sonntag, den 27. d.M. geschlossen.

Magistratisches Bezirksamt Neubau. An Stelle des erkrankten Magistratsrates Anton Oesterreicher wurde Magistratssekretär Dr. Franz Bertolas zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 7. Bezirk bestellt.

3. Ausgabe.
=====

21. Jahrgang. Wien, Montag, 21. Oktober 1918. Nr. 369

Eine Kundgebung der christlich-sozialen Partei. Der engere und weitere Parteirat der Wiener christlich-sozialen Partei, sowie die Mitglieder des Bürgerklubs versammelten sich heute abends um zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Ober-Kurator von Steiner und Gem.-Rat Leitner. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete einen eingehenden Bericht über die innen und außen politischen Lage sowie über die Ernährungsfrage. Nach einer längeren Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung gefasst:

Die Versammelten Vertrauensmänner des christlichen Volkes von Wien erheben in dieser schweren und ernsten Zeit mit allem Nachdrucke folgende Forderungen: 1.) der Stadt Wien als dem größten deutsch-österreichischen Gemeinwesen ist eine entsprechende Vertretung im deutschen Nationalrat einzuräumen. 2.) eine ebensolche Vertretung ist der christlichen organisierten Arbeiterschaft zuzuerkennen. 3.) der deutsche Nationalrat soll sich in erster Linie und sofort mit der immer schwieriger werdenden Ernährungslage Deutsch-Oesterreichs befassen und ehestens Abgesandte ins Ausland entsenden, damit den Deutschen in Oesterreich die notwendigen Nahrungsmittel zugeführt werden.

Obmänner-Konferenz. Heute 8 Uhr abends versammelten sich unter Vorsitz des Bürgermeisters und in Anwesenheit der 3 Vize-Bürgermeister die Obmänner des Wiener Gemeinderates um mit Rücksicht auf die heute erfolgte Konstituierung des Ernährungsausschusses in der provisorischen Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs über die Forderungen zu beraten, welche im Interesse der Versorgung der Wiener Bevölkerung an diesen Ausschuss zu stellen sind. In eingehender Beratung wurden die Ansprüche der Wiener Bevölkerung auf Brotfrucht, Kartoffel, Fett, Zucker, Fleisch und Salz festgelegt und von den Anwesenden Mitgliedern des neuen Ausschusses, den Abgeordneten Dr. Mataja und Reumann zur Kenntnis genommen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird übrigens selbst Gelegenheit haben, in der morgen 2 Uhr stattfindenden Sitzung dieses Ausschusses, zu der er eingeladen wurde, die Approvisionierungsinteressen der Stadt Wien zu vertreten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *J. Michew.*

Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 22. Oktober 1918. Nr. 370.

Preise für ungarisches Geflügel. Auf Grund der von der „Gefüg“ festgesetzten Uebernahmspreise werden die Detailpreise für ungarisches Geflügel mit Wirksamkeit vom 24. Oktober angesetzt wie folgt: Fettgänse nicht ausgeweidet K 42 bis 45 pro kg, zerteiltes Gänsefleisch K 38 bis 40, ausgeweidete offene Fettgänse K 56.-, Gänsejunges K 13, rohes Gänsefett K 80.-, geschmolzenes Gänsefett K 105.-, Gansbiegel mit Fett K 44.-, Fettenten K 40 bis 43, Truthühner K 26 bis 28, Suppenhühner ausgeweidet K 31 bis 35, Junghühner K 31 bis 35, Perlhühner K 28 bis 30, Bratgänse K 26 bis 28 und Bratenten K 25 bis 27 per kg.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 22. Oktober 1918. Nr. 371.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält Donnerstag, 24. d.M. um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Allerheiligen Verkehr zum Zentralfriedhofe. Anlässlich des Allerheiligen- und Allerseeelenverkehrs zum und vom Zentralfriedhofe wurden nachstehenden Anordnungen erlassen: Alle Wagen ohne Unterschied haben am Sonntag, 27. d.M., am Freitag, 1. November und am Sonntag, 3. November, in der Zeit von 8 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends, ferner am Donnerstag, 31. d.M., sowie am Samstag, 2. November von 1 Uhr mittags bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends folgende Fahrwege bei der Fahrt zum Zentralfriedhof einzuhalten: Rennweg - Simmeringer Hauptstrasse; Landstrasser Hauptstrasse - ehemalige St. Marxer Linie - Simmeringer Hauptstrasse; Geiselbergstrasse - Grillgasse - Simmeringer Hauptstrasse.

Die Züge halten von Sonntag, 27. d.M. bis Sonntag, 3. November, derart vor den Toren des Zentralfriedhofes, dass die Fahrgäste der Strassenbahn die Tunnels I, II oder IV zu benützen haben. Am Sonntag, 27. Oktober, am Freitag, 1. November und am Sonntag, 3. November halten die Strassenbahnwagen von $\frac{1}{2}$ 8 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends, ferner Donnerstag, 31. Oktober und am Samstag, 2. November, von 1 Uhr mittags bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends ausschliesslich vor dem Haupttore des Zentralfriedhofes bei den Tunnels II und IV. Zur Rückfahrt kann an den zuletzt genannten Tagen und

Halbtagen nur beim Haupttore des Zentralfriedhofes eingestiegen werden. Bei der Rückfahrt vom Zentralfriedhofe haben am Sonntag, 27. d.M., am Freitag, 1. November und Sonntag, 3. November von 8 Uhr früh bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends, ferner am Donnerstag, 31. d.M. und am Samstag, 2. November von 1 Uhr mittags bis $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends sämtliche Fahrwerke folgende Wege einzuhalten: Simmeringer Hauptstrasse - Rennweg oder Landstrasser Hauptstrasse; (im Notfalle werden die Wagen über die Krausegasse - Rappachgasse - Haidestrasseviadukt - 1-Haidequerstrasse - Erdbergerlande abgelenkt.) Simmeringer Hauptstrasse - Grillgasse - Geiselbergstrasse. Von Sonntag, 27. Oktober bis einschliesslich Sonntag, 3. November werden an schönen Nachmittagen durchlaufende ^{Wagen} Züge vom Schottentor über den Ring - Rennweg und von der ehemaligen Mariahilfer Linie über die Reinprechtsdorferstrasse - Geiselbergstrasse zum Zentralfriedhofe geführt. Der Friedhof wird um 6 Uhr abends geschlossen; ein Glockenzeichen um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr kündigt die Schliessung an. Auskünfte über Grabstellen werden in dem gegen Schwachat gelegenen Verwaltungsgebäude unentgeltlich erteilt.

Ein neuer Uebergangssteg im 21. Bezirk. Die Niveaufkreuzung der beiden Flügel der Staatseisenbahn im Zuge der Erzherzog Karlstrasse im 21. Bezirk gab wegen der oftmaligen und langandauernden Absperrungen seit langem Anlass zu Beschwerden der Bevölkerung. Den Bemühungen der Gemeindeverwaltung gelang es im Sommer d.J. ein Uebereinkommen mit der Staatseisenbahnverwaltung zu erzielen, wonach - unter namhafter Kostenbeteiligung der Gemeinde - die Niveaufkreuzung durch eine Unterfahrt ersetzt werden wird. Da diese Arbeit wegen des Krieges nicht durchgeführt werden konnte, wurde ein provisorischer Uebergangssteg hergestellt, der nunmehr vollendet ist und gestern dem öffentlichen Verkehr freigegeben wurde. Hiemit ist wenigstens für die Fussgänger der Verkehr, ohne Rücksicht auf die Schliessung der Bahnschranken, ermöglicht.

Bezirksvertretung Ottakring. Mit der Führung der Geschäfte der aufgelösten Bezirksvertretung des 16. Bezirkes bis zur Neukonstituierung hat der Bürgermeister das Mitglied der bisherigen Bezirksvertretung Handelskammerrat Josef Heigl betraut und demselben einen Beirat beigelegt, bestehend aus den Herren: Johann Hanusek, Wenzel Fidrant, Karl Klein, Thomas Mann, Johann Plefka, Karl Schmidt, Georg Spindler, Alois Alfonsus, Josef Korzen, Gustav Kraupa, Julius Meixner, Heinrich Steinrück, Franz Tichy, Johann Antmann, Johann Cermak, Eduard Jehly, Eduard Ramharter, Jaroslav Six, Karl Weingärtner, Wilhelm Zdrahal, Leopold Mack, Edmund Hainzlmayer, Johann Staudt, Josef Kandler, Ferdinand Wimmer, August Giger, Georg Hofer, Heinrich Bink und Julius Roubiček.

372-373

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michler**.

Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 23. Oktober 1918. N^o 372.

Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat hält übermorgen (Freitag) 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in welcher die Wahl von 30 Mitgliedern in den Ernährungsausschuss, sowie die Wahl eines Mitgliedes in den Gemeinderatsausschuss zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung und des Gemeindevahlrechtes vorgenommen wird. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 11 Geschäftsstücke.

Die Verwaltungsreform beim Magistrate. Im Zuge der vom Bürgermeister angeordneten Verwaltungsreform beim Wiener Magistrate wird dem Gemeinderate in seiner nächsten Sitzung ein Antrag vorgelegt werden, Angestellte der Kanzlei als Referenten im Konzepte heranzuziehen. Zu diesem Zwecke wird ein ständiger Unterrichtskurs eingerichtet, welcher der städtischen Akademie für soziale Verwaltung angegliedert wird. Diese neue Massnahme soll dazu dienen, die Geschäftsführung beim Magistrate durch Entlastung und Herabsetzung der Anzahl der rechtskundigen Beamten zu vereinfachen und zu verbilligen. Den im Konzepte verwendeten Kanzleibeamten wird eine ausserordentliche Zulage gewährt.

Wechsel in der Leitung der Magistratsdirektion. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner dem Ansuchen des Magistratsdirektors Dr. Nüchtern um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben und beschlossen, dem Gemeinderate zu empfehlen, dem scheidenden Beamten für seine Treue und Hingebung im Dienste die doppelt grosse goldene Salvatormedaille zu verleihen. Nach einem Antrage des Bürgermeisters wurde ferner der Obermagistratsrat Karl Pawelka mit allen gegen eine Stimme zum Magistratsdirektor ernannt.

Karl Pawelka wurde unmittelbar nach seiner Ernennung in den Stadtratsitzungssaal berufen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beglückwünschte den neuen Magistratsdirektor, nahm die Eideserinnerung vor und richtete die Bitte an ihn, ihn in seiner Amtsführung nach Kräften zu unterstützen. Magistratsdirektor Pawelka dankte für die durch die Ernennung erfolgte Auszeichnung und wies auf die schweren Zeiten und die damit im Zusammenhang stehenden grossen Aufgaben der Gemeinde hin, welche das Kriegsende

überdauern und sich bei dem Uebergange in die Friedenswirtschaft noch vermehren werden. Um aber alle diese zahlreichen und verwickelten Aufgaben einer glücklichen Lösung zuzuführen, und um alle Schwierigkeiten zu überwinden, dazu bedürfe es einer Verwaltung, die nicht in der blossen Vollstreckung des Gesetzes, sondern in der Förderung der Wohlfahrt- und des Wirtschaftslebens ihr Ziel und ihren Zweck erblicke. Dazu sei es aber auch notwendig, dass die Verwaltung mit offenen Augen die Bedürfnisse des Tages rasch erfasse und ohne alle Schwerfälligkeit zielbewusst die notwendigen Verfügungen treffe. Diese Auffassung der Verwaltungstätigkeit in der Amtsführung des Magistrates zu erhalten, sie zu vertiefen und das Verantwortungsgefühl jedes Einzelnen weiter zu festigen, werde sein unentwegtes Bestreben sein. Nach diesen Leitsätzen und Richtlinien werde die Beamtenschaft ihre Amtstätigkeit einrichten, denn nur eine Verwaltung, die volles Verständnis für die Bedürfnisse der Bevölkerung zeigt, deren Wünsche und Beschwerden aufrichtig prüft und ihnen Rechnung trage, vermöge der Bevölkerung Vertrauen einzufliessen. Die Rede des Magistratsdirektors wurde mit einhelligem Beifall aufgenommen.

Der neuernannte Magistratsdirektor, der im 51. Lebensjahr steht, trat im Jahre 1891 in den städtischen Dienst und wurde, nachdem er in mehreren Magistrateabteilungen und Bezirksämtern sich betätigt hatte, mit der selbstständigen Leitung der Magistratsabteilung 19 betraut. Er hatte in dieser Stellung hervorragenden Anteil an den Vorarbeiten für die Abänderung des Wahlrechtes für den Landtag und für das Abgeordnetenhaus. Auf dem Gebiete des Steuerwesens schuf er Einrichtungen, die sich ausserordentlich bewährten und er hat auch die Vereinigung der Steueramtsabteilungen mit den Hauptkassenabteilungen in den Bezirken in die Wege geleitet. Im Jahre 1914 wurde er zum Obermagistratsrate ernannt und zum Vorstand der politischen Geschäftsgruppe gestellt. Nebenbei führte er die Leitung der Milchversorgungsstelle. Ausserdem wurde ihm ad personam vom Bürgermeister die Behandlung besonderer, durch den Krieg aktuell gewordener Fragen übertragen, so insbesondere die Invalidenfürsorge und die staatlichen Unterhaltsbeiträge. Sein umfassendes Wissen, die Kenntnis aller Zweige der städtischen Verwaltung und seine Tatkraft bürgen dafür, dass er den schwierigen Aufgaben, die gerade in der nächsten Zeit die Gemeindeverwaltung beschäftigen werden, vollauf gewachsen sein wird. Obermagistratsrat Dr. August Mayr, der mit der Stellvertretung des Magistratsdirektors betraut ist, ersuchte den Bürgermeister, von einer Berufung seiner Person abzusehen und wird in seiner derzeitigen Stellung verbleiben.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 23. Oktober 1918. N^o 373.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des VB. Hoss wird die Anschaffung von 20 Tonnen geschmolzenen Chlormagnesiums mit den Kosten von 8600 Kronen genehmigt. - Für Instandsetzungsarbeiten im Schlosshotel Cobenzl wird nach einem Antrage des St. R. von Steiner ein Betrag von 17.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird dem Dichter und Musikschriftsteller Anton August Naaf in Anerkennung seines mehr als 30 jährigen Wirkens ein jährlicher Ehrengelt von 1200 Kronen bewilligt. - Zur Umwandlung der Kälberhalle am Zentralfleischmarkte in einen Einstellraum für Kraftwagen wird nach einem Antrage des VB. Rain ein Betrag von 145.000 Kronen bewilligt. - Für die Erneuerung der Geleise in der Gumpendorferstrasse zwischen der Kasernen- und Hirschengasse im 6. Bezirk werden 83.000 Kronen bewilligt. - Der Ankauf einer Lokomotive für die Zentrale Simmering der städtischen Elektrizitätswerke wird nach einem Antrage des St. R. Schmid mit dem Erfordernisse von 26.000 Kronen genehmigt. - Der Ankauf von 50.000 Stück Kanonbüchlein vom Volks- und volkstümlichen Liedern wird nach einem Antrage des St. R. Tomola genehmigt. -

Abgabe von Schweinsinnereien. Die in letzter Zeit lautgewordenen Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über die Abgabe von Innereien und Köpfen jener Schweine, die durch die städtischen Schweineübernahmestelle in Verkehr gesetzt werden, hat die Erlassung einer Verkaufsvorschrift nötig gemacht, die sofort in Wirksamkeit tritt. Die wichtigsten Bestimmungen dieser auf Grund der Preistreibeiverordnung erlassenen Kundmachung bestehen darin, dass künftighin auch die Abgabe derartiger Innereien und Schweinsköpfe nur gegen die Abtrennung des jeweils festgesetzten Abschnittes der amtlichen Einkaufsschweine für Rind- und Wohlfahrtsfleisch stattfinden darf. Als solcher Abschnitt wird bis auf weiteres jener bestimmt, der bei der Abgabe vom Schweinefleisch abzutrennen ist, so dass ein Haushalt von nun ab entweder Schweinefleisch oder Innereien etc. von Schweinen auf einen solchen Abschnitt beziehen kann u. zw. von Innereien entweder eine halbe Lunge (einschliesslich Herz und Milz) oder eine halbe Leber oder einen halben Kopf oder ein ganzes Hirn oder eine ganze Zunge oder zwei Nieren. Um die Kontrolle zu ermöglichen, wird sowohl das Kriegswucheramt der k. k. Polizeidirektion als auch das Marktamt jeweils von den Mengen der an die bezugsberechtigten Selcher (Fleischhauer) abgegebene Ware verständigt werden. Der Verkauf der Innereien und Schweinsköpfe ist - Mit Ausnahme der Grossmarkthalle - nur an solche im Bezirke der Abgabestelle wohnenden unmittelbaren Verbraucher - mit Ausschluss der Gast- und Schankgewerbebetriebe, Anstalten, Konsumentenorganisationen u. s. w. gestattet.

374 - Wiener Rathaus-Korrespondenz.

375 - Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow.

1. Ausgabe. Wien. 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. Oktober 1918. Nr. 374.

Die Versorgung Wiens mit Brotfrucht. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte heute eine längere Besprechung mit den Landesausschüssen Mayer und Höckler, um die Brotmehlversorgung Wiens für die nächsten Monate aus Niederösterreich sicherzustellen. Bekanntlich hat der Bürgermeister bereits im Ernährungsausschusse der deutschen Nationalversammlung die Bitte gestellt, Niederösterreich ausschliesslich für die Versorgung Wiens mit Brotfrucht zu bestimmen. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen wird der Bürgermeister in der ersten Sitzung des in der Freitagsatzung des Gemeinderates zu wählenden Ernährungsausschusses der Stadt Wien berichten.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 24. Oktober 1918. Nr. 375.

Die Grippe. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Dr. Haas über die von der Gemeinde Wien getroffenen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Grippe. Die Mitteilungen der Statthalterei über die vom Ministerium für Volksgesundheit zur Unterbringung von Grippekranken in Wien geplanten Massnahmen wurden zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat fordert, dass der Magistrat im Bedarfsfalle für Grippekranken freie Betten - sei es in Militär- oder Zivilspitälern - mit allem Nachdrucke anspreche. Dr. Hein stellte mit Bedauern fest, dass die Verfügungen, durch welche die Not an Spitalbetten zum Teil beseitigt werden soll, infolge der langen Dauer der Verhandlungen erst so spät getroffen werden. Er verlangt, dass für die Dauer des durch die Grippe verursachten ausserordentlichen Notstandes alle Militärspitäler nach Massgabe des Bedarfes auch zur Unterbringung von Zivilkranken herangezogen werden sollen, da die strenge Unterscheidung von Zivil- und Militärkranken in einer solchen ausserordentlichen Zeit keine Berechtigung hat und es einen merkwürdigen Eindruck machen muss, wenn auf der einen Seite die Militärspitäler nicht voll besetzt sind, und auf der anderen Seite Zivilkranke keine Unterkunft finden. StR. Grünbeck stellt fest, dass die Gemeindeverwaltung und das städtische Gesundheitsamt rechtzeitig ihre Anträge gestellt haben und gibt dem Bedauern darüber Ausdruck, dass die Staatsverwaltung ihre Verfügungen verspätet getroffen habe.

Lueger Gedächtnismesse. In herkömmlicher Weise feierte heute der Bürgerklub das Andenken an seinen einstigen Führer Bürgermeister Dr. Lueger, in der Kirche am Zentralfriedhof. Der Messe, die Kanonikus GR. Dr. Wolny zelebrierte und während welcher der Männergesangsverein „Die deutsche Messe“ von Schubert zur Aufführung brachte, wohnten - Bürgermeister Dr. Weiskirchner selbst verhindert - die drei Vizebürgermeister, sowie zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte und Bezirksfunktionäre, der Magistratsdirektor mit den Vorständen der städtischen Aemter, die Krankenpflegerin Schwester Mathilde, ferner zahlreiche Mitglieder der Bürgervereinigung des christlichen Frauenbundes, des Luegerbundes, eine Abordnung der freiwilligen Feuerwehr Lainz und viele Andächtige bei. Nach der Messe fand ein Besuch der letzten Ruhestätte Dr. Luegers statt, die Kränze seiner Schwestern, des Bürgerklubs, des Gemeinderates und der Bürgervereinigung schmückten. Sodann

begaben sich die Teilnehmer zum Heldengrabdenkmal, wo VB. Hierhammer namens der Gemeinde Wien ein mächtiges Lorbeer-Gewinde niederlegte.

act 3/4

Deutsche Nachrichten.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Josef Jilk.

Deutsch-österreichischer Städtetag.

Um zu den auch in das Leben der Städte tief eingreifenden Umwälzungen der letzten Tage Stellung zu nehmen, hatten sich die Vertreter deutsch-österreichischer Städte zu einer ausserordentlichen Tagung im Wiener Rathaus zusammengefunden, die ausserordentlich stark besucht war. Der Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung und gab bekannt, dass sich in seinem Auftrage Oberkurator von Steiner der Abordnung der deutschen Nationalversammlung angeschlossen habe, welche in Berlin die Hilfe des Deutschen Reiches bezüglich der Ernährung der Stadt Wien und des deutsch-österreichischen Gebietes anzusprechen habe. Der Bürgermeister bespricht sodann die Beschlüsse des deutschen Nationalrates und das Arbeitsgebiet der von diesem eingesetzten Ausschüsse und behandelt insbesondere die Ernährungsfragen, die bestehen, da die Regierung habe tatsächlich zu funktionieren aufgehört, die Nationalversammlung habe noch keine Exekutive. Der Ernährungsminister habe ihm erklärt, er sei nicht mehr in der Lage, einzugreifen, die Regierung habe keine Gewalt mehr, der Bürgermeister möge sich selbst helfen. Dies sei schwer möglich, da ihm auch der ganze staatliche Apparat nicht zur Verfügung stehe. Wenn die Regierung erkläre, sie habe keine Macht mehr, dann sei es Pflicht der Nationalversammlung sich selbst diese Macht zu geben und jenen Apparat zu schaffen, der im Stande sei, die Lebensbedürfnisse der städtischen Bevölkerung sicherzustellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erörtert ferner die finanziellen und volkswirtschaftlichen Fragen der nächsten Zukunft, weist auf die ^{Notwendigkeit der} raschesten Regelung der Personen- und Sachdemobilisierung hin und legt schliesslich als Grundlage der Beratung nachstehende Entschliessung vor:

(siehe Beilage)

Der Bürgermeister schliesst mit den Worten: In wenigen Tagen vollziehen sich Ereignisse, die die Arbeit von Jahrhunderten über den Haufen werfen werden. Es wird so viel von der Zukunft Wiens und der Zukunft des neuen Deutschösterreichischen Staates gesprochen. Ich bin mir der Sorge der nächsten Zeit und der Verantwortung, die jeden von uns trifft, voll bewusst, aber ich bin der unerschütterlichen Meinung, dass deutsche Kraft, deutscher Geist und deutsches Wissen vorübergehend wohl unterliegen können, dass aber die Zukunft doch uns und dem deutschen Volke gehört. Ein Heil Deutsch-Oesterreich! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen).

Bürgermeister Fizzia (Graz) beantragte, der Resolution einen Zusatz beizufügen, nach welchem der Wunsch auszusprechen sei, dass die Nationalversammlung Vertreter der Wirtschafts- und Berufsorganisationen zur Mitarbeit heranziehe.

Abgeordneter Dr. Ritter von Lodgman hält es für notwendig, dass die Nationalversammlung raschestens die Exekutive an sich nehme.

Bürgermeister Schrimpl (Hohenelbe) bespricht die Verhältnisse des Nordostgebietes Deutsch-Oesterreich, welches sich von Deutsch-Oesterreich durchaus nicht abschliessen wolle. Es werde aber durch die räumliche Trennung von Innerösterreich sich gezwungen sehen, an das deutsche Reich anzuschliessen.

Abgeordneter Marckhl legt eine Entschliessung des Gemeinderates der Stadt Cillä vor, in welcher verlangt wird, es möge alles aufgeboten werden, damit der auf das Deutsch-tum Untersteiermarks und die Einheit des Landes geplante Anschlag abgewehrt werde und dem untersteirischen Volkstum sein völkischer Bestand auf angestammter Scholle gesichert bleibe.

Bürgermeister Dr. Strobl (Villach) stellt eine Reihe von Anträgen, bezüglich der Neubenennung des künftigen deutsch-österreichischen Staates, ferner bezüglich der Errichtung einer Staatsbank, sowie hinsichtlich der Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes in den deutsch-österreichischen Gemeinden.

Abgeordneter Knirsch (Dux) spricht sich für den sofortigen Anschluss an das deutsche Reich aus.

Direktor Pietsch (Bielitz) schildert die Verhältnisse in Ostschlesien, in welcher drei Nationen (Deutsche, Tschechen und Polen) nebeneinander leben. Er regt die Bildung einer Bürgerwehr an, welcher alle wehrfähigen Männer vom 18. bis zum 40. Lebensjahre anzugehören hätten und beantragt eine Entschliessung, in welcher jede Eingliederung schlesischer Gebietsteile in ein zukünftiges tschechoslovakisches oder polnisches Staatswesen mit aller Entschiedenheit abgelehnt wird.

Der geschäftsführende Bürgermeister Graf (Bruck a.d. Leitha) bespricht die schwierigen Verhältnisse der Grenzstädte.

Landtagsabgeordneter Zerdik (Amstetten) bezeichnet es als notwendig, die in den Kronländern bestehenden Doppelverwaltungen zu beseitigen. Die Staatsverwaltung hätte in der autonomen Landesverwaltung aufzugehen. In jenen Kronländern, in welchen die Landtage unbeirrt von sprachlichen Streitigkeiten gut gearbeitet haben, wären die Landtage einzuberufen und er sei überzeugt, dass die Landesverwaltungen mit ihrem neuen Wirkungskreise vorzüglich abarbeiten werden.

Abgeordneter Kittinger bespricht die Regelung der Sachdemobilisierung und wünscht, dass der Industrie und dem Handwerk raschestens Vorräte aus den grossen Beständen der Heeresverwaltung zugewiesen werden.

Der Obmann der Geschäftsleitung Abgeordneter Kraft erklärt als erste Forderung, dass das Ernährungswesen sofort verwaltungstechnisch übernommen werde. Es werde sich darum handeln, mit den bestehenden Gewalten, welche über die Machtmittel Altösterreich gebieten ein entsprechendes Abkommen zu treffen, insbesondere mit den Militärbehörden. Es müsse getrachtet werden, die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse derart durchzuführen, dass in unserem Reiche nicht ähnliche Zustände, wie in Russland sich herausbilden. Der Redner gibt sodann ein übersichtliches Bild von den finanziellen Verhältnissen Oesterreichs und wünscht, dass der neugegründete Staat zum Segen der Bevölkerung sich ent-

wickle.
Bei der Abstimmung wird die vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner vorgelegte Resolution mit dem Zusatz des Bürgermeisters Fizzia einstimmig angenommen, die in der Aussprache vorgebrachten Anträge und Anregungen werden von der Geschäftsleitung der deutschen Nationalversammlung unterbreitet werden.
Nach mehr als dreistündiger Beratung wurde die Tagung des Bundes der deutsch-österreichischen Städte geschlossen.

376

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

1- Ausgabe -

=====

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 25. Oktober 1918-. Nr 376.

Verkauf polnischer Gänse. Ab morgen, 26. d.M. werden an nachfolgenden Stellen polnische Gänse zum Preis von K 27.- per kg verkauft: Pessl, 1.Naschmarkt; Czerni, 2.Markt am Werd; Dechant und Zöchmeister 3.Grossmakrthalle; Gerihäuser, Rechberger und Menzl, 4.Naschmarkt; Klenner, 4.Pherusplatz; Simatowitsch, 5.Schönbrunnerstrasse; Holub, 6.Damböckgasse; Kreitenitsch, 7.Burggasse; Haas, 8.Stadiongasse; Mrskorsch, und Czarman, 9.Nussdorferstrasse; Valentin, 10.Eugenplatz; Gey, 11. Wnckplatz; Max, 12. Markt in Meidling; Müller, 13.Zehentnergasse; Kurz, 14. Schwendergasse; Gass, 14. Meiselstrasse; Stritzl, 15. Reithoferplatz; Barilitsch, 16. Joh.Nep. Bergerplatz; Eubitsch, 16. Brunnengasse; Frotzler, 17. Hernalser Hauptstrasse; Schmalzbauer, 18.Gentzgasse; Jungmann, 18. Kutschkergasse; Gludowatsch, 18. Dornerplatz; Kazil, 19. Heiligenstädterstrasse; Basteiner, 20.Markt Hannoverplatz; Grimm, 21.Markt am Spitz.

Kleinhandelspreise für Zucker. Auf Grund einer Statthaltereiverordnung hat der Magistrat die im Kleinhandel zulässigen Höchstpreise für jenen zum Verbräuche bestimmten Zucker verlautbart, dessen Verpackung durch Verschlussmarken mit gelbem Aufdruck gekennzeichnet sind. Der neue Verkaufstarif enthält im Gegensatze zu den bisherigen nur zwei Preisansätze und zwar für Rohzucker und für Weisszucker; diese Preise gelten ohne Rücksicht auf Sorte und Packung, und zwar sowohl beim Verkaufe in Originalpackung, als auch in losen Stücken. Weiters wurden die höchsten zulässigen Zuschläge des Grosshändlers und die Kosten für die Zu- und Abstreifung (Fuhrkostenzuschlag) ziffernmässig festgesetzt. Nach dem neuen Tarife stellen sich die Preise für 1 kg Rohzucker auf 2 K 68 h, für 1 kg Weisszucker auf 3 K. Die Preise für $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ kg dürfen nur bei Abgabe dieser Gewichtsmengen angerechnet werden. Die Kleinhändler sind verpflichtet, den neuen Verkaufstarif sofort in den Verschleisslokalen an einer jedermann leicht ersichtlichen Stelle anzuschlagen; solange sie Zucker alter Ernte hoch vertreiben, muss nebstdem auch der alte Verkaufstarif noch angeschlagen sein.

Abgabe von Rindfleisch. Da über die Höhe der Rindfleischkopfquote Zweifel aufgetaucht sind, wird von der amtlichen Uebernahmsstelle verlautbart, dass die Rindfleischquote für Privathaushalte auch für die laufende Wochenperiode $\frac{1}{8}$ kg pro Kopf beträgt. Ebenso bleiben die bisher verfügbaren Verkürzungen der Rindfleischquote für Gasthäuser, Spitäler (Anstalten) Kriegs- und Gemeinschaftsküchen un~~er~~ändert.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 25. Oktober 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich glaube, dass der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an den weltgeschichtlichen Ereignissen der letzten Tage vorübergehen darf. Seit der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates sind Ereignisse von überragender Bedeutung eingetreten, die das Schickal unseres Volkes in Oesterreich und unserer Stadt auf Menschenalter hinaus bestimmen werden.

Am 19. Oktober erschien das Manifest des Kaisers über die Neugestaltung Oesterreichs zu einem Bundesstaate, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bilden soll. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, erging der Ruf des Kaisers an dem grossen Werk der ^{Bildung eines} Nationalräte mitzuwirken, die die Interessen der Völker zueinander, sowie im Verkehre der noch bestehenden Regierung zur Geltung bringen soll.

Am 21. Oktober erfolgte die Komtitulierung des Nationalrates der Deutschen Oesterreichs in n.ö. Landhaus durch die Vollversammlung der deutschen Reichsratsabgeordneten, in der eine Reihe weittragender Beschlüsse gefasst wurden. Das deutsche Volk in Oesterreich erklärte sich entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbstständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln.

Am gestrigen Tag hat nun der Vollzugsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschlossen, mit der österreichischen Regierung und mit den anderen Nationalitäten Verhandlungen wegen Uebergabe der Regierungsgewalt an die Nationen einzuleiten. Eine gemeinsame Delegation der Nationalräte der einzelnen Nationen soll die Uebergabe der Verwaltung an die Nationen einverständlich leiten und die tatsächlich noch gemeinsamen Angelegenheiten verwalten. Der Waffenstillstand ist durch die gemeinsame Delegation zu schliessen, die Friedensverhandlungen dagegen sind von den einzelnen Nationen vollkommen selbstständig zu führen.

Es steht unser Volk mit der Bildung eines selbstständigen deutsch-österreichischen Staates an einem Wendepunkt seines Lebens.

Ich halte mich verpflichtet, namens des Gemeinderates der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Nationalversammlung der deutsch-österreichischen Reichsratsabgeordneten zu begrüssen. (Die Gemeinderäte erheben sich von ihren Sitzen und rufen: Bravo und Heil!)

Wir anerkennen voll und ganz die unbedingte Notwendigkeit, die Regierungs- und Vollzugsgewalt in die Hände der frei gewählten Vertreter des deutschen Volkes zu legen. Wir begrüssen diese Neuordnung der Dinge und ich bin ~~der~~ der Ueberzeugung, im Sinne aller meine Kollegen zu sprechen, dass die Gemeinde Wien ihren ganzen Verwaltungsorganismus und alle ihre Einrichtungen in den Dienst der grossen Sache des selbstständigen deutsch-österreichischen Staates stellt. (Leb. Beifall.)

Die Sozialdemokratischen Gemeinderäte und der Verband der bürgerlichen freiheitlichen Gemeinderäte überreichen Proteste gegen die Ernennung des neuen Magistratsdirektors Fawelka.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt folgendes:

Es ist richtig, dass der jetzige Magistratsdirektor zur Zeit der im Laufe der letzten 20 Jahre durchgeführten Wahlen Gegenstand heftiger Angriffe war, gegen die er sich in seiner Eigenschaft als Beamter nicht wehren konnte. Ich habe mich selbst bei einer Debatte im Abgeordnetenhaus im Jahre 1905 dem damaligen Magistratsrat Fawelka in nachdrücklichster Weise verteidigt und ich verteidige ihn noch heute. (Lebhafter Beifall) Die künftige Wahlordnung wird ja anders gestaltet sein, als die gegenwärtige. Ich kann als seinerzeitiger Magistratsdirektor und jetziger Bürgermeister bestätigen, dass Fawelka damals in keiner Weise seine Objektivität verletzt hat. Wenn im Reklamationsverfahren verschiedene Rechtsanschauungen geltend gemacht wurden, so haben auch die gegenwärtigen Rechtsanschauungen vertreten. Ich bin der Ansicht, dass die einzig richtige Wählerliste die vollständige Wählerliste ist und es ist eine Tatsache, dass die Anhänger der Majorität in den Wählerlisten in grosser Anzahl fehlten.

Es ist peinlich diese alten Gewächsen in einer Zeit aufzuwärmen, wo wichtigere Sachen zu besorgen sind. Bei meinem Antrage, dem ich im Stadtrate vertreten habe, habe ich die Eigenschaften sämtlicher Oberbeamten gewürdigt und bin zu dem Schlusse gekommen, dass gerade mit Rücksicht auf seine soziale Auffassung der Verhältnisse und auf seine Fähigkeiten Fawelka der beste Anwärter für die Stelle des Magistratsdirektors ist. Ich bürgere persönlich für die Ehrenhaftigkeit und Objektivität des neuernannten Magistratsdirektors (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Schwarz: fragt, ob über die Entziehung der Lebensmittelbezugskarten, welche die galizischen Flüchtlinge erhalten, ein Bericht bereits vorliegt.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diese Angelegenheit dem zu wählenden Ernährungsausschuss beschäftigt wird.

GR. Philp fragt, ob der Bürgermeister Veranlassung treffen wolle, dass die Tätigkeit der Kontrollkommission für Ueberprüfung der Abgabe der Metallgeräte sofort eingestellt wird.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, er glaube, dass schon genug herunkommissioniert wurde, da die Erfolge derzeit mit dem Unwillen der Bevölkerung und mit den Kosten in keinem Verhältnisse stehen. Der jetzige Zeitpunkt sei zu derlei im Belieben der Kommissionen stehen den Amtshandlungen nicht geeignet. Er habe bereits bei der Statthalterei verlangt die Tätigkeit dieser Kommissionen einzustellen, doch wurde erst in jüngster Zeit vom Ministerium für Landesverteidigung deren Aufrechterhaltung angeordnet. Der Statthalter habe bereits beim Landesverteidigungs-Ministerium um Einstellung der Aktion neuerlich angesucht und auch der Bürgermeister werde sich neuerlich an den Minister mit einem solchen Ansuchen wenden.

GR. von Steiner stellt folgende Anfrage: In seiner Sitzung vom 24. Oktober hat der Gemeinderat zu den in der Sitzung des Herrenhauses vom 21. Juli zur Ausgestaltung des Gesundheitsamtes gefassten Beschlüssen Stellung genommen und in dieser Angelegenheit eine Reihe von Beschlüssen

einstimmig gefasst, deren dritter Punkt sich mit der Errichtung und Erhaltung von Krankenanstalten befasst. Die beängstigenden Dimensionen, die die in Wien gegenwärtig herrschende Grippe annimmt, und bei welcher die völlige Unzulänglichkeit unserer Wiener Spitalverhältnisse wieder kraus zu Tage tritt veranlassen mich, die Anfrage zu stellen: Ist der Bürgermeister geneigt, in dieser Angelegenheit sofort bei den derzeit kompetenten Stellen (Deutscher Nationalrat oder k.k. Statthalter für das Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns) vorzusprechen, die Erledigung dieser brennenden Frage zu urgieren und die Gemeinderäte über das Ergebnis dieser Verhandlungen Mitteilung zu machen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Diese Angelegenheit ist ungemein wichtig, dem Ansuchen des Interpellanten wird ehestens entsprochen werden.

GR. Dr. Loewenstein stellt folgende Anfrage: Während der Grippeepidemie sind in bedauerlicher Weise beklagenswerte Misstände in dem derzeitigen Arzneimittelverkehre zu verzeichnen, unter denen die Erkrankten schwer gelitten haben. Abgesehen von den unsäglichen Leiden, welche die Wiener Bevölkerung mit bewunderungswürdigem Opfermut und hingebungsvoller Geduld während der mehr als vierjährigen Dauer dieses unheilvollen Krieges erlitten hat, mussten die von der Seuche befallenen, armen Kranken den Leidensbecher bis zur Neige leeren. Durch die Rücksichtslosigkeit habgieriger Menschen, durch die mangelnde Vorsicht unserer Regierung und besonders durch ihr allzuspätes Eingreifen, konnte es sich ereignen, dass ein grosser Teil der an „spanischer Grippe“ erkrankten Personen der für ihre Heilung und Linderung notwendiger Arzneimittel entweder vollständig entbehren oder aber dieselben zu ganz schwindelhaft hohen Preisen bezahlen mussten. Von Apotheke zu Apotheke mussten die bedauernswerten Kranken, insbesondere die Mitglieder von Krankenkassen oder deren Angehörigen wandern und konnten, selbst gegen Vorweisung eines Rezeptes des verschriebenen Arzneimittel nicht bekommen und wenn sie schon das Glück hatten, ein solches zu erlangen, so weit es noch in ganz geringen Mengen vorhanden war, so mussten sie dasselbe zu einem Preise bezahlen, welcher keineswegs durch die allgemeinen Feuerungsverhältnisse gerechtfertigt erscheint. So sollen in einer Stadtpotheke 10 Diuretinpulver um 18 Kronen, verkauft worden sein und eine Tablette Aspirin wurde im Handverkaufe um 1 Kronen gehandelt. Der wiederholt erwähnte Mangel an Arzneimitteln ist jedoch nur ein scheinbarer, offiziell sind die Heilmittel zwar nicht zu kaufen, im Geheimen aber sind sie gegen Geld und gute Worte zu bekommen. So wurden erst in der letzten Zeit einer hiesigen Firma Arzneimittel, welche auf dem Wege des Schmuggels von Deutschland nach Wien gebracht wurden, im Werte von K 500.000 zum Ankaufe angeboten und da diese Firma infolge der hohen Preise das Angebot ablehnte, wurden dieselben Arzneimittel, gleichfalls auf Schmuggelwege, in die Ukraine und nach Rumänien verkauft. So wie es mit allen Waren ging, welche zentral bewirtschaftet wurde, so erging es auch den Arzneimitteln, welche erst in dem Augenblicke von der Regierung erfasst wurden, wo auf offiziellem Wege keine Arznei mehr zu haben war. Erst nachdem sich die Personen, welche Arzneimittel zum Wiederverkaufe angekauft hatten, auf dem Wege des Schleichhandels

ungeheure Reichtümer erworben hatten, dann erst begann mit bürokratischer Strenge die Fachtelle für die Bewirtschaftung von Arzneimitteln im Kriege ihre Tätigkeit. Diese Fachtelle wurde zu einer Zentralstelle, d.h. zur Verwalterin von nicht bestehenden Vorräten.

Es wird daher gefragt, ob dem Bürgermeister diese schamlosen Zustände bekannt sind, ob er in der Lage ist, mitzuteilen, wer an diesen desolaten Verhältnissen schuldtragend ist, wer diesbezüglich zur Verantwortung gezogen werden kann, weil für eine allfällige Epidemie in Oesterreich für die Beschaffung von Arzneimitteln nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen werde, ob der Bürgermeister bereit wäre, dafür Sorge zu tragen, dass für alle Fälle, selbst beim Abflauen der gegenwärtig herrschenden Epidemie genügende Mengen von Heilmitteln in allen Apotheken zu entsprechenden, einheitlichen Preisen vorrätig sind, ob er bereit ist, sich dafür einzusetzen, dass der Fachtelle für die Bewirtschaftung von Arzneimitteln im Kriege neben den sonstigen Interessenten auch eine Anzahl von Vertretern praktischer Aerzte, insbesondere aus dem Kreise der Gemeinde- und Kassenärzte, die eigentlich als Vertreter der Patienten angesehen werden müssen, zugezogen werden und ob endlich der Bürgermeister der Ansicht ist, dass diesem schamlosen Unwesen noch jetzt gesteuert werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Anfrage betrifft eine Angelegenheit, die ausserhalb des Wirkungskreises des Gemeinderates gelte und ich werde bei den zuständigen Behörden intervenieren. Heute kam mir die Mitteilung zu, dass unsere Schritte in Berlin wege der Erlangung von Medikamenten von Erfolg begleitet sind. Die Schuld an dem Mangel war, dass vorher ungeheure Mengen von Medikamenten nach Auswärts so auch in die Ukraine verkauft worden sind.

GR. Angeli und Genossen richten an den Bürgermeister auf Grund wahrheitsgetreuer Schilderungen der Zustände und grausamen Behandlung der deutsch-österreichischen Zivilgefangenen auf der Insel Max in England die Anfrage, ob er bereit ist, bei den massgebenden Faktoren des Nationalrates Deutsch-Oesterreichs dahin zu wirken, dass diese armen Internierten noch vor Beginn der Friedensverhandlungen auf Grund der Forderung des Präsidenten Wilsons die Grausamkeiten sofort einzustellen, die Freiheit erlangen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er von dieser Interpellation den deutsch-österreichischen Nationalrat in Kenntnis setzen werde mit der Bitte, ehestens einen Minister des Aeussern für Deutsch-Oesterreich zu ernennen, damit er auch diese Angelegenheit in die Handnimmt.

GR. Dr. Hein stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, dem Gemeinderate über die Art der Verteilung der nach Oesterreich eingeführten Häringe Mitteilung zu machen und auf eine gleichmässige Verteilung an die Zivil- und Militärbevölkerung unter Beseitigung jeder einseitigen Bevorzugung hinzuwirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Herr Dr. Hein weiss, dass wir uns wiederholt in der Obmännerkonferenz mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben. Soeben habe ich ein Offert bekommen, welches mir serlös erscheint, eine grössere Menge verspricht und das in der nächsten Sitzung des Ernährungsausschusses behandelt werden wird.

GR. Dr. Hein stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, im Interesse der Wiedererrichtung des wirtschaftlichen Lebens in Wien bei dem Kriegsministerium das Verlangen zu stellen, dass den Landsturmpflichtigen, welche in Wien Landsturmdienste leisten, Insoferne eine völlige Entbehrung unheimlich ist, ab 12 Uhr mittags freigegeben wird, damit sie in der Lage sind, am Nachmittage

ihre zivilen Funktionen zu erledigen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin sehr gerne bereit, in diesem Sinne einzutreten und gebe der Erwartung Ausdruck, dass diese Leute nicht nur von 12 Uhr ab, sondern sehr bald gänzlich ihrem Berufe zurückgegeben werden.

GR. Schäfer stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle, unbekümmert um den nicht mehr bestehenden n.ö. Landtag, die Reichsunmittelbarkeit Wiens erklären, ferner, dass Wien nicht mehr dem unermesslichen Ernährungsamt unterstehe und daher durch dessen Massnahmen und Verordnungen nicht mehr gebunden sei. Der Gemeinderat oder ein von dessen Plenum zu wählender Ausschuss nimmt die Frage der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Lebensmitteln selbst und allein in die Hand. Zu diesem Zwecke werden sämtliche in Wien auf Bahnhöfen und in den Lagerhäusern sich befindlichen Lebensmitteln, wenn immer gehörig, als Besitz der Gemeinde Wien erklärt und sodann per Kopf in gleicher Weise sämtlichen Einwohnern, wie derayonierten Artikel bisher zugeführt. Die Boreigentümer der beschlagnahmten Vorräte werden zu den geltenden Höchstpreisen entschädigt. Ebenso werden sämtliche im Weishilde der Stadt Wien stehenden Frachtenwaggons und die für Personenbeförderung nicht in Betracht kommenden Lokomotiven beschlagnahmt, zu dem einzigen Zwecke, um dieselben für die Ernährung des Wiener Volkes nutzbar zu machen. Nach Rücksprache mit dem tschechischen Nationalrate ist *dieser zu erwischen, die von ihm* Lebensmittel in ununterbrochener Folge nach Wien zu bringen. Es wäre ferner eine bewaffnete Bürgergarde einzuführen, die alle Begleitpersonen für die Sicherheit der Lebensmitteltransporte beizustellen sind. So revolutionär auch mein Antrag scheint, so wenig ist er es. Es gilt, blutige Umwälzungen wie im Jahre 1789 zu verhindern und diese Umwälzungen käme gleichzeitig mit der Hungersnot. Die Reichsunmittelbarkeit Wiens ist nötig, um nicht von der Statthalterei als Oberbehörde abzuhängen und als selbstständiger Teil des künftigen Deutsch Oesterreichs und als Volk direkt und nicht durch die österreichische k.u.k. Regierung mit den Nationalräten geeigneten Ländern verhandeln zu können.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt folgende Spenden mit: Alexander Beresanzeff, Mitglied des Moskauer Ernährungsamtes für die Armen der Stadt Wien 100 Kronen, Exzellenz Graf Hans Wilczek eine grosse photographische Wiedergabe eines im Jahre 1503 zu Wien gemalten männlichen Bildnisses (Hieronymus Tedenhammer), kaiserlicher Rat Lichtenstadt wertvolle Zeichnung des in London verstorbenen österreichischen Malers Hans Schönböcker.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten:

VB. Hogg berichtet über die Heranziehung von Kanzleiorganen zum Konzeptdienste.

GR. Philp stellt hierzu folgenden Antrag: Der Bürgermeister als Vorsitzender des k.k. Bezirksschulrates möge chestens praktische Lehrpersonen aus dem Stande der Volks- und Bürgerschulen als Fachreferenten im k.k. Bezirksschulrate Verwendung finden.

Der Referent erklärt sich persönlich mit dem Antrage einverstanden, worauf derselbe genügend unterstützt, an den Stadtrat geleitet wird. Der Referentenantrag selbst wird angenommen.

V. Bgm.: Rain beantragt die Genehmigung eines Betrages von 470.000 Kronen zum Ankauf von Kinderschuh für die Armonkinderpflege.

GR. Goldband lobt die außerordentliche Sorgfalt, mit der diese Beteiligung vorgenommen wird und erklärt, daß man daher für den Antrag stimmen könne.

V. Bgm.: Rain berichtet ferner über die Umwandlung der Kälberhalle am Zentralviehmarkt in einen Einstellraum für Kraftwagen und begründete dieselbe, daß derzeit 65 Militärlastautos und 20 Reispagen für Lebensmittel und Kohlentransporte der Gemeinde zur Verfügung stehen und zu erwarten ist, daß eine Reihe weiterer Wagen in Aussicht stehen. Der Bau einer hölzernen Halle würde mindestens eine Million Kronen kosten und daher habe man die Umgestaltung der ohnehin nicht benützten Kälberhalle vorgenommen. (Angenommen).

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde, weil sich der Stadtrat zu einer wichtigen Beratung zurückkehrt. Ich ersuche die Kollegen Reumann und mich an derselben teilzunehmen, da wichtige Aufschlüsse gegeben werden, die dann ein Referat im Gemeinderate bilden werden. Die übrigen Herren aber ersuche ich hier zu bleiben, weil zu diesem Referat die Anwesenheit von 100 Gemeinderäten und eine Stimmenzahl von 80 Stimmen notwendig ist.

Nach Ablauf dieser Zeit eröffnet VB. Hierhammer wiederum die Sitzung, konstatiert die Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten und ersucht den Bürgermeister sein Referat zu erstatten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Vor allem bitte ich um Entschuldigung, dass ich mit einem Referate komme, das noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Die Angelegenheit spielt sich zwischen 11 und den Abendstunden ab, ein neuerlicher Beweis für die Schlagfertigkeit der Gemeindeverwaltung und die Tüchtigkeit des Beamtenpersonales, das mich instand setzt, den Plänen des Gemeinderates schon Bericht zu erstatten.

Schon seit einiger Zeit kommen mir Nachrichten zu, über den Mangel an Papiergeld, der sich in weiten Kreisen der Bevölkerung äussert. Schon am 1. Oktober haben wir unseren Beamten die Gehalte fast durchwegs in zweikronennoten auszahlen müssen, da keine anderen erhältlich waren. Grosse Möbelwagen beförderten damals diese zweikronennoten in das Rathaus und lagen im Tressortzimmer des Kassendirektors aufgestapelt, da in den eisernen Kassen hierfür kein Platz mehr war. Auch von anderer Seite kamen mir Beschwerden zu, die in den

letzten Tagen sich ungemein verdichteten und die dahin gingen, dass infolge Mangels an Banknoten die Oesterreichisch Ungarische Bank nicht mehr in der Lage sei, grössere Schecks zu honorieren. Ich habe nicht versäumt, dieser Angelegenheit meine vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und noch gestern Obermagistratsrat Dr. Held zum Generalsekretär Schmid der Oe. U. Bank geschickt, denn wir haben am 28. Oktober allein eine Ausgabe von ungefähr 10 Millionen Kronen infolge der Auszahlung der Teuerungsbeiträge, Quartiergelder und Unterhaltsbeiträge. Diese letzteren erfordern täglich allein einen Aufwand von 700.000 Kronen. Generalsekretär Schmid hat erklärt, dass wir vollständig beruhigt sein können, und es sei nicht zu erwarten, dass die Oe.U. Bank ihren Verpflichtungen nicht nachkommen werde. Ich habe mich mit dieser Auskunft nicht beruhigt und an den Vizegouverneur Gruber ein Schreiben gerichtet, in dem ich ihn den Geldbedarf der Gemeinde in den nächsten Tagen mitteilte.

Heute um 11 Uhr mittags telephonierte mir nun Exzellenz Gruber, dass die Bank nicht in der Lage sei, diesen Geldbedarf zu decken und dass er mir nur raten könne, durch Ausgabe von städtischem Geld helfend einzugreifen. (Lebhaftige Bewegung) Es ist wohl eine Zeit, wie wir sie noch nicht erlebt haben und auch für den Wiener Gemeinderat erwächst die grosse, verantwortungsvolle Aufgabe, in der Zeit, in welcher der Staat und sein Apparat und seine Einrichtungen, wozu auch die Oe.U. Bank gehört, versagen im Interesse der Bevölkerung einzugreifen. Wir greifen in diesen Notstand ein, denn die Bevölkerung verträgt gerade diesen nicht. Wenn ich mir vor Augen halte, dass plötzlich die zahlreichen Familien der Zurückgebliebenen nicht mehr ihren Unterhalt bekommen, dass wir nicht mehr unsere Gehalte und Löhne auszahlen können, dann unterlassen sie mir, die Folgen eines solchen Zustandes zu schildern,

Und nun komme ich mit den in der Geschichte der Stadt Wien wohl einzig dastehendem Referate, nämlich, die Geldnot der Wiener Bevölkerung durch Ausgabe unverzinslicher kurzfristiger Kassenscheine zu beheben.

Die Sache steht so: Wir können wohl nur in unserem Wirkungskreise abhelfen, wenn ich mir aber denke, dass wir 40.000 Angestellte haben und dass über 700.000 Personen in Genusse des staatlichen Unterhaltsbeitrages stehen, erfüllen wir doch eine finanzielle Funktion, die sich in weiten Kreisen der Bevölkerung fühlbar macht. Der Unterhaltsbeitrag wird nicht thesauriert, die Löhne nicht und unter den heutigen Verhältnissen wohl auch die Gehalte der Beamten nicht. Was wir also in Erfüllung unserer Verpflichtung auszahlen, kommt in den Verkehr und damit wieder in die städtischen Kassen zurück.

Im Laufe des heutigen Nachmittages haben über die Angelegenheit, über die technische Durchführung Besprechungen stattgefunden. Wir wollen städtische Kassenscheine ausgeben zu 5 K, 20 K, 50 K und 100 K. Wir wollen ja gerade dem mittleren und kleineren Bargeldbedarf helfen und dann würde auch durch Ausgabe von höheren Stücken die Gefahr der Nachahmung eminent sein.

Ich bin daher auf Grund der Besprechungen mit den Fachmännern zu dem Antrage gekommen, dass wir einen Betrag von 50 Millionen Kronen emittieren und zwar

2,400.000 Stück zu 5 K	=	12 Millionen Kronen
500.000 " " 20 "	=	10 Millionen Kronen
360.000 " " 50 "	=	18 " "
100.000 " " 100 K	=	10 " "
		50 Millionen Kronen.

Die Laufzeit würde auf Grund der Auskünfte der Fachleute bis 28. Februar 1919 sein.

Die Kassenscheine würden folgenden Wortlaut haben:

Serie: Kassenschein Nummer:
der Stadtgemeinde Wien über.....Kronen.

Durch die augenblickliche Bargeldnot gezwungen, gibt die Gemeinde Wien auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. Oktober 1918, Pr.-Z. 10540, zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen Kassenscheine bis zum Gesamtbetrage von 50 Millionen Kronen aus.

Diese Kassenscheine sind unverzinslich, werden von der Gemeinde Wien bis 28. Feber 1919 in Zahlung genommen

und in der Zeit vom 1. Jänner bis 28. Feber in gesetzlichem Bargelde eingelöst oder nötigenfalls gegen Kassenscheine mit weiterer Laufzeit ungetauscht.

Die Gemeinde Wien haftet für diese Verbindlichkeit mit ihrem ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen. Die Nachahmung dieses Kassenscheines wird gesetzlich bestraft.

Wien, am 1. November 1918.

Unterschrieben werden die Noten vom Bürgermeister und zwei Stadträten sein.

Die Firmen sind in der Lage, das nötige Papier, Urkundenpapier, beizustellen, besitzen die nötige Druckfarbe und sind in Stande, mit ihrer technischen Leistungsfähigkeit bei sofortigem Druckbeginn die erste Serie bis 5. November uns zu übergeben. Die Lieferung wird natürlich serienweise erfolgen und ebenso ausgegeben.

Der Bürgermeister stellt sodann die diesbezüglichen entsprechend formulierten Anträge.

GR. Reumann, erklärt sich mit dem Antrage vollständig einverstanden und wünscht, dass die Bevölkerung im weitgehenden Masse informiert werde, dass sie diesem städt. Geld das vollste Vertrauen entgegenbringen kann. (Lebhafter Beifall auch bei der Mehrheit.)

Regierungsrat Schmid begrüsst namens der Mehrheit des Gemeinderates den vorliegenden Antrag.

Stadtrat Dr. Wein erklärt namens seiner Parteifreunde, dass diese für den Antrag selbstverständlich stimmen werden. Er schliesse sich den Ausführungen des Gemeinderates Reumann an, dass keinerlei Grund zur irgend einer Beunruhigung gegeben sei. Aus rein technischen formalen Gründen, um die derzeit äusserst knappen Bargeldbestände zu erhöhen, schreite die Gemeinde zur Ausgabe von städtischen Papiergeld.

GR. Goltz gibt namens der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates seine Zustimmung.

BR. Dr. v. Dorn erklärt, es müsse konstatiert werden, dass absolut kein Grund zur Beunruhigung infolge der Ausgabe des städtischen Papiergeldes gegeben sei. Der Staatskredit werde hiedurch in keiner Weise berührt, da aber die Leute das Papiergeld thesaurieren (Rufe : hamstern) und nicht genügend Kleingeld vorhanden sei, sei die Massnahme des Gemeinderates notwendig. In ähnlichen Verhältnissen haben auch andere Städte, sowie grosse Fabriksunternehmen lokales Geld hergestellt, ohne dass hiedurch der Staatskredit oder die wirtschaftliche Lage irgendwie gelitten hätten. Gegenüber Gerüchten oder Angstbewegungen, die viel leicht auftauchen werden, müsse er das vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Erwägung feststellen.

Bgm. Dr. Weiskirchner (zum Schlusswort) Eine Beunruhigung könnte nur wegen der Unfähigkeit der Oesterr. Bank entstehen, weil diese nicht die Fähigkeit zeigete, die Leistung der Banknotendruckerei in entsprechender Weise zu erhöhen. Es sei Pflicht jeden einzelnen Gemeinderates die Bevölkerung aufzuklären, damit die „Strumpf-Theorie“ ein Ende finde. Ein Fabrikant habe vor kurzem zur Auszahlung seiner Arbeiter das Geld in Tausendkronen Noten erhalten. Er wusste sich zu helfen, indem er die Tausender aufs Land schickte, wo die Bauern sehr gerne Kleingeld dafür einwechselten. Es ist ein Unding, die Banknoten jetzt zu Hause anzusammeln, und dies hat auch die Störung

des Geldwesens misslich gebracht, die wir durch die heute zu beschliessende Notstandsmassnahme beheben wollen. Unsere 50 Millionen Kronen, die wir ausgeben wollen, stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Banknotenumlauf des Staates der ungefähr 26 Millionen Kronen beträgt. Es ist also wie gesagt eine ausserordentliche Notstandsmassnahme und zu einer Beunruhigung absolut kein Anlass. Die Stadt Wien übt im

übertragenen Wirkungskreise eine Funktion des Staates und der Staatsbank aus.

Bei der Abstimmung wird der Antrag bei Anwesenheit von mehr als 100 Gemeinderäten mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

BGM. Dr. Weiskirchner berichtet sodann, über die Einsetzung eines 30 gliedrigen Ernährungsausschusses der Stadt Wien.

Der Referent bespricht die Unmöglichkeit der österr. Regierung mit den Vertretern der nicht deutschen Nationen in Oesterreich in Verkehr zu treten. In dieser Zeit ist es deshalb die Aufgabe der Gemeindevertretung in erster Linie mit dem Ernährungsausschuss der deutschen Nationalversammlung innigste Beziehungen zu treten. Es ist aber ferner notwendig, dass die Gemeinde Wien selbst einen Ernährungsausschuss bildet, der vom Gemeinderate die nötigen Vollmachten erhält, ständig funktioniert und auf diese Art für die Bevölkerung vorsorgt. Ich bekenne es offen, erklärt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dass ich mit den Vertretern des tschechisch slowakischen Staates verhandelt habe, Die Versorgung der Wiener Bevölkerung ist jetzt das aller wichtigste (lebhafteste Zustimmung) und da gibt es keine verfassungsmässige Bedenken. Wir müssen die Bevölkerung ernähren, sonst sind wir nicht in der Lage die kommende schwere Zeit durchzuhalten. Mit Sorge sehe ich den nächsten Wochen entgegen. Der Bürgermeister erwähnt dann, dass der Vertreter der Stadt Wien zur Verhandlung in Ernährung fragen entsendet werden. Stadtrat von Steiner habe sich der Abordnung des deutschen Nationalrates angeschlossen, Dr. von Dorn werde nach Budapest und Agram reisen und Gr. Reumann, werde die Interessen der Stadt Wien in Prag vertreten.

Der Bürgermeister stellt schliesslich den Antrag einen 30 gliedrigen Ausschuss zu wählen, welcher alles aufzubringen soll, um die Ernährung der Stadt Wien sicherzustellen.

GR. Fischer: Der vorliegende Antrag ist mir und meinen Gesinnungsgeossen sehr sympathisch und geben wir uns der Hoffnung hin, dass endlich die Not aufhört, die heute einen unglaublichen Höhepunkt erreicht hat. Wenn der Ausschuss seine Pflicht erfüllen soll, muss er sehr intensiv arbeiten. Die Arbeit ist eine grosse, wir stehen aller Lebensmittel bar in Wien, insbesondere ohne Kartoffel. Ich glaube, wenn man in Böhmen den Hebel ansetzen würde, dass man dort sicher Kartoffel bekäme. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gibt GR. Fischer die Namen einiger ukrainischer Orte bekannt und ersucht dort Verbindungen anzuknüpfen. Zum Schlusse beantragt er, damit der Ernährungsausschuss mit ganzen Kräften arbeiten kann, die Wahl von 15 Ersatzmännern.

GR. von Dorn: Jedenfalls befinden wir uns in einem hochwichtigen Momente und ich glaube, dass die ganze Bevölkerung von Wien aufatmet in diesem Augenblicke, wo sie wissen, dass sich ihrer Leute annähmen, die für sie besser arbeiten werden, als die bisherigen

Ernährungsämter. Wir hegen zu dem neuen Ernährungsausschuss die grösste Zuversicht und hoffen nun, dass etwas geschieht. Auch ich schliesse mich dem Antrage Fischers an.

GR. Herbd: Die erste Pflicht des Ernährungsausschusses ist Brot und Kartoffel, das ist der Ruf der Bevölkerung. Es ist unfassbar, dass die Regierung in Böhmen und Ungarn es zulässt, dass Schweine und Gänse mit Kartoffel gemästet werden. Aber auch für die Zukunft möchte ich ein Mahnwort erlassen und zwar Rücksicht auf die Einwürfe der Fachleute und für den Anbau sorgen-

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich will auf die Bemerkungen der Herren Wechselredner nur kurz antworten. Ich erkläre es, als die wichtigste Pflicht des Ausschusses Mehl, Kartoffel und Fett zu besorgen. Haben wir diese 3 Dinge, dann wird es möglich sein durchzuhalten. Es sind viele Vorwürfe gegen die Ernährungsämter, viele mit Recht erhoben worden, aber ich glaube, dass da die österreichische Regierung nurnmehr theoretisch funktioniert, auch die Zentralen ihre Wirkung verloren haben. (Lebhafte Zustimmung). Es besteht seit heute der deutsch-österreichische Staat und nach meiner Meinung ist es Pflicht ein deutsch-österreichisches Ernährungsamt zu schaffen, welches für uns sorgt. Die bisherigen Direktoren des Ernährungsamtes haben die Ämter zurückzulegen und neue Männer an die Spitze zu treten. Auf die Worte des GR. Fischer muss ich ~~wach~~ ~~an~~ auf einen Umstand aufmerksam machen, dass es mir

wohl bewusst ist, dass in der Ukraine und in Bessarabien noch reichlich Lebensmittel vorhanden sind. Aber wir dürfen nicht übersehen, dass Rumänien über Bessarabien die Herrschaft hat und in der Ukraine Zustände herrschen, die einen Handel nicht ermöglichen. Ich erwähne, dass in der Ukraine gegenüber meinem Auftrag eine Kommission sich befindet, die gegen Kompensationen um 100 Millionen Kronen einkaufen kann. Aber wie bringe ich das heraus. Ich bringe nicht einmal die Kartoffel aus Ostgalizien her. Die Sache des Einkaufes ist daher abgesehen von der Valutaschwierigkeit angesichts des Hereinschaffens sehr fraglich. Wir müssen uns im Anschlusse an die deutsch-österreichische Regierung halten, aber auch unsere eigenen Wege gehen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Ich habe sofort mit den n.ö. Landesauschüssen Mayer und Stöckler mich ins Einvernehmen gesetzt, um die Meherversorgung Wiens durch Zuschüsse aus Niederösterreich sicherzustellen und ich habe die volle Gewähr, dass der Apparat des n.ö. Landesauschusses meinen Intensionen entsprechen wird. Um eine K.G.V. kümmere ich mich nicht. (Bravo! Sehr richtig!) Auch die abgeschlossenen Lieferungsverträge mit Kartoffeln bestehen heute nicht mehr. Ich habe vollkommen legal 11600 Waggons Kartoffeln vertragsmässig geschlossen und teilweise bevorschusst. Davon 6832 aus Böhmen. Die restlichen 7000 Waggons sollte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt tehfs Ver-

teilung einer Wochenquote von 3 kg beistellen. Aber auch diese Menge ist in der Luft. Ich hoffe, dass ich in Bälde die 2 deka Fettquote umstossen kann und mit der doppelten Fettquote einsetzen werde. (Bravo). Den Antrag Fischer bitte ich dem Stadtrate zuzuweisen, um Gelegenheit zu nehmen mit den Vertretern der 4 Gemeinderatsparteien zu sprechen.

Die Debatte hat gezeigt, dass der Gemeinderat einig ist, der Bevölkerung zu helfen und einig ist, die Verantwortung in dieser harten Zeit auf sich zu nehmen. Die Lebensmittelaemter haben versagt und wir schreiten nun zur Selbsthilfe und in diesem Sinne möge der Ernährungsrat seine Arbeit beginnen. Es erfolgt die einstimmige Annahme des Antrages, der Antrag Fischer wird unterstützt an den Stadtrat geleitet.

In den Ernährungsausschuss wurden gewählt:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB- Hierhammer, Hoss und Dechant, Rain, die GR. David, Dr. von Dorn, Elis, Emmerling, Dr. Hein, Huber, Dr. Klotzberg, Knoll, Kunschak, Leitner, Mäsl, Müller, Nagler, Partik, Penz, Fichler, Bräumann, Rummerhardt, Schäfer, Schelz, Schmid, Dr. von Schwarz Hiller, Skarlat, Spalowsky, von Steiner.

Nach Erledigung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände wurde die Sitzung geschlossen-

Noch ein Protest gegen die Ernennung des Magistratsdirektors
Wie uns mitgeteilt wird, hat auch die Vereinigung der demokratischen Gemeinderäte einen Protest gegen die Ernennung des Magistratsdirektors Pawelka dem Bürgermeister überreicht.

Ernährungsausschuss der Gemeinde Wien. Der in der heutigen Gemeinderatssitzung gewählte Ernährungsausschuss der Gemeinde Wien trat nach Schluss der Sitzung zu seiner Konstituierung zusammen. Den Vorsitz werden Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die drei Vize-Bürgermeister führen. Der Ausschuss nahm einen Bericht des Magistratsrates Dr. Rohskopf über die Fettversorgung der Stadt Wien entgegen und stimmte dessen Antrag einmütig zu. Ueber den gefassten Beschluss werden wir morgen berichten.

378-379

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Mitzew.**
Wien 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 26. Oktober 1918. No 378.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 27. Oktober bis 2. November gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 12 des rosa- und weissen Fleischeinkaufscheines. Der Preis des städtischen Holzes (gespalten) beträgt 36 h für 1 kg weiches und 29 h für 1 kg hartes Holz.

Kartoffelabgabe. Die Kartoffelquote wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg pro Kopf festgesetzt. Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Dienstag bis Freitag in der üblichen Art zum Preise von 72 h für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes E der Kartoffelkarte abgegeben.

Abgabe von rayoniertem Speisefett. Die vom Amte für Volksernährung angekündigte Kürzung der Fettquote von 4 dkg auf 2 dkg hat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung begriffliche Erregung hervorgerufen. Bürgermeister und Gemeindeverwaltung waren daher unablässig bemüht, noch in letzter Stunde durch Herbeischaffung entsprechender Fettmengen die Aufrechterhaltung einer Fettquote von 4 dkg zu ermöglichen. Unter teilweiser Verwendung der vom Ernährungsamte beige-stellten Rohmaterials und Heranziehung der von der Gemeinde Wien beschafften Fettprodukte ist es gelungen, für die nächsten Wochen die Aufrechterhaltung der 4 dkg Wochenkopfquote zu ermöglichen. Bei diesem Anlasse und mit Rücksicht auf die ausserordentliche Fettknappheit hat das Ernährungsamt verfügt, dass einheitlich für alle Verbraucher nunmehr 4 dkg Fett pro Kopf und Woche zur Ausgabe gelangen. Vom 27. Oktober bis 9. November werden daher einheitlich bei den städtischen Abgabestellen und Konsumentenorganisationen 4 dkg Margarine zum Preise von 67 h für 4 dkg pro Kopf und Woche abgegeben. Die Preiserhöhung ist auf die wesentliche Steigerung der Gesteuerungskosten zurückzuführen. Aus technischen Gründen wird die Fettausgabe erst in den letzten Tagen der nächsten Woche möglich sein.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 31. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Rindfleisch-einkaufscheinen, die mit dem Buchstaben R versehenen Abschnitte bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 26. Oktober 1918. No 379.

Einstellung der Zimmerbrände. Da sich die Kohlenzufuhr wegen der ungünstigen Verhältnisse im Bahnverkehre nicht gebessert hat, kann auch in der kommenden Woche (27. d.M. bis 2. November) eine Ausgabe von Zimmerbränden nicht erfolgen. Die Wochenmenge für Küchenbrand bleibt mit 25 kg Steinkohle, bezw. 32 kg Braunkohle aufrecht. Auf den städtischen Kohlenlagerplätzen können infolge des geringen Einlaufes in der kommenden Woche nur 25 kg Braunkohle für Küchenbrand ausgegeben werden. Eine Abgabe von Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen, bezw. Bezugskarten für Gewerbe kann auf den städtischen Lagerplätzen nicht erfolgen.

In der vertraulichen Sitzung wurde dem Magistratsdirektor i.R. Dr. August Nüchtern in Würdigung der hingebungsvollen und sehr eifrigen Amtsführung unter schwierigen Verhältnissen die doppeltgrosse goldene Salvatormedaille verliehen, dem Obermagistratsrat Dr. August Mayr in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit seine bisherige Personalzulage erhöht, dem Dichter und Musikschriftsteller Anton August Naaf in Anerkennung seines mehr als dreissigjährigen Wirkens ein jährlicher Ehrengeld von K 1200.- bewilligt. Weiters wurde die Verleihung eines Ehrengeschenkes von je 100 K für mehr als zwanzigjährige verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens an die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr Ottakring Josef Schreinzer, Anton Schmied; August Fischer, Karl Schleifer, Josef Reissner, Franz Wessely und Heinrich Ebner anlässlich der Feier des fünfzigjährigen Bestandes dieser Feuerwehr genehmigt und dem Bezirksvorsteher und Vorsitzenden-Stellvertreter des Ortsschulrates des 10. Bezirkes Leopold Hruza in Anerkennung seiner zwanzigjährigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung die grosse goldene Salvator Medaille verliehen.

Der Allerheiligenverkehr. Aus gesundheitlichen Rücksichten hält der n.ö. Landessanitätsrat zufolge Beschlusses vom 24. d.M. die gänzliche Einstellung des Allerheiligenverkehrs für unerlässlich.

Aus denselben gesundheitlichen Rücksichten und mit Rücksicht auf die zahlreichen Erkrankungen der Bediensteten der städtischen Strassenbahnen kann daher der auch für heuer in Aussicht genommen gewesene verstärkte Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhofe und zu den übrigen grösseren Gemeindefriedhöfen nicht stattfinden und entfallen auch die übrigen bisher alljährlich von der Gemeinde zur Erleichterung des Gräberbesuches getroffenen Massnahmen.

Die Friedhöfe werden ausnahmslos schon bei Eintritt der Dunkelheit geschlossen. Die Bevölkerung wird daher gebeten, den Gräberbesuch auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben.

Bezug von Extremrindfleisch. Die amtliche Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch hat bei der Kontrolle der Rayonierungen der Privathaushaltungen festgestellt, dass zahlreiche Familien aus wohlhabenden Kreisen gegenwärtig Einheitsrindfleisch beziehen und dadurch dem Mittelstande die zur Verfügung stehenden geringen Mengen an Einheitsrindfleisch entzogen werden. Anlässlich der Neuausgabe der amtlichen Einkaufsscheine für Rindfleisch wird daher an die wohlhabenden Kreise neuerlich der dringende Apell gerichtet, sich freiwillig zum Bezuge von Extremrindfleisch zu entschliessen, damit das zur Verfügung stehende aus öffentlichen Mitteln subventionierte Einheitsfleisch auch tatsächlich nur jenen Schichten der Bevölkerung zugute kommt, für welche es eigentlich bestimmt ist. Sollte der neuerliche Apell den gewünschten Erfolg nicht bringen, so wird die Umayonierung aller jener Haushalte, welche auf Grund ihrer Erwerbs- und Vermögensverhältnisse das Extremfleisch beziehen können, von amtswegen erfolgen und in diesem Falle wird eine Namensliste der hiefon betroffenen Haushalte in den Tagesblättern veröffentlicht werden.

Die Uebernahmestelle erwartet im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, dass dieser dringende Aufruf von den wohlhabenden Kreisen entsprechende Würdigung findet. Die Vornahme der Umayonierung vom Bezuge des Einheitsrindfleisches zum Bezug des Extremrindfleisches wird bei der amtlichen Uebernahmestelle, Wien, 3. Bezirk St. Marx jederzeit durchgeführt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 28. Oktober 1918. No 380.

Ein Kongress der Gewerbe- und Handelstreibenden Deutsch-Oesterreichs im Jänner 1919. Am 26. d.M. tagten in Wien die Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften unter dem Vorsitz des Direktors Heindl vom n.ö. Landesgewerbeförderungsamte. Gegenstand der Beratung war die Einberufung eines grossen Gewerkekongresses, der ursprünglich für Gesamt-Oesterreich in Aussicht genommen war, jedoch mit Rücksicht auf die erfolgten politischen Umwälzungen voraussichtlich nur von den deutsch-österreichischen Gewerbeverbänden beschickt werden wird. Der Präsident des deutsch-österreichischen Gewerbebundes StR. Breuer wies darauf hin, dass die politischen Veränderungen der Abhaltung des Kongresses keineswegs hinderlich seien. Die Gewerbetreibenden Deutsch-Oesterreichs müssen sich im Gegenteile noch inniger zusammenschliessen und in allen wirtschaftlichen Fragen eine kräftige Stellungnahme bekunden. Kammerrat Siegl namens der deutsch-böhmischen und Gewerbeberater Pöll namens der oberösterreichischen Landesverbände begrüßten wärmstens den Gedanken, einen solchen Kongress einzuberufen. Direktor Zimmerl schlug vor, den Kongress im Jänner 1919 im Sitzungssaale des n.ö. Landhauses abzuhalten. Einzuladen wären die Landesverbände der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, die Genossenschaftsverbände, die Landes- und Fachverbände von Berufs-Genossenschaften und die freien Organisationen der Gewerbe und Handelstreibenden, ferner als Gäste Vertreter der Nationalversammlung, der Ministerien, Landesausschüsse, der Gemeinde Wien, Handels- und Gewerbekammern, Gewerbe-förderungsämter, des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs und die Genossenschafts-Instruktoren. Die Tagesordnung wird nach einem Berichte des Direktors Decker folgende Punkte umfassen: Bericht über die allgemeinen Verhältnisse des Handels- und Gewerbestandes; Stellungnahme zur zentralen Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsartikel; Uebergangswirtschaft, Sachdemobilisierung und Rohstoffversorgung; Kriegskreditthilfsaktion; Errichtung eines deutsch-österreichischen Gewerbeministeriums; Ausbau der autonomen Gewerbe-förderung und Schaffung einer einheitlichen Gewerbe-förderungsamtes; Reform der Handels- und Gewerbekammer; Errichtung einer deutsch-österreichischen Handels- und Gewerbebank; Stellungnahme zur Regierungsverordnung betreffend die österreichische Genossenschaftskasse; Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs; Stellungnahme zur Errichtung von Grosswarenhäusern staatlicher Unterstützung; Invaliditäts Altersversorgung für Handel- und Gewerbetreibende; Abänderung der Gewerbeordnung.

Nach einem Berichte des Direktors Zimmerl wurde dann die Bestellung eines Arbeitskomitees und die Gründung einer freien Vereinigung der deutsch-österreichischen Landesverbände beschlossen. Schliesslich wurde über den Stand der durch eine Ministerialverordnung genehmigten Errichtung einer Genossenschaftskasse Bericht erstattet.

Auszeichnung. GR. Wilhelm Zimmermann wurde durch die Verleihung des Ehrenzeichens 2.Klasse vom Roten Kreuz ausgezeichnet.

Nachmusterungen. Am 7., 14. 21. und 28. November und am 5., 12., 19. und 27. Dezember finden in Wien, 3. Bezirk Landstrasser Hauptstrasse 97, (Dreher's Bierhalle) Nachmusterungen statt. Es werden alle jene Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1900, welche bereits auf Grund der früheren Einberufungskundmachungen zur Musterung verpflichtet waren, jedoch aus irgend einer Ursache bisher vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht unverzüglich zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sich diese Landsturmpflichtigen im Konskriptionsamte des Wiener Magistrates, 1. Bezirk, Friedrich Schmidtplatz 1, Abteilung für Stellungsangelegenheiten, umgehend anzumelden, woselbst ihnen die Musterungsvorladung ausgefolgt werden wird.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat ernannt: Michael Rohringer zum Volksschullehrer 1.Klasse; Marie Gottlieb zur Volksschullehrerin 1.Klasse; Gustav Landkammer, Paul Koller, Alfred Weidner, Moriz Wolf, Rudolf Zwieger, Viktor Seeböck, Johann Wilfling, August Brückl zu Volksschullehrern 2.Klasse; Rosa Holzinger, Theodora Mader, Marie Horatczuk, Anna Woginger, Marietta Petrini, Leopoldine Popp, Marie Janowsky, Rosa Srschen, Helene Kirchberger, Marie Hayek zu Volksschullehrerinnen 2.Klasse; Agnes Selner, Gabriele Stegbauer, Elisabeth Gailmann, Marie Wotroubek, Anna Spiess, Emma Wojtech, Edith Pianta, Anna Radax zu definitiven Lehrerinnen für weibliche

Handarbeiten.

Parzellierung. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. Poyer die Abteilung der Liegenschaft E.Z. 557 in Penzing an der verlängerten Amortgasse auf 2 vollständige und zwei unvollständige Baustellen, sowie auf 3 Baustellenteile.

Ernährungsausschuss. Der gemeinderätliche Ernährungsausschuss wurde für Donnerstag abends zu seiner zweiten Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung stehen: Mitteilung des Vorsitzenden; Bericht über die Versorgung mit Mehl, Fleisch, Wildpret, Eier und Kartoffel.

381-382

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Emmy Michler*.
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 29. Oktober 1918. Nr 381.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In der 78. Woche wird an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine gegen Abrechnung des Buchstaben Q Wohlfahrtsfleisch und zwar 1/8 kg zum Preise von 80 h in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereier an folgenden Tagen abgegeben werden: Donnerstag, 31. d.M. A bis F, Samstag, 2. November G bis K, Sonntag, 3. L bis R und Dienstag, 5. November S bis Z.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 29. Oktober 1918. Nr 382.

Vorträge über Schulhygiene. Die Vereinigung für soziale Hygiene und Medizin des Wiener medizinischen Doktorenkollegiums veranstaltet für Aerzte einen Zyklus von Vorträgen über Schulhygiene. Der erste Vortrag findet am Mittwoch, 30. Oktober 7 Uhr abends statt. Professor Dr. Grassberger wird im hygienischen Institute der Universität 9. Bezirk Kinderspitalgasse 15 über den gegenwärtigen Stand der Heizungs- und Lüstungsfragen in den Schulen sprechen. Zur Teilnahme an diesen Vorlesungen wird freundlichst eingeladen.

Der Neubau der Reichsstrassenbrücke über das alte Donaubeck. Vor einigen Tagen wurde eine neue Brücke im Zuge der Kagraner Reichsstrasse über das alte Donaubeck im 21. Bezirk dem Verkehre übergeben. Sie trat an die Stelle einer vor etwa 50 Jahren erbauten Holzbrücke, die abgesehen von ihrem sonstigen schädhaften Zustande nicht mehr in der Lage war, den gesteigerten Ansprüchen des Verkehres zu genügen. Es wurde daher nach längeren Verhandlungen zwischen der Staatsverwaltung und der Gemeinde Wien im Jahre 1912 beschlossen, ein neues Objekt auf gemeinschaftliche Kosten, mit einer den bisherigen Beständen weit übertreffenden Breite von 25'2 m zu bauen, das in der Lage ist, ausser verschiedenen Einbauten wie Rohren und Kabeln dem Verkehr von 23 t schweren Fuhrwerken und 30 t schweren Strassenbahnwagen zu genügen, Anforderungen, welche wohl an eine Reichsstrasse innerhalb der Stadt Wien und innerhalb des Industriegebietes gestellt werden müssen. Für den Bau ergaben sich in zweifacher Beziehung wesentliche Schwierigkeiten, Für die Gründung der Widerlager stand tragfähiger Boden erst in grosser Tiefe zur Verfügung und sie musste daher unter Zuhilfenahme von rund 20 m langen eisenarmigen Betonpfählen erfolgen, eine Arbeit, die von der Firma Wayß & Freytag A.G. Meinong G.m.b.H. durchgeführt wurde. Bei der Herstellung des Tragwerkes gelangte eine Ausführungsform zur Anwendung, zu der über Vorschlag der Donauregulierungskommission bei dieser Brücke zum ersten Male in Oesterreich gegriffen wurde. Es ist dies die Verwendung von hochwertigem Eisen, die sich deshalb als notwendig erwies, weil die Brücke so ausserordentlich hohen Belastung wie die oben angegebene ausgesetzt wird und die Ausmasse der Konstruktion teils nicht übermässig vergrössert werden sollten. Die Brückenträger bestehen aus einem sogenannten Spezialstahl mit hohlem Mangengehalt, der von der Alpinen Montangesellschaft in ihrem Werke Donawitz hergestellt wurde. Die Ausführung des Brückentragwerkes selbst wurde der Aktien Gesellschaft R. Ph. Wagner, Biro & Kurz im 21. Bezirk übertragen. Dank der Anwendung dieser Bauart macht die Brücke trotz ihrer ausserordentlichen Tragfähigkeit einen leichten Eindruck. Die Gesamtkosten des Brückenbaues betragen rund 1,100.000 Kronen, die Gemeinde trägt hiezu 27 % bei. Die unmittelbare Banddurchführung besorgte im Einvernehmen mit den übrigen technischen Amtsstellen der Niederösterreichische Staatsbau dienst.

383

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 30. Oktober 1918. Nr 383.

Kriegsküche Nr 67. Die Kriegsküche Nr 67, 19. Bezirk Heiligenstädterstrasse 183 wird in der 2. Novemberwoche ihren Betrieb aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenzug nimmt diese Küche von Montag, 4. bis Mittwoch, 6. November von 9 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags entgegen.

Die Betriebseinschränkungen der Strassenbahnen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates führte Berichterstatter StR. Schneider aus, dass die seit 19. August d.J. bestehenden Betriebseinschränkungen auf den Stand der betriebs-tauglichen Triebwagen soweit günstig eingewirkt haben, dass an deren teilweise Aufhebung gedacht werden kann. Der Stand der betriebs-tauglichen Wagen beträgt derzeit 920, gegenüber 840 am 19. August. Als die erste und wichti-ste Massregel im Zuge des Abbaues der Verkehrseinschrän-kungen sei die Wiederinbetriebsetzung der Linienenden auf den Aussenstrecken des Netztes zu betrachten, deren Auflassung sich als eine drückende Einführung für den dort wohnenden oder beschäftigten Teil der Bevölkerung dar-stellte. Die Aufhebung sämtlicher Betriebseinschränkungen können leider nicht durchgeführt werden, weil zur Schonung der Wagen noch immer auf eine Verdichtung der bestehenden Zugfolgen in den stark frequentierten Teil des Netztes hingewirkt und eine grössere Winterreserve geschaffen werden müsse. Als Zeitpunkt für die Wieder-aufnahme des Aussenbetriebes legt der Berichterstatter den 11. November vor, vorausgesetzt, dass die Grippeerkrankungen der Fahrmannschaften dies nicht unmöglich machen sollten. Der Referent stellt schliesslich den Antrag, die Wiederaufnahme des Verkehrs auf den Linien A, 38, 41, 41 a und 43 mit jedem zweiten Zug, sowie der Linien L, 32, 36, 37, 39, 40, 52 und 66, dann der Pendellinien 72 und 158, sowie eine kleine Intervallverdichtung auf den Linien 80 und 117 mit 11. November zu genehmigen.

StR. Jung beantragte die Strassenbahndirektion zu beauftragen, über die eventuelle Aufnahme des vollen Betriebes auf der C - Linie schleunigst zu berichten. StR. Dr. Hein schloss sich diesem Antrage an.

StR. Drr Haas beantragte die eheste Wiederöffnung der Linie 4.

Bei der Abstammung wurde der Antrag des Berichter-statters genehmigt, die Zusatzanträge wurden der Strassenbahndirektion zur Berichterstattung zugewiesen.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 30. Oktober 1918. Nr. 384.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die österreichische
Technikerschaft. Der Präsident des Oesterreichischen
Ingenieur- und Architekten-Vereines Oberbaurat Ludwig
Baumann hat heute dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine
Adresse überreicht, in welcher dem Bürgermeister, anlässlich
der jüngstverfügten Reform der Wiener Stadtverwaltung der
Dank der Technikerschaft ausgesprochen wird. Der Bürgermei-
ster erwiderte mit Worten vollster Anerkennung für die
Leistungen der Technikerschaft, welche durch die erfolgte
Reform nur eine ihnen gebührende Würdigung gefunden haben.

Das Schriftstück hat folgenden Wortlaut: Eine der Folge-
erscheinungen der durch die Krieg hervorgerufenen Umwälzun-
gen im Leben der Völker ist der immer dringender gewordene
allgemeine Ruf nach einer Neuordnung und Umgestaltung der
Verwaltung des Staates und der Städte, um diese Verwaltung
nach Tunlichkeit zu vereinfachen und dadurch Kraft, Zeit
und Kosten zu sparen.

Schwerfällig und langsam arbeitet in dieser Beziehung
die Staatsverwaltung, beweglicher und leichter, den
neuen Verhältnissen sich anschmiegend, die Verwaltung der
Städte. Allen voran schreitet in diesem Belange die k.k.
Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Euere Exzellenz haben
bereits mit dem denkwürdigen Erlasse vom 5. August des
Vorjahres die Notwendigkeit der möglichsten Vereinfachung
der Organisation des Verwaltungsdienstes infolge der steten
Entwicklung der städtischen Verwaltung hervorgehoben und
insbesondere die Unzweckmässigkeit der Zuweisung von Ange-
legenheiten vorwiegend oder ausschliesslich technischer
Natur an juristische Abteilungen betont, weil durch eine
solche Zuweisung überflüssige Doppelarbeiten verursacht
werden. Gleichzeitig haben Euere Exzellenz damals verfügt,
dass die Geschäfte der Strassenpflege unmittelbar dem
Stadtbauamte zugewiesen werden.

Dieser ersten Massnahme sich anschliessend, ist
nunmehr durch die von Euerer Exzellenz angeordnete Ausge-
staltung des ganzen Stadtbauamtes zu einen selbst-
ständigen Amte mit magistratischer Befugnis im Rahmen der
Wiener Gemeindeverwaltung der hervorragendste Schritt auf
dem Gebiete der Verwaltungsreform getan und der Abschluss
eines der grössten und wichtigsten Teile dieses Werkes
erzielt worden. Unter dem Eindrucke der grossen Leistungen
technischer Arbeit im gegenwärtigen Weltkriege haben
Euere Exzellenz sich durch die in Erscheinung getretenen
Widerstände nicht beirren lassen und in alleiniger Verfol-
gung des grossen Zieles der Verbesserung und Vereinfachung

der Verwaltung dem Ingenieur, als dem Schöpfer so vieler
dem Gemeindewohle dienender, grosser Werke, nunmehr jenen
Platz eingeräumt, den er auf Grund seiner Vorbildung, seiner
Fähigkeiten, seiner Erfahrung und seiner Leistungen in der
Verwaltung beanspruchen darf.

Die städtische Verwaltung so umgestaltet und vereinfacht
zu haben, ist eine Tat, deren wohltätiger Einfluss sich ge-
wiss bald zeigen und die in der Folge ob ihrer grossen
Vorteile allgemeinste Anerkennung und Würdigung finden wird.
Aber auch in anderer Hinsicht erscheint diese Umgestaltung
in der Gemeindeverwaltung wichtig und bedeutend; denn sie
wird, alle Vorurteile niederringend, vorbildlich und
richtunggebend sein und gewiss eine der wesentlichsten
Grundlagen für die so notwendige Reform der ganzen Staats-
verwaltung bilden. Der Oesterreichische Ingenieur- und
Architekten Verein, welcher für die Verselbstständigung des
Wirkungskreises der Ingenieure im Verwaltungsdienst seit
Jahren in Wort und Schrift eingetreten ist - es sei gestat-
tet, in diesem Zusammenhange speziell auf die im Jahre 1916
erschienene Denkschrift „Wien nach dem Kriege“ hinzuwei-
sen - würdigt und anerkennt als erste und berufene Ver-
tretung österreichischer Ingenieure die städtische
Verwaltungs-Reform in ihrer vollen Tragweite und gibt sich
die Ehre, durch dieses Schreiben seiner Genugtuung über die
zielbewusste und weitblickende Art ihrer Durchführung Aus-
druck zu verleihen. Indem Euere Exzellenz die langjährigen
Bestrebungen der Ingenieure nach Schaffung eines selbst-
ständigen Wirkungskreises bei diesem Anlasse gebührend
berücksichtigt haben, haben Euere Exzellenz sich den
verehrungsvollen Dank aller österreichischen Ingenieure er-
worben, welche es mit Stolz verzeichnen, dass das
derzeitige Oberhaupt der Reichshaupt- und Residenzstadt
sich durch eine beispielgebende Tat als ein wahrer Freund
und Schätzer ihres Standes erwiesen hat.

385-386

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 31. Oktober 1918. No 385.

Abgabe von Schweinefleisch. In der letzten Stadtratsitzung berichtete StR. Spalowsky über den Antrag des GR. Ullreich der den Zweck hat, dem auf Grund der heute in Geltung stehenden Verfügungen eingetretenen Uebelstände, dass nur ein Teil der Bevölkerung Schweinefleisch beziehen kann, ein Ende zu bereiten. Dem könnte am besten durch Rayonierung Rechnung getragen werden. Eventuell könnte die Rindfleischrayonierung als Grundlage für die Schweinefleischrayonierung genommen werden. Die Aufteilung des Schweinefleisches auf die Haushaltungen werde nach der vom Magistrate am 29. Mai l.J. erlassenen Kundmachung ungenügend geregelt. Die Einteilung der Haushalte in zwei Klassen (bis zu 4 Köpfen nicht mehr als $\frac{1}{2}$ kg, mehr als 4 Personen höchstens 1 kg) wäre durch Festsetzung einer Kopfquote zu ersetzen. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, einen Bericht über die Neuregelung der Schweinefleischabgabe und über eine gerechte Aenderung des heute bestehenden Aufteilungsschlüssels vorzulegen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 31. Oktober 1918. No 386.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. von Steiner werden die Kosten für die Erweiterung des Heiligenstädter Friedhofes und die Anlage eigener Gräber daselbst mit dem Betrage von 16.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas werden für die Anschaffung von Ersatzbereifungen für die Sanitätskraftwagen 124.000 Kronen bewilligt - Nach einem Antrage des StR. Schneider werden zur Bespritzung der Fahrbahn und der Bürgersteige auf den beiden Rampen der Kaiser Franz Josefsbrücke die Aufstellung von Spritzhydranten und die Ausführung der erforderlichen Zuleitungen mit den Kosten von 22.600 Kronen genehmigt. - Die Vergrässerung der Wäschereianlage, sowie die Errichtung zweier Nähstuben im städtischen Strandbade Gänsehäufel wird mit den Kosten von 29.000 Kronen genehmigt. - Der Erneuerung der eingleisigen Teilstrecke der Linie Kagran - Gross Entzersdorf am Kagranerplatze und der gleichzeitigen Umlegung der Trasse zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrsverhältnisse wird mit den Kosten von 89.000 Kronen zugestimmt. -

Gründung einer deutsch-österreichischen Nationalgarde.

Eine Abordnung des Ausschusses zur Gründung einer deutsch-österreichischen Nationalgarde (Bürgerwehr) bestehend aus den Herren Leo Berger, Julian Krenmayr und Josef von Worlitzky, sowie eine Abordnung des Wiener Bürger Scharfschützenkorps sprach heute vormittags bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner und bei Vizebürgermeister Hierhammer vor, um der Stadt Wien die ins Leben gerufene Bürgerwehr zur Verfügung zu stellen. Der Bürgermeister nahm die Ausführungen dankend zur Kenntnis und ersuchte die Herren, der Gemeindeverwaltung Detailvorschläge über die Organisation zur genehmigenden Kenntnis vorzulegen.

Wodesfall. Gestern starb der pensionierte Magistratsrat Karl Sedlmayr im 69. Lebensjahr. Er war durch eine lange Reihe von Jahren Vorstand der Magistratsabteilung für Rechtsangelegenheiten. Das Leichenbegängnis findet am 2. November um ¼4 Uhr nachmittags von der Aufbahnhalle des Zentralfriedhofes aus statt.

Städtische Strassenbahnen. Der Stadtrat beschloss in seiner heutigen Sitzung die Wiedereinführung des Betriebes der Linie C, sowie die Weiterführung eines jeden Zuges der Linie 38 bis zur Endstation vom 11. November 1. J. Ferner genehmigte der Stadtrat, dass den Angehörigen der Angestellten der städtischen Strassenbahnen die Begünstigung gewährt wird, Fahrten, die tarifmässig 30 und 40 Heller kosten, mit Fahrscheinen zu machen, die sie zum halben Preis im Vorkauf erworben haben.

387

3. Ausgabe.

=====

Wien, Donnerstag 31. Oktober 1918 N^o 387.

Die Ernährungsverhältnisse Wiens. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner trat heute abends der 30 gliedrige gemeinderätliche Wiener Ernährungsausschuß im Rathause zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Zu Beginn der Beratung berichtete GR. v. Steiner über das Ergebnis seiner Reise nach Berlin, die er als Vertreter der Gemeinde Wien in Gemeinschaft mit den Delegierten des Deutsch - Oesterreichischen Ernährungsausschusses Ende der vorigen Woche unternahm. GR. v. Steiner teilte mit, daß die maßgebenden Faktoren in Berlin das größte Entgegenkommen an den Tag legten und eine Getreide-Aushilfe von 10.000 Waggons für Deutsch - Oesterreich in Aussicht stellten. Durch die bekannten tief bedauerlichen Vorgänge der letzten Tage sei diese Aushilfe auf ein Quantum von 1.000 Waggons reduziert worden, wovon auf Wien 500 Waggons entfallen.

Der Bürgermeister machte hierauf die Mitteilung, daß er sich mit Rücksicht auf den neuerlichen Rückgang des Milcheinlaufes, der in der Einstellung der Milchzufuhr aus Mähren seinen Grund hat, an den Cesky vabor in Brünn mit dem telegraphischen Ersuchen gewendet habe, im Interesse der Wiener Kranken und Kinder die Milcheinfuhr aus Mähren nach Wien zuzulassen, da diese Milch ja auch den Angehörigen der tschechischen Nation in Wien zugute kommt.

Mag. Rat Dr. Rogkopf erstattete einen umfassenden Bericht über die Meherversorgung der Stadt Wien, über die Getreideaufbringung in Nieder - Oesterreich und die Notwendigkeit, daß der neue Staatsrat von Deutsch-Oesterreich sofort hinsichtlich von Getreide - und Mehllieferungen mit den Nationalräten der neu geschaffenen Staaten, insbesondere auch mit Ungarn in Verhandlungen trete.
